Politische Wissenschaft
(Otto-Suhr-Institut)
Freie Universität Berlin
BIBLIOTHEK

NACHRICHTEN
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTS-SPIEGEL • INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt, Februar 1974 | Einzelpreis 1,75 DM | XIV. Jahrgang | D 21 395 E

2/74

In den wenigen Wochen, die seit Beginn dieses Jahres vergangen sind, ist im bundesdeutschen Staat so manches klarer geworden – klarer um die Frage, auf wessen Seite die Brandt/Scheel-Regierung steht. In der Mitbestimmungsfrage wurde ein Kompromiß ausgekuhhandelt, der die von den Gewerkschaften geforderte Parität nicht bringt. Bei der „Vermögensbildung" wurden alle gewerkschaftlichen Mindestforderungen in den Wind geschlagen; in der Fondsverwaltung sollen die Gewerkschaften nicht einmal mitreden geschweige denn bestimmen dürfen. Die DGB-Forderung nach Steuersenkungen wird brüsk zurückgewiesen, ebenso das Verlangen nach Kontrolle der Ölkonzerne und der Ölpreise. Den Gipfel der Pro-Unternehmer-Politik erklomm die Bundesregierung in der tarifpolitischen Auseinandersetzung im Bereich des staatlichen Dienstes und der Metallverarbeitung.

In allen diesen Fragen – in denen es immer zwei Möglichkeiten gab: sich auf die Seite der Arbeiterschaft oder der Unternehmer zu schlagen – hat sich die Bundesregierung auf die Seite der wirtschaftlich Mächtigen, der Monopole und Konzerne, gestellt. Alles, was Rang und Namen hat, von Bundesbankpräsident Klasen über die Minister Friderichs, Schmidt und andere bis hin zu Bundeskanzler Brandt persönlich, wurde aufgeboten, um in der Lohnrunde dieses Jahres – in derselben Schußlinie mit der CDU/CSU und den Sprechern der Unternehmerverbände – die gewerkschaftlichen Forderungen zu verketzern. Dabei prägte Willy Brandt das böse Wort von „überzogenen" Lohnforderungen und stimmte ein in den Chor derjenigen, die mit noch schlimmeren Preissteigerungen und Massenarbeitslosigkeit als angebliche Folge von zweistelligen Lohnerhöhungen drohen. Auf diese Weise sollen die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften verunsichert werden.

Regierung setzt Leitlinien für Reallohnsenkung

Tatsache ist jedoch, daß die fortschreitende Zuspitzung aller Widersprüche des kapitalistischen Systems auch eine zunehmende Unfähigkeit zu kontinuierlichem Wirtschaften und zur Herstellung von Stabilität zur Folge hat. Die inflationäre Entwicklung geht unabhängig von der gewerkschaftlichen Lohnpolitik und der Höhe der Forderungen vor sich. In den 50er und 60er Jahren waren zweistellige Lohnerhöhungen die Regel, die Preise kletterten aber nur um 1 bis 3 Prozent. Heute sollen plötzlich gleiche Lohnsteigerungssätze trotz eines zweistelligen Brutto-Produktionszuwachses (1973) 10 Prozent Preissteigerung und mehr nach sich ziehen. Das ist bewußte Panikmache, um den Arbeitern die Lasten der Systemkrise aufzubürden!

Wer jetzt den Gewerkschaften Lohnleitlinien unterhalb 10 Prozent aufzwingen will, redet einer massiven Senkung des Realeinkommens das Wort. Genau das tut die Bundesregierung, wenn auch mit der Behauptung, sie sei für das laufende Jahr an einer „Sicherung" der Realeinkommen interessiert. Bei Preissteigerungen um 8 bis 10 Prozent – wie angekündigt – und wachsender Belastung durch Lohnsteuer und Sozialabzüge, tritt die Reallohnsicherung frühestens erst bei Lohn- und Gehaltserhöhungen um 13 bis 15 Prozent ein. Es ist aber die Aufgabe der Gewerkschaften, nicht nur den sozialen Standard der Arbeiterklasse zu sichern, sondern ihn stetig zu verbessern – gegen den Willen der Unternehmer und der Regierung gleichermaßen.

gs

Aus dem Inhalt:

Paritätische Mitbestimmung blieb auch auf der Strecke 2

Verstärkte Solidarität hilft den Demokraten Chiles 4

„Gesamtmetall" provoziert die IG Metall mit nur 8,5 Prozent 5

Regierung und Unternehmer gemeinsam gegen Staatsarbeiter 6

GHK: Kleine Gewerkschaft mit großem Kampferfolg 8

Ökonomische Entwicklungen in der Welt des Kapitalismus 10

Preise erreichten Höchststand Abgeordnete langen kräftig zu 11

Fragwürdige Kanzlerworte vom „Bergbau mit Zukunft" 12

Neues Personalvertretungsgesetz „Fortschritt mit Mängeln"? 14

Dokumente – Reden – Presseschau 15–18

Aktive Jugendvertreter durchkreuzen Unternehmerpläne 20

Eine unter sechzehn: IG Druck und Papier 21

Verbesserungen beim Wohngeld nur für eine Minderheit 23

Europas Gewerkschaften: Schritte zur Gemeinsamkeit 25

CGT bietet dem DGB normale Beziehungen an 26

Englands Gewerkschaften bieten den Konservativen die Stirn 28

Neues Jugendgesetz der DDR von der Jugend mitgestaltet 30

Buchbesprechung: Das unsoziale Modell des Hanns Martin Schleyer 32

Paritätische Mitbestimmung blieb auch auf der Strecke

Die Brandt/Scheel-Regierung, die durch das breite Votum der Arbeiter und Angestellten am 19. November 1972 gewählt wurde, erhielt viel Vorschußlorbeeren, die längst vergilbt sind. Schon bei der Regierungserklärung am 18. Januar 1973 trat eine Ernüchterung ein, die inzwischen einer bitteren Enttäuschung und wachsender Unruhe Platz gemacht hat. Statt der versprochenen Preisstabilität setzten umfangreiche Preiserhöhungen ein, die zu Reallohnsenkungen der Arbeiter und Angestellten führten und der CDU/CSU Gelegenheit zu maßloser Demagogie bieten.

Die Steuerreform ist auf 1975 vertagt. Abgesehen von der Beseitigung der häßlichen Flecken auf dem Gebiet der Sozialpolitik hat sich auch hier nichts Wesentliches geändert. Studenten und Schüler sind gezwungen, gegen die Misere an den Bildungsstätten zu demonstrieren und zu streiken, während fortschrittliche Lehrer mit Berufsverbot belegt werden. Die Gleichberechtigung der Frau blieb ebenso auf dem Papier wie die Kontrolle marktbeherrschender Unternehmen. Der jetzt ausgehandelte Kompromiß hat mit der von den Gewerkschaften geforderten paritätischen Mitbestimmung lediglich den Namen gemeinsam.

Noch am 13. November 1972 – sechs Tage vor der Bundestagswahl – hatte sich Willy Brandt auf Fragen des DGB zu seinen „Prüfsteinen" eindeutig für eine paritätische Mitbestimmung ausgesprochen. Was solche Kanzlerworte für die Gewerkschaften wert sind, zeigte sich bereits zwei Monate später. In der Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 war schon nicht mehr von paritätischer Mitbestimmung die Rede, sondern nur noch vom „Grundsatz der Gleichberechtigung und Gleichgewichtigkeit von Arbeitnehmern und Anteilseignern".

Dieses Abrücken von gemachten Versprechungen hat jetzt bei dem Kuhhandel mit der FDP zu einem Mitbestimmungsmodell geführt, das mit der Mitbestimmung so wenig zu tun hat, wie die sogenannte soziale Marktwirtschaft mit der Befriedigung der sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung.

Inzwischen hat der DGB-Bundesvorstand auf einer Pressekonferenz am 29. Januar in Frankfurt schwerwiegende Bedenken angemeldet. Wie DGB-Vorsitzender Vetter mitteilte, sei besonders der Versuch der Dreiteilung der Belegschaften und das vorgeschlagene Wahlverfahren abzulehnen. Es könne nicht von echter Parität gesprochen werden, wenn im Aufsichtsrat eines Unternehmens auf der Bank der Arbeitnehmer leitende Angestellte sitzen, die dem Management angehören und schon wegen dieser Stellung der anderen Seite zuzurechnen sind. Eine endgültige Stellungnahme wird der DGB-Bundesausschuß am 16. Februar abgeben. Auch aus Gewerkschaftsversammlungen werden geharnischte Proteste laut.

Im Gegensatz zu den Vorstellungen der Gewerkschaften steht auch die in der Regierungvsorlage enthaltene Regelung der „außerbetrieblichen Arbeitnehmervertreter". Statt der geforderten Hälfte sollen die Gewerkschaften lediglich drei von zehn Aufsichtsratssitzen auf der „Arbeitnehmerbank" einnehmen. Wie eindeutig unternehmerfreundlich die vorgesehene Mitbestimmungsregelung ist, wird daran deutlich, daß alle Forderungen nach Mitbestimmung über Investitionen, Beschäftigung und Preisgestaltung unberücksichtigt blieben. Auch das Verlangen nach Aufhebung der Schweigepflicht und nach Rechenschaftslegung der gewählten Aufsichtsratsmitglieder vor den Belegschaften wurde bei dem Bonner Kompromiß nicht berücksichtigt.

An diesen Tatsachen ändert auch das Gezeter der CDU/CSU und der Unternehmer, vor allem ihres Bosses Schleyer, nichts, das angestimmt wird, um den Arbeitern und Angestellten weiszumachen, welch großes Opfer doch den Unternehmern abverlangt werde und wie tiefgreifend die von der Bundesregierung vorgeschlagene Mitbestimmungsregelung sei. Bei näherem Hinsehen erweist sich dieses laute Lamento als Theaterdonner.

So wie in der Mitbestimmung wurde das gleiche Schmierentheaterstück auch bei der „Vermögensbildung" gespielt. Es ist glatter Betrug, wenn den Arbeitern und Angestellten die vorgesehenen 200 DM jährlich, überwiesen auf ein besonderes Konto, über das sie erst nach sieben Jahren verfügen können, als Vermögensbildung vorgegaukelt werden. Was als Vermögen bezeichnet wird, ist bei der anhaltenden inflationären Entwicklung nach sieben Jahren ein besseres Taschengeld und dazu noch vorenthaltener Lohn.

Viele Gewerkschafter haben noch die Zusagen Brandts in den Ohren, daß er sich dafür einsetzen werde, die marktbeherrschenden Unternehmen unter Kontrolle zu nehmen. Das seien ebenso wie die Fusionskontrolle „Maßnahmen einer sozialdemokratischen Ordnungspolitik". Der Machtmißbrauch der Ölkonzerne in den letzten Wochen und Monaten wäre Anlaß genug gewesen, das Kanzlerwort in die Tat umzusetzen, wie es auch in zahllosen Gewerkschaftsversammlungen gefordert wurde. Nichts anderes besagt auch das Grundgesetz in seinen Artikeln 14 und 15, wonach Eigentum verpflichtet und jeder Machtmißbrauch zu unterbinden ist. Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an das Grundsatzprogramm des DGB und an die Beschlüsse zahlreicher Gewerkschaftstage, die die Überführung marktbeherrschender Unternehmen in Gemeineigentum zum Inhalt haben.

Willy Brandt hatte sich auch auf Drängen des DGB für Preisstabilität und für Sicherung der Arbeitsplätze erklärt: „Die Sicherung der Arbeitsplätze und Preisstabilität sind vordringliches Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik." – Preissteigerungsraten von 6,8 Prozent 1973, vorausgeschätzte zwischen 8 und 10 Prozent im laufenden Jahr und eine Arbeitslosenzahl, die nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit die 750 000-Marke erreichen kann, sprechen eine eindeutige Sprache.

Wie weit die Kluft zwischen Versprechen und Realität auseinandergeht, wird gerade in der jetzigen Tarifbewegung der Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes sichtbar. In seinem Bericht zur Lage der Nation rüffelte der Bundeskanzler die um die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen ringenden Arbeiter und Angestellten und bezeichnete ihr Verlangen als weit überzogen. Das ist nach Erhards Seelenmassagen und Maßhalteappellen die bisher massivste Einmischung eines Regierungschefs in die Tarifautonomie. Und die CDU klatscht Beifall.

Die Arbeiter, Angestellten und ihre Gewerkschaften haben keinen Grund, das erste Jahr der zweiten Brandt/Scheel-Regierung als ein Jahr der Verwirklichung ihrer Interessen zu verbuchen. Selbst die in Gang gesetzten Prozesse der Entspannung wurden nicht genutzt, um durch den Abbau der Rüstungskosten Mittel für die Erfüllung dringender öffentlicher Aufgaben frei zu machen.

Die Gewerkschaften stehen jetzt vor der Aufgabe, die in den „Prüfsteinen" aufgestellten Forderungen als Meßlatte anzulegen. Sie werden dafür kämpfen müssen, damit auch in der Bundesrepublik mehr soziale Gerechtigkeit für die arbeitende Bevölkerung durchgesetzt wird.

G. M.

Erster Erfolg

Jetzt endlich konnte Israel gezwungen werden, einem Schritt zum Frieden im Nahen Osten zuzustimmen. In langwierigen Verhandlungen wurde zunächst erreicht, daß sich die israelischen Truppen auf eine Linie, die etwa 20 km östlich des Suezkanals verläuft, zurückziehen müssen. Der dadurch militärisch freiwerdende Raum wird von den UNO-Truppen besetzt. Damit haben die Vereinten Nationen, alle friedliebenden Menschen, besonders aber die arabischen Staaten einen beachtlichen Erfolg errungen. Es wurden Voraussetzungen geschaffen, daß der für den Weltschiffahrtsverkehr so wichtige Suezkanal benutzt werden kann.

Die Verhandlungen über die Lösung der Nahost-Probleme gehen weiter. Was erreicht werden muß, ist klar. Der Aggressor Israel muß gezwungen werden, alle militärisch eroberten und besetzten Gebiete freizugeben.

L.

Umweltschutz an Ort und Stelle

Niemand zweifelt daran, daß die Bundesregierung Verantwortung dafür trägt, eine dem Menschen freundliche Umwelt zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Der Beschluß der Bundesregierung, ein Umweltbundesamt zu errichten, ist angesichts der Umweltverseuchung in den Großstädten von Hamburg bis München, der Vergiftung von Menschen und Flüssen sowie ganzer Ballungsgebiete der Industrie nur zu verständlich. Es ist aber ein Rückfall in Methoden des kalten Krieges, wenn die Errichtung dieses Amtes mit einer politischen Demonstration gegen die DDR verbunden wird.

Nach der Regierung in Bonn soll das Amt gegen Umweltverseuchung „weit ab vom Schuß", außerhalb der Bundesrepublik, in Westberlin, errichtet werden. Sachlich gibt es dafür keinen Grund. Am Rhein z. B. haben Chemiekonzerne Riesenanlagen, ihre Abwässer machen den großen Strom zur Kloake. Das Amt gehört dorthin, wo es seine Aufgaben zu lösen hat.

Es geht der Bundesregierung aber um etwas anderes: die Präsenz der Bundesrepublik in Westberlin zu erweitern und von dort her auf Teilbereichen die Bundesrepublik zu regieren, um auf diese Weise eine Zugehörigkeit Westberlins zur Bundesrepublik zu praktizieren. Das verstößt eindeutig gegen das Vierseitige Abkommen über Westberlin, in dem klargestellt ist, daß Westberlin kein Bestandteil der BRD ist und auch nicht von ihr regiert wird. Dagegen werden bestehende Verbindungen davon nicht berührt.

Es ist also ein politisches Störmanöver, das den Beifall all derer findet, die über 20 Jahre lang Feindschaft gegen die DDR säten und heute noch jeden Schritt zur Entspannung, einem friedlichen Nebeneinander und Miteinander, sabotieren. Angesichts der noch starken Kräfte des kalten Krieges in unserem Lande ist Vertragstreue und guter Wille bei der Regierung in Bonn notwendig, um eine friedliche Koexistenz zwischen der BRD und der DDR zu festigen und unumkehrbar zu machen.

J. L.

GLOSSE

Die Oberscheichs

Viel dummes Zeug ist in den letzten Wochen und Monaten über die mit Recht ungeliebten Scheichs einiger ölproduzierender Länder gesagt und geschrieben worden. Dabei wurde das Wort „Ölscheich" zum Synonym auch für den Präsidenten von Libyen, den Schah von Persien und den Staatschef von Venezuela. Der Wille, von den Konzernen und den ihnen willfährigen Politikern abzulenken, machts möglich. Das Allerdümmste ist schließlich, „den Arabern" die Schuld an den zum Teil irrsinnigen Preissteigerungen für Benzin und Heizöl zuzuschieben. Alle Erdölproduzenten, auch Persien und Venezuela, haben die Preise erhöht. Doch wenn es nach ihnen ginge, kriegten wir den Sprit spottbillig.

„Mit ihren Preiserhöhungen bis zu 400 Prozent von einem Jahr zum andern haben die arabischen Ölscheichs die westlichen Wirtschaftssysteme in ernste Schwierigkeiten gebracht", meint das IG-Bergbau-Organ „einheit" am 1. Februar. Da im Januar der Liter Öl ab Wüste 11,9 Pfennig kostete, hatten „die Scheichs" den Liter vor der Verteuerung für etwa 2 bis 2,5 Pfennig praktisch an die Konzerne verschenkt.

Wenn man davon ausgeht, daß die Konzerne auf jeden Liter noch 15 Pfennig 'raufknallen, bevor er an der Tankstelle ist, dann muß es wohl noch „Oberscheichs" geben, bis der Preis von 85 Pfennig und mehr für Normalbenzin zustande kommt – z. B. die Politiker der westlichen Länder, die über „die Araber" jammern; Bonn kassiert pro Liter 15 Pfennig Steuer. Zuständiger Oberscheich: Hel-al-muth Schmidtallah.

okolus

Gewerkschafts-Gipfel in Genf

Das Jahr 1974 hatte auf dem Sektor der internationalen Gewerkschaftsarbeit einen guten Start. Das kann ohne weiteres festgestellt werden, nachdem am 19. Januar in Genf die Tagung europäischer Gewerkschaftsführer im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation stattgefunden hat. Zum erstenmal seit über 25 Jahren hat es eine solche gemeinsame Konsultationsrunde der Führungen fast aller europäischen Gewerkschaftsbünde unterschiedlichster politischer und organisatorischer Zugehörigkeit gegeben. Bei dieser Gelegenheit trafen auch die Generalsekretäre von WGB und IBFG, Gensous und Kersten, zu einem Meinungsaustausch zusammen.

Die Zusammenarbeit der europäischen Gewerkschaften soll fortgesetzt werden. Mit diesem Beschluß haben die langjährigen Bemühungen der Gewerkschaften sozialistischer Länder, die übrigen Mitgliedsorganisationen des Weltgewerkschaftsbundes – vor allem der französischen CGT und des italienischen CGIL – und mancher Gewerkschaftsfunktionäre von Organisationen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften um die Herstellung gemeinsamer Gespräche und zweckmäßiger Formen der Zusammenarbeit sichtbare Früchte getragen. Sie sind nicht zuletzt auch das Ergebnis des veränderten politischen Klimas in Europa und der Welt.

In der Atmosphäre des Willens zur Zusammenarbeit, wie sie in Genf herrschte, sah sich der DGB-Vorsitzende Vetter genötigt, auf sein in der „Welt der Arbeit" angekündigtes Vorhaben zu verzichten, die Gewerkschaften der sozialistischen Länder zum Protest gegen die „Politik der Ölscheichs" gegenüber dem Westen aufzufordern. Andere westliche Gewerkschaftsführer, z. B. beim Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB), sahen sich indessen nicht veranlaßt, die Hysterie der Ölkonzerne und der ihnen willfährigen Regierungen mitzumachen. Sie bewogen den DGB-Vorsitzenden, sein Vorhaben, das in der Genfer Szenerie wie eine Provokation gewirkt hätte, aufzugeben.

Mit der Tagung der europäischen Gewerkschaftsführer in Genf wurde der Nachweis erbracht, daß die Zugehörigkeit der Gewerkschaften zu verschiedenen Weltzentralen durchaus kein Hindernis ist, im Interesse der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterschaft zusammenzuarbeiten. (Siehe den Wortlaut der Erklärung des Genfer Treffens und weitere Informationen auf den Seiten (25/26).

G. S.

Verstärkte Solidarität hilft den Demokraten Chiles

Interview mit Galvarino Melo, Chile

In Chile wütet nach wie vor der Terror. Noch immer herrscht Kriegsrecht. Jede Meinungsäußerung wird von der faschistischen Militärjunta mit Einkerkerung oder gar mit Ermordung geahndet. Aufgrund des Drucks der Weltöffentlichkeit mußte die Junta einigen Chilenen, die Zuflucht in den Botschaften gefunden hatten, die Ausreise gestatten. Einer von ihnen lebt jetzt in Frankfurt. Es ist Galvarino Melo, vor der Regierungszeit der Unidad Popular Generalsekretär der chilenischen Bergarbeitergewerkschaft und während der Allende-Regierung Direktor der Sozialversicherung Chiles. Unser Redaktionsmitglied Gisela Mayer stellte Galvarino Melo einige Fragen:

NACHRICHTEN: *Die Bevölkerung der Bundesrepublik weiß sehr wenig über die Entwicklung der chilenischen Gewerkschaften. Können Sie in kurzen Zügen die Hauptetappen nennen?*

Galvarino Melo: Die chilenischen Gewerkschaften können auf eine lange gewerkschaftliche Tradition zurückblicken. Schon vor rund hundert Jahren begannen die Arbeiter, besonders in den Salpeter- und Kupferminen, sich gewerkschaftlich zusammenzuschließen. Dieser Zusammenschluß erfolgte zuerst auf Betriebs-, später auf regionaler Ebene. Zahlreiche Streiks und andere Aktionen für mehr Rechte führten schließlich zum Zusammenschluß der verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen. 1953 wurde die Einheitsgewerkschaft in Chile gegründet.

NACHRICHTEN: *Welchen Anteil hatte die Gewerkschaftsbewegung Chiles am Sieg der Regierung der Unidad Popular; was waren die hauptsächlichsten Forderungen an die Regierung Allende und wie wurden sie verwirklicht?*

Galvarino Melo: Seit Gründung der Gewerkschaftsorganisationen hat ein großer Teil ihrer Mitglieder auch am politischen Kampf teilgenommen. Es gab sehr wichtige Ereignisse. Einer der Höhepunkte war die Schaffung der Volksfrontbewegung im Jahre 1938 und die Wahl von Pedro Aquirro Serdas zu ihrem Präsidenten. Diese Bewegung, die zu jedem Wahlkampf mit einer festumrissenen Plattform auftrat, trug maßgeblich zum Siege Allendes bei.

Unter der Regierung der Unidad Popular wurden zahlreiche alte gewerkschaftliche Forderungen verwirklicht oder mit ihrer Verwirklichung begonnen. Die Kupferminen wurden verstaatlicht, die Agrarreform durchgeführt, den Arbeitern und Angestellten das Wahlrecht gesetzlich garantiert. Erstmals durften auch die jungen Chilenen mit 18 Jahren wählen. Darüber hinaus wurde der Hunger beseitigt und jedem Bürger ein Existenzminimum gesetzlich garantiert. Die Kinder erhielten kostenlos einen halben Liter Milch täglich. Es wurden mehr Lehrer eingestellt, mehr Schulen gebaut, Kindergärten, Schulhorte und Kinderferienplätze geschaffen.

In einigen Bereichen wurde eine gesetzlich festgelegte Arbeitszeit eingeführt, z. B. die 43-Stunden-Woche für die Bergarbeiter, für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und im Gesundheitswesen. In den Betrieben wählten die Arbeiter und Angestellten ihre Vertreter für die verschiedensten Kommissionen. Beispielsweise bestimmten sie, wer in ihrem Betrieb für das Gesundheitswesen verantwortlich sei.

NACHRICHTEN: *Durch den blutigen Militärputsch hat die chilenische Militärjunta – unterstützt vom internationalen Monopolkapital – die Macht an sich gerissen. Welche Auswirkungen hatte dieser Staatsstreich auf die Arbeiter und ihre Gewerkschaften?*

Galvarino Melo: Es ist nunmehr allgemein bekannt, daß der Putsch vom US-Imperialismus, unterstützt von den reaktionärsten Kreisen Chiles, in die Wege geleitet wurde. Diese Kreise sahen durch die Maßnahmen der Regierung Allende ihre Felle davonschwimmen. Es war der brutalste Putsch, der je in der Geschichte Lateinamerikas, die nicht arm an Staatsstreichen ist, durchgeführt wurde. Ebenso wie die Führer und Funktionäre der Parteien der Unidad Popular wurden auch die Gewerkschaftsführer verfolgt. Viele von ihnen haben die Zeit seit dem 11. September 1973 nicht überlebt. Sie wurden grausam ermordet. Andere wieder sind in den in allen Teilen Chiles entstandenen Konzentrationslagern eingekerkert. Ich möchte hier nur an die Insel Dawson erinnern, wo auch Luis Corvalan, Anselmo Sule und zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre unter unbeschreiblichen Bedingungen festgehalten werden.

Alle politischen und gewerkschaftlichen Rechte sind in Chile aufgehoben. Den Arbeitern wurden die Fabriken genommen. Den Boden der Bauern eignete sich die Junta an. Der Arbeitstag wurde willkürlich verlängert. In den ersten Monaten nach dem Putsch mußte sogar an sieben Tagen in der Woche gearbeitet werden. Rücksichtslos warf die Junta Gewerkschafter auf die Straße. Sie haben keinerlei Rechte und erhalten auch keine Unterstützung. Heute liegt die Zahl der Arbeitslosen in Chile zwischen 12 und 15 Prozent.

Nach wie vor herrscht in Chile Kriegszustand. Von 23 bis 6 Uhr besteht Ausgangssperre. Noch immer werden nachts Wohnungen durchsucht und viele Menschen grundlos verhaftet, ermordet und ihre Leichen zur Abschreckung in den Fluß oder auf die Müllhaufen geworfen. Das Parlament ist geschlossen, die Pressefreiheit aufgehoben und sämtliche Bürgermeister abgesetzt. Ununterbrochen tagen die Militärgerichte.

Seit dem Putsch sind in Chile die Lebenshaltungskosten immens angestiegen. Die Kluft ist sehr groß zwischen denen, die sehr viel und denen, die sehr wenig verdienen. Ein General z. B. erhält jetzt mehr als 300 000 Escudos monatlich, ein Arbeiter aber im öffentlichen Dienst 16 000 Escudos. Die Durchschnittsrente beträgt 12 000 Escudos im Monat. Der Preis für ein Kilo Fleisch ist mittlerweile auf 1200 Escudos angestiegen; ein Anzug kostet 35 000, ein Hemd 18 000 und ein Paar Schuhe 22 000 Escudos. Bei diesen Preisen ist es klar, daß sich die Menschen gebrauchte Kleidungsstücke und Schuhe kaufen müssen, weil neue einfach unerschwinglich sind. Ein Rentner kann nur einmal am Tag warm essen, niemals aber Fleisch.

NACHRICHTEN: *Was können die Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik – insbesondere aber die Gewerkschaften – tun, damit in Chile wieder demokratische Verhältnisse durchgesetzt werden und den Gewerkschaften im Interesse der werktätigen Bevölkerung die freie Betätigung garantiert wird?*

Galvarino Melo: Die Junta-Machthaber haben die Gewerkschaften verboten, auch die OIT, das ist die Internationale Arbeiterorganisation. Diese Maßnahme hat unter anderem den Protest vieler Länder, zahlreicher Organisationen, darunter auch der internationalen Gewerkschaftsbewegung ausgelöst. Es fuhren Gewerkschaftsdelegationen, Juristen, Journalisten und andere nach Chile, die mit eigenen Augen die Realitäten sehen konnten. Sie überzeugten sich von der Not der Bevölkerung, sahen die Ermordeten und hörten von der immens hohen Zahl derjenigen, die in den Konzentrationslagern eingesperrt sind.

Diese internationale Solidarität, die Protestbewegung und die Delegationen haben geholfen, Gewerkschaftsfunktionäre und Führer der Unidad Popular dem Tode zu entreißen, z. B. auch den Vizepräsidenten der CUT (chilenische Gewerkschaft), Rolando Calderon, und viele andere. Die weltweite Solidarität hat auch bewirkt, daß das Asylrecht der ausländischen Botschaften von den Junta-Machthabern respektiert werden mußte und vielen Gefährdeten die Ausreise gestattet wurde. Sie wurden der Hölle und dem Tode entrissen. Auch in der Bundesrepublik hält sich ebenso wie in anderen europäischen Ländern eine Anzahl von Chilenen auf.

Damit besonders die Gewerkschafter die Situation in Chile kennenlernen, sind wir gern bereit, in Gewerkschaftsversammlungen zu sprechen. Dadurch hoffen wir eine breite Unterstützung für folgende Mindestforderungen: Aufhebung des Kriegsrechts; Verhinderung von Waffenlieferungen an die chilenische Militärjunta; Entlassung aller politischen Gefangenen, besonders aber der Familienangehörigen von untergetauchten Funktionären, die als Geiseln eingesperrt wurden: Wiederherstellung der demokratischen Rechte.

15 000 DM für Chiles Gewerkschafter

Der DGB-Bundesvorstand übergab Vorstandsmitgliedern der chilenischen Gewerkschaften bei ihrem Besuch am 29. Januar in der Düsseldorfer DGB-Zentrale eine Spende von 15 000 DM. Dieser Betrag war von der Gewerkschaftsjugend auf Veranstaltungen gesammelt worden. DGB-Vorsitzender Vetter ließ sich über die Lage der chilenischen Arbeiter nach dem Militärputsch informieren. Darüber hinaus wurde, wie der DGB mitteilt, über „konkrete Formen der Unterstützung und Zusammenarbeit" des DGB mit den Gewerkschaften in Chile gesprochen.

DDR – neue Heimat für Chile-Flüchtlinge

Die DDR wurde in den vergangenen Monaten zum wichtigsten Gastland für Flüchtlinge aus Chile, die von der faschistischen Militärjunta verfolgt werden. Weit über 400 chilenische Bürger wurden bisher aufgenommen. Die Gewerkschaften der DDR sind an den Betreuungs- und Eingliederungsmaßnahmen für die chilenischen Flüchtlinge wesentlich beteiligt.

„Gesamtmetall" provoziert die IG Metall mit nur 8,5 Prozent

Auch die zweite regionale Verhandlungsrunde in der metallverarbeitenden Industrie zwischen der IG Metall und dem Unternehmerverband Gesamtmetall ist – bei einem Unternehmerangebot von 8,5 Prozent – ergebnislos verlaufen. Nachdem man sich größtenteils ohne weitere Terminabsprache trennte, hatten bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe die Tarifbezirke Unterweser und Nordrhein-Westfalen die Verhandlungen bereits für gescheitert erklärt. In einem Schreiben der IG Metall an den Vorstand von Gesamtmetall wurde mitgeteilt, daß das Angebot von 8,5 Prozent unannehmbar sei. Gesamtmetall versuche, die regionalen Tarifverhandlungen durch ein zentrales Angebot an den Vorstand der IG Metall bzw. durch gleichlautende Angebote in den einzelnen Tarifgebieten zu unterlaufen.

In dem Schreiben der IG Metall heißt es weiter, das 8,5-Prozent-Angebot ignoriere vollständig den differenzierten Charakter der Forderungen der regionalen Tarifkommission. Das Angebot stelle daher keine Grundlage für regionale Einigungen dar. Der Versuch, Bundesregierung und Parlament in die laufenden Tarifverhandlungen einzubeziehen, sei eine schwere Belastung der Tarifautonomie.

Die Forderungen der einzelnen Bezirke der IG Metall liegen zwischen 15 und 18 Prozent. (Siehe auch Januar-Ausgabe von NACHRICHTEN). Sollten die Unternehmer ihre Angebote nicht wesentlich erhöhen, dürfte in allen Tarifgebieten das Scheitern der Verhandlungen unvermeidlich sein. Die Große Tarifkommission des Bezirks Unterweser beschloß, sich die Hände frei zu halten und kein Schlichtungsverfahren einzuleiten.

Auch die neue Schlichtungsordnung vom 1. Oktober 1973 soll die Handlungsfreiheit der IG Metall einengen und die Kampfbereitschaft der Metallarbeiter dämpfen. Gegenüber der alten Schlichtungsordnung tritt die Schlichtung jetzt nicht nach erklärtem Scheitern der Verhandlung automatisch in Kraft, sondern in den ersten drei Tagen können beide Parteien gemeinsam die Schlichtungsstelle anrufen, während zweier weiterer Werktage kann die Schlichtungsstelle von jeder Tarifpartei nach eigenem Ermessen angerufen werden. Die in der Schlichtungsordnung gewollte „Friedenspflicht" kann im ungünstigsten Fall 23 Tage betragen, gegenüber früher maximal 19 Tage. Auch kann die Schlichtung ausgesetzt werden, wenn beide Tarifparteien sich zu weiteren Verhandlungen bereit erklären.

Durch ein Schlichtungsverfahren soll eine stärkere Anbindung an „gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten" möglich werden, denn diese Daten sind in der Regel die Maßstäbe, an die sich die Schlichter halten. So erweist sich die Schlichtung als eine Prozedur, ganz im Sinne der Unternehmer, die Aktionsmöglichkeiten der Arbeiter und Angestellten zu entschärfen.

Gleich, in welcher Branche Arbeiter und Angestellte seit Anfang des Jahres um höheren Lohn kämpfen, ob in der Privatindustrie, im Handel oder im staatlichen Dienst, sie alle stehen unter dem verstärkten Druck ihrer sogenannten Arbeitgeber, die Arm in Arm mit ihren Interessenverbänden, den Wirtschaftsinstituten, dem Sachverständigenrat, mit allen im Bundestag vertretenen Parteien und der Bundesregierung die Forderungen auf Reallohnerhöhung strikt zurückweisen. Sie bilden eine gemeinsame Front, um die angeblich überzogenen Forderungen der Gewerkschaften als Ursache eines unausbleiblichen wirtschaftlichen Ruins mit gesellschaftspolitischen Folgen zu verteufeln.

Eine zweistellige Lohnforderung, so argumentieren sie, gefährde die Arbeitsplätze und treibe unverantwortlich die Inflationsrate in die Höhe. Bei dieser Schwarzmalerei leistet das „Ölgespenst" willkommene Schrittmacherdienste. Die Arbeiter und Angestellten sollen diszipliniert, sollen verunsichert werden. Es ist eine alte Erfahrung, daß verunsicherte Arbeiter und Angestellte für die Unternehmer die liebsten Zeitgenossen in einer Lohnrunde sind. Wie ist der wirtschaftliche Hintergrund der gegenwärtigen Metalltarifrunde wirklich? Das Jahr 1973, auf das sich die Lohnforderungen beziehen, war ein Jahr der Hochkonjunktur, wenn auch unterschiedlich in einzelnen Branchen. Unter Einschluß der Preissteigerungen erhöhte sich das Bruttosozialprodukt um knapp 12 Prozent auf 927,1 Milliarden DM. Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut des DGB meldete bereits im Juni 1973 ein sprunghaftes Ansteigen der Arbeitsproduktivität, nachdem

das Produktionsergebnis je Arbeitsstunde in der gesamten Industrie (ohne öffentliche Energiewirtschaft und Bauindustrie) im dritten Quartal 1972 schon 7 Prozent über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum lag und im vierten Quartal 1972 ein Produktivitätsanstieg von 9,1 Prozent festgestellt worden war. Die Konzerne und Unternehmer haben 1973 hohe Gewinne gemacht und möchten die Profitrate möglichst ungekürzt auch für das Jahr 1974 sichern. Sie sind die Schuldigen und Nutznießer der Preis-Profit-Spirale. Das bezeugt z. B. die Stahlindustrie, die für 1974 schon Preiserhöhungen von insgesamt 12 Prozent angemeldet hat.

Anfang 1973 wurde zum Unwillen der Metallarbeiter nur eine unterkühlte Lohn- und Gehaltserhöhung von 8,5 Prozent abgeschlossen. Dieser mehr als maßvolle Abschluß sollte der gewerkschaftliche Stabilitätsbeitrag sein, dessen „Honorierung" dann durch eine von den Konzernen und dem Staat ausgelöste Preislawine mit 7 Prozent Anstieg erfolgte. Steuerprogression und erhöhte Sozialabgaben (3,5 bis 4 Prozent) führten dann dazu, daß der Reallohn für die Metallarbeiter, trotz vielfach geleisteter Zusatzschichten und Überstunden stagnierte bzw. sank. Den Produktivitätszuwachs haben die Unternehmer für sich kassiert.

Das Unternehmerargument, höhere Löhne führten zum Verlust von Arbeitsplätzen, ist ein Märchen. Die Erfahrung hat bewiesen, daß Lohnverzicht keinen Arbeitsplatz sichert und nicht die Preise stoppt. Im Gegenteil, Rellohnerhöhung schmälert zwar die Profite, bringt aber Kaufkraftzuwachs und demzufolge eine Belebung der Produktion.

Der Wirtschaftsexperte der IG Metall, Günter Friedrichs äußerte sich kürzlich in gleicher Weise.

Die Metallarbeiter sind kampfbereit, bereits am 24. Januar meldete der Tarifbezirk Bremen machtvolle Aktionen von 11 000 Metallarbeitern aus drei Betrieben. Auf einer Vertreterversammlung in Hagen am 25. Januar erklärte das Vorstandsmitglied der IG Metall, Heinz Troche: „Es gibt keinen Grund, von den Forderungen der Gewerkschaften abzugehen." In einer an die Mitglieder der Großen Tarifkommission gerichteten Entschließung heißt es:

„Laßt Euch nicht durch Krisensprüche der Arbeitgeberverbände und der Bundesregierung ins Boxhorn jagen. Die sogenannte Ölkrise kommt den Unternehmern gerade recht, um ihre Gewinne zu verschleiern. Arbeitslosigkeit wird nicht durch hohe Lohnforderungen verursacht. Dann erst, wenn die Kollegen nicht mehr genug verdienen, um die produzierten Waren kaufen zu können, sind die Arbeitsplätze in Gefahr."

H. Bramkamp

Regierung und Unternehmer gemeinsam gegen Staatsarbeiter

Am 28. Januar wurden die Tarifverhandlungen für den Bereich des öffentlichen Dienstes, der Bundespost und der Bundesbahn von den Gewerkschaften für gescheitert erklärt. Auf ein Ultimatum der ÖTV, DPG und GdED hatten die Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden mit einem völlig unannehmbaren Angebot von 9,5 Prozent geantwortet. Die Gewerkschaften beschlossen daraufhin, am 7. und 8. Februar, wenn diese Ausgabe schon gedruckt wird, die Urabstimmung über Kampfmaßnahmen durchzuführen.

Bereits der Beginn der Tarifrunde 74 war von erheblicher Unruhe in Betrieben und Dienststellen gekennzeichnet und entsprechend dramatisch gestaltete sich auch der weitere Verlauf. Die Absicht der staatlichen Arbeitgeber, in dieser Tarifrunde auf Kollisionskurs zu laufen, zeigte sich schon beim ersten Verhandlungstermin am 13. Dezember 1973, als auf die 15-Prozent-Forderung der Gewerkschaften keinerlei Angebot erfolgte. Zum nächsten Verhandlungstermin am 8. Januar 1974 tischte man ein lächerliches Angebot von 7,5 Prozent auf, am 21. Januar wurden 9 Prozent geboten. Auch das konnte für die Gewerkschaften keine echte Verhandlungsgrundlage sein.

Sie stellten deshalb den Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden ein Ultimatum bis zum 28. Januar und machten ihnen mit aller Deutlichkeit klar, daß ein Scheitern der Verhandlungen unvermeidlich sei, wenn die gesetzte Frist nicht zur Vorlage eines erheblich verbesserten Angebots genutzt werde. Die staatlichen Arbeitgeber „nutzten" diese Woche, um sage und schreibe ein halbes Prozent mehr anzubieten, nämlich 9,5 Prozent. Damit waren die Verhandlungen vorläufig gescheitert.

Nun spielten sich diese Verhandlungen ja nicht im luftleeren Raum ab, sondern sie waren in ganz besonderem Maße begleitet von zahlreichen Aktivitäten – einerseits den nachdrücklich geäußerten Forderungen der Kollegen aus den Betrieben und Dienststellen, andererseits von dem pausenlosen gemeinsamen Versuch von Vertretern der Unternehmerverbände und der Bundesregierung, die Tarifverhandlungen massiv zu beeinflussen.

Bei ihrer Hetze geht es den Gegnern der gewerkschaftlichen Forderungen um zweierlei: durch das Angstmachen mit der wirtschaftlichen Unsicherheit und durch die Drohungen mit dem Gespenst Arbeitslosigkeit – dem „Graf Dracula des Kapitalismus", wie der hessische ÖTV-Vorsitzende Heinz Wolf es nannte – sollen die Arbeiter, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes selbst verunsichert und von ihren eigenen Forderungen abgebracht werden; zum anderen soll aber auch einer Solidarisierung der Kollegen in anderen Tarifbereichen und der übrigen Bevölkerungsschichten mit den Bediensteten des Staates entgegengewirkt werden.

Es wird behauptet, der öffentliche Dienst sei selbst nicht von Arbeitslosigkeit bedroht, gefährdet aber durch seine hohen Lohnforderungen die Arbeitsplätze in anderen Bereichen. Eine völlig unhaltbare Behauptung, die nur dazu dient, einen Teil der Arbeiterklasse gegen den anderen auszuspielen und so deren Kampfkraft insgesamt zu lähmen. Diese Absicht kommt in zahlreichen Äußerungen zum Ausdruck. So diffamierte BDI-Präsident Sohl die Forderungen der Gewerkschaften als „unsozial", Innenminister Genscher findet sie „nicht mehr darstellbar" und Hans Hermsdorf, Staatssekretär im Finanzministerium, der sich bereits des öfteren durch entsprechende Äußerungen hervorgetan hat, bezeichnet die gewerkschaftlichen Forderungen als „lebensgefährlich für unsere Volkswirtschaft".

Bundeskanzler Brandt bläst, wie CDU-Generalsekretär Biedenkopf es von ihm verlangt hatte, in das gleiche Horn und warnt vor Tarifabschlüssen über 10 Prozent. Es könne jetzt nur darum gehen, so meint er, die Realeinkommen zu sichern. Reallohnsteigerungen wie in früheren Jahren seien in einer Zeit des „wirtschaftlichen Null-Wachstums" nicht mehr zu verwirklichen.

Ist es schon eine Zumutung, Arbeitern und Angestellten das Recht auf Reallohnverbesserungen abzusprechen, während gleichzeitig die Profite explodieren, so kann man die Behauptung, mit Lohn- und Gehaltserhöhungen von nur 10 Prozent sei das Realeinkommen gesichert, nur schlicht als den Versuch werten, die Arbeiter, Angestellten und Beamten hinters Licht zu führen. Daß jeder Tarifabschluß unter 15 Prozent schon ein Verlust an Realeinkommen bedeutet, wissen auch die Vertreter der Bundesregierung ganz genau.

Bei den Tarifverhandlungen für die Zivilbeschäftigten der Stationierungsstreitkräfte wurde man auch entsprechend deutlich. Ministerialrat Wargien vom Bundesfinanzministerium empfahl zu Beginn, mit dem Tarifabschluß nicht höher zu gehen, „als die Regierung es will". Unumwunden erklärte er, die Arbeitnehmer müßten nun auf Luxus verzichten, wobei er als Luxus „Autos, Urlaubsreisen und höhere Konsumgüter" bezeichnete. Hier wurde klar ausgesprochen, worum es geht. Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte sollen eine Kürzung ihres Realeinkommens hinnehmen, während die Profite der Monopole unangetastet bleiben und weiter wachsen.

Immer mehr Beschäftigte aber zeigen, daß sie nicht gewillt sind, den Angriff auf ihren Lebensstandard hinzunehmen. Durch zahllose Protestaktionen, Kundgebungen und Warnstreiks demonstrierten Bedienstete des öffentlichen Dienstes, der Post und der Bundesbahn ihre Bereitschaft, für die 15 Prozent, die ohnehin eine Mindestforderung darstellen, zu kämpfen.

So traten z. B. am 10. Januar in Frankfurt rund 2000 Postler in mehreren Postämtern der Stadt in einen Warnstreik. Am 21. Januar fanden in der gesamten Bundesrepublik größere Protestveranstaltungen statt. Zu den Tarifverhandlungen in Stuttgart wurde Innenminister Genscher an diesem Tag von 1500 Bediensteten mit Sprechchören empfangen. Am 23. Januar gab es in Dortmund eine machtvolle Demonstration, an der 10 000 Kollegen der Gewerkschaften ÖTV, DPG und GdED teilnahmen.

Ein neues Element in dieser Tarifrunde waren die besonders zahlreichen Aktivitäten bei der Post. So legten u. a. in Düsseldorf 100 Briefzusteller in einem Sitzstreik vorübergehend den Verkehr lahm, in Wuppertal erzwangen 800 Postler eine Personalversammlung, in Hamburg und Kiel gab es Proteststreiks, in Gießen gingen über 1000 Bedienstete von Post und Fernmeldeamt auf die Straße – um nur einen kleinen Ausschnitt aus der großen Zahl der Protestaktionen zu nennen.

Vergleicht man den bisherigen Verlauf dieser Tarifrunde mit dem der vergangenen Jahre, so ist festzustellen, daß unter Arbeitern, Angestellten und auch unter Beamten die Einsicht in die eigene Lage gewachsen ist. Gewachsen ist auch die Bereitschaft, für die eigenen Interessen zu kämpfen, und zwar gemeinsam – mit einer starken Gewerkschaft.

Natürlich wird diese Tendenz von den Interessenvertretern der Monopole mit großem Mißvergnügen registriert. Erst kürzlich jammerte Herr Schleyer, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, bei einem Akademikerkommers in Kassel, die Gewerkschaften entwickelten bei den gegenwärtigen „ultimativen Lohnverhandlungen" einen schlechten Stil, sie zeigten keine Bereitschaft mehr zu partnerschaftlicher Zusammenarbeit. Weiterhin meinte Schleyer, die Gewerkschaften würden von den Arbeitgebern als „Ordnungsfaktoren im demokratischen Staat" anerkannt, jedoch werde das Verhältnis durch „ideologische Polemik" der Gewerkschaften getrübt.

Es ist begreiflich, daß Herr Schleyer und seinesgleichen die Gewerkschaften gern als Ordnungsfaktor sähen. Allerdings wird jeder aktive Gewerkschafter sein möglichstes tun, damit Herrn Schleyers diesbezügliche Vorstellungen in Zukunft unerfüllbare Wunschträume bleiben. Denn die Richtung, die den Vertretern des Großkapitals nicht paßt, stimmt auf jeden Fall – für diejenigen, deren Interessen von den Gewerkschaften vertreten werden.

Sabine Eiermann

Geschäftsberichte widerlegen Pessimismus

Im schneidenden Gegensatz zu dem gegen die gewerkschaftliche Tarifpolitik gerichteten Wirtschaftspessimismus von Unternehmerverbänden und Regierung stehen die gegenwärtigen Veröffentlichungen der Geschäftsberichte großer Unternehmer über das abgelaufene Jahr. Da die Lohnforderungen dieser Wochen nicht in die Zukunft gerichtet sind, sondern den verlangten Anteil am Produktionsergebnis des vergangenen Jahres darstellen, sind die gewinnstrotzenden Geschäftsberichte die richtige Begleitmusik für die Tarifbewegung.

An nur drei aufeinanderfolgenden Tagen veröffentlichte allein die Springer-Zeitung „Die Welt" im Wirtschaftsteil optimistische Unternehmensberichte mit folgenden Überschriften:

„BMW fährt finanziell gut gefedert"; „Hoechst will Roussel-Engagement erweitern"; „Lucia gut weiterentwickelt"; „Waggonfabrik ausgelastet"; „Nach der Umstrukturierung reifen bei Phönix wieder Hoffnungen"; „Bakola bei ‚maßvoller' Expansion zufrieden" (30. Januar).

„Gelsenberg-Aktionäre dürfen auf höhere Dividende hoffen"; „Du Pont: Gewinn kräftig gestiegen"; „Girmes bleibt zuversichtlich"; „Die roten Zahlen sind passé" (31. Januar).

„Siemens hat Gewinn kräftig verbessern können" (1. Februar).

NACHRICHTEN– Telefoninterviews

**Rudi Müller,
Vorsitzender des Gewerkschaftsausschusses der
Deutschen Postgewerkschaft:**

„Ich muß die Haltung der Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes, die maßgeblich von der Bundesregierung beeinflußt wird, als ausgesprochen unsozial bezeichnen. Allerdings überrascht mich die Situation nicht. Wir leben in einem kapitalistischen System, in dem die Funktionäre der Produktionsmittelbesitzer den Gang der Wirtschaft und damit weitgehend die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung bestimmen."

**Erwin Faust,
Pressesprecher des ÖTV-Bezirks Hessen:**

„Für uns als Gewerkschaft ÖTV sind die sehr zahlreichen Äußerungen von Mitgliedern der Bundesregierung ausschließlich als subjektive Arbeitgebermeinung zu dieser Tarifbewegung zu werten. Die ÖTV ist sicher, daß Lohnverzicht nichts mit Arbeitsplatzsicherung zu tun hat und ihr Auftrag, die Existenz der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes zu sichern, von diesen Arbeitnehmern verstanden und durchgesetzt wird.

Loderer: Wenn es sein muß – Streik

Der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, begründete auf einer Funktionärskonferenz in Bremen den Beschluß des IGM-Vorstandes, das Scheitern der Verhandlungen im Tarifgebiet Unterweser zu erklären. Er sagte, die Arbeiter und Angestellten ließen sich nicht länger durch die Taktik der Unternehmer hinhalten. Die Metallarbeiter seien bereit, wenn es sein muß zu streiken, „denn wir verlangen nichts anderes als den uns zustehenden Anteil am Produktionsergebnis des Jahres 1974". Das in allen Tarifgebieten gemachte Unternehmerangebot von 8,5 Prozent könne nicht akzeptiert werden, da es noch nicht einmal eine Reallohnsicherung bedeuten würde.

GHK: Kleine Gewerkschaft mit großem Kampferfolg

Über 3000 neue Mitglieder gewann die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK), als sie Ende Januar 1974 auf die provozierende Ablehnung eines Schiedsspruchs durch die Unternehmer mit massiven Kampfaktionen reagierte. Nach drei Tagen gezielter Streikaktionen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein war der neue Manteltarifvertrag erfolgreich unter Dach und Fach gebracht.

7000 streikende Arbeiter und Angestellte erzwangen in der holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie und im Tischlerhandwerk Norddeutschlands ein „Stück neuer Lebensqualität", wie der Vorsitzende der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Gerhard Vater, in einem Gespräch mit unserem Mitarbeiter Peter Baumöller erklärte. In der Praxis werden alle 250 000 Beschäftigte des Gewerbes davon profitieren.

Der Arbeitskampf in der Holzindustrie ist in vieler Hinsicht beispielhaft für das veränderte soziale Klima in der Bundesrepublik. Die Unternehmer glaubten, mit ihrem zweckbestimmten Krisengeschrei vor einem Streik sicher zu sein. Sie lehnten es in freien Verhandlungen ab, die Forderungen nach mehr Urlaub und Urlaubsgeld anzuerkennen und stellten sich auch noch stur, als ein Schlichtungsvorschlag vorlag.

Die Gewerkschaft akzeptierte den Vorschlag des Schlichters, der für 1974 ein zusätzliches Urlaubsgeld von 30 Prozent des Urlaubsentgelts vorsah, das 1975 auf 35 Prozent gesteigert werden sollte. Außerdem waren bis zu drei Tage mehr Urlaub im Schlichtungsvorschlag vorgesehen sowie ein bezahlter freier Tag am 24. Dezember eines jeden Jahres.

Solche „Einbußen an Arbeitszeit" könnten nicht verkraftet werden, ließen die Unternehmer den Schlichter wissen. Als dann jedoch der Streik rollte und vor den Betrieben sowie vor der Möbelmesse in Köln muntere Streikparolen in großer Zahl auftauchten, besannen sich die Herren sehr schnell eines Besseren. Jetzt plötzlich akzeptierten sie mehr als ursprünglich im Schlichtspruch vorgesehen war:

1. Jeder Arbeiter und Angestellte der holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie und des Tischlerhandwerks in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein erhält im Jahre 1974 einen zusätzlichen Urlaubstag zum Grundurlaub.

2. Wer am 1. April 1974 das 40. Lebensjahr vollendet hat, bekommt einen weiteren Urlaubstag hinzu.

3. Wer am 1. April 1975 das 30. Lebensjahr vollendet hat, erhält einen weiteren Urlaubstag. (Das bedeutet für die im Jahre 1975 Vierzigjährigen, daß sie drei Tage Urlaub mehr erhalten als bisher.)

4. Das zusätzliche Urlaubsgeld wird von 13 DM je Urlaubstag ab 1974 auf 33 Prozent und ab 1975 auf 35 Prozent des Urlaubsentgeltes angehoben.

5. Der 24. Dezember ist ab 1975 arbeitsfrei. Die bis 12 Uhr ausfallenden Stunden werden bezahlt.

6. Die Einführung von Kurzarbeit ist nur noch mit Zustimmung des Betriebsrates möglich.

Besonders bedeutsam – und das nicht nur für die Möbelindustrie – ist Punkt 6 des neuen Vertrages. Bisher genügte die einseitige Entscheidung der Unternehmer.

Der Streikerfolg dürfte der Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben einen großen Auftrieb geben. Bewährt hat sich insbesondere, daß der Hauptvorstand der Gewerkschaft laut Satzung auch ohne vorangegangene Urabstimmung Kampfbeschlüsse fassen kann. Dies gestattete im vorliegenden Fall, überraschende Aktionen zu Beginn der Internationalen Möbel-Messe in Köln durchzuführen. Die Gewerkschaft erklärte spontane Aktionen für einen besseren Manteltarifvertrag im voraus zu gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen und fand damit in den Betrieben ein großes Echo.

Vor der Kölner Möbel-Messe zogen Holzarbeiter mit zündenden Streikparolen auf: „Möbel-Industrie erhöht die Preise und verweigert soziale Verbesserungen!" und: „Die Preise rauf, Soziales runter, da werden Holzarbeiter munter!" Das damit erzielte öffentliche Interesse war außerordentlich groß. Die folgende Abstimmungswelle, die eine Streikbereitschaft von über 90 Prozent erbrachte, steigerte die Kampfbereitschaft noch einmal wesentlich. Selbst in der Möbelindustrie, wo die Unternehmer seit einiger Zeit in verschiedenen Betrieben Kurzarbeit verordneten und damit die Belegschaften unter Druck setzten, kam es zu vielbeachteten Streiks.

Unter diesem Eindruck mußten die Unternehmer schließlich klein beigeben. Der Erfolg der GHK ist beispielhaft. Daß er bei der Endabstimmung in vielen Betrieben 100prozentige Zustimmung fand, gibt der Gewerkschaft einen guten Start für die angelaufene Lohntarifrunde.

Bauarbeiter nennen Forderungen

Durch die ständigen Preissteigerungen wird die Kaufkraft der Löhne und Gehälter immer mehr entwertet. Das trifft auch die Beschäftigten in der Bauindustrie. Anders als in früheren Jahren, machen die Gewerkschaftsmitglieder jetzt direkten Gebrauch von ihren Rechten als Mitglied der IG Bau-Steine-Erden. Aus Ortsverbänden und Betrieben sowie aus den Vertreterversammlungen der Verwaltungsstellen kommen konkrete Forderungen auf den Tisch. Diese Forderungen betragen im Durchschnitt zwischen 15 und 18 Prozent. Das heißt, die Kollegen haben gründlich überlegt, was in die Lohntüte muß, um mehr Kaufkraft zu erhalten. Der Hauptvorstand der IGBSE hat bereits beschlossen, die Tarifverträge zum 30. April 1974 zu kündigen.

Immer mehr Kollegen gelangen zu der Überzeugung, daß auch der Kampf um die Sicherheit der Arbeitsplätze wesentlich von der Erhöhung der Kaufkraft abhängt. Denn wo kein Geld ist, so sagen sie, kann nicht gekauft werden, und wo nicht gekauft wird, stockt die Produktion.

Gleichzeitig nehmen die Kollegen jetzt deutlicher Stellung gegen die sogenannte Stabilitätspolitik und Steuerpolitik der von der SPD geführten Regierung. Sie fordern von den Führern der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden, sich darauf zu besinnen, daß sie den Auftrag haben, die Interessen der Kollegen und nicht die der SPD/FDP-Regierung zu vertreten.

Zur Verbesserung des Rahmentarifvertrages fordern die Gewerkschaftsmitglieder: Wegfall des Samstags als Urlaubstag, d. h. endlich die Fünf-Tage-Woche tariflich zu sichern. Anhebung des Urlaubsgeldes von bisher 6 bzw. 7 Prozent auf 7 bzw. 8 Prozent des Bruttolohnes sowie endlich Einführung des 13. Monatsgehaltes. J. Utzerath

Chemische Industrie: Tarifrunde '74 wird eingeläutet

Bis Ende März werden die großen Tarifbezirke der IG Chemie-Papier-Keramik in Nordrhein, Rheinland-Pfalz und Hessen aktiv in das Tarifgeschehen eingreifen und ihre Forderungen anmelden. Damit werden auch für die Arbeiter und Angestellten in der chemischen Industrie die Weichen für die Erhöhung der Tarifeinkommen gestellt. Die wirtschaftliche Entwicklung ist im vergangenen Jahr besser gelaufen, als es die offiziellen Stellen zum Ausdruck gebracht haben. Sie läßt spürbare Einkommensverbesserungen zu.

Laut Angabe des Arbeitsringes Chemie ist die Produktion 1973 um 18 Prozent gestiegen. Dieses Wachstum liegt um 5,5 Prozent über dem der gesamten Industrie. Für 1974 wird eine ähnlich günstige wirtschaftliche Entwicklung erwartet. Die Auftragseingänge weisen für 1973 ein Plus von 15,3 Prozent auf. Da diese Steigerung von 1973 die Grundlage der Produktion von 1974 bildet, beweisen diese Zahlen deutlich, daß weder in der chemischen Industrie noch in der gesamten Industrie mit einem Null-Wachstum zu rechnen ist.

Diese Fakten beweisen aber auch, daß die von Bundeswirtschaftsminister Friderichs aufgestellte Behauptung, im Jahre 1974 sei nichts zu verteilen, ein ausgesprochenes Märchen ist. Man muß schon über eine gewisse unternehmerische Kaltblütigkeit verfügen, wenn man als Wirtschaftsminister einer sozial-liberalen Regierung, entgegen besserem Wissen, der arbeitenden Bevölkerung derartige Märchen aufzutischen wagt.

Das Nettoproduktionsvolumen stieg in der chemischen Industrie im Laufe von 20 Jahren (1950=100) im Jahre 1970 auf 795 an. Die Löhne stiegen aber nur auf 465. In DM gerechnet erhöhte sich die Arbeitsproduktivität von 9 DM auf 79 DM die Stunde. Da sich aber die Arbeitsproduktivität auch seit 1970 in der chemischen Industrie weiter erhöht hat, widerlegen diese Fakten die Behauptungen des Herrn Ministers.

In einer so günstigen wirtschaftlichen Situation und angesichts von Preissteigerungen, die nahezu 9 Prozent betragen, beginnen nun in den Betrieben der chemischen Industrie die Arbeiter und Angestellten mit der Diskussion um Art und Höhe der Tarifforderungen. Ausgehend davon werden die Tarifkommissionen etwa Mitte März ihre Forderungen bekanntgeben.

Die Diskussion, die zur Zeit geführt wird, macht deutlich, daß sehr viel Kraft investiert wird, um die Art der Forderungen, die von linearen DM-Beträgen über Sockel plus Prozente bis zu reinen Prozentforderungen reichen, zu begründen. In dieser Diskussion liegt die große Gefahr, daß vergessen wird, Forderungen in der notwendigen Höhe zu stellen. Sicherlich gibt es genügend Gründe dafür, jede einzelne Forderungsart zu vertreten. Die Kollegen in der chemischen Industrie erwarten jedoch für 1974, daß Forderungen und Abschlüsse in solchen Größenordnungen erfolgen, die einen Reallohnzuwachs für alle bringen. Gleichzeitig muß erreicht werden, daß die Schere zwischen den unteren und oberen Einkommensgruppen nicht noch weiter auseinander geht.

Ob linear, prozentual oder gemischt, die chemische Industrie kann Forderungen erfüllen, die einen Reallohnzuwachs sichern. Dazu sind Forderungen und Abschlüsse notwendig, die, in Prozent umgerechnet, bei 17 bis 18 Prozent liegen müssen. Darauf kommt es in der Endabrechnung an.

W. Malkomes

Kartellamt schießt quer

Man kann durchaus kritischer Meinung zu den Plänen der Bundesregierung sein, einen Öl-Konzern, ähnlich wie die Ruhrkohle-AG (RAG), zu bilden. Durch eine Fusion der Gelsenberg AG mit der VEBA sollte ein Instrument für eine selbständige Ölpolitik in der BRD und auf dem internationalen Markt geschaffen werden. Es ist aufschlußreich, Wie das Bundeskartellamt darauf reagierte. Es untersagte diese Fusion, weil damit angeblich „Wettbewerbsbeschränkungen" auf dem Gebiet der Energieerzeugung eintreten würden.

Offensichtlich verteidigt das Bundeskartellamt mit dieser Entscheidung ein privatkapitalistisches Prinzip, denn kurz vorher hat dasselbe Amt die Fusion der Kernbereiche von Siemens und AEG-Telefunken genehmigt.

Die weitere Konzentration auf allen Sektoren der Energiewirtschaft ist aber auch insofern wichtig, weil die Krisenlage in diesem Wirtschaftszweig zwingend die Notwendigkeit beweist, alle Zweige der Energieproduktion in einem einheitlichen Verbund zusammenzufassen. Grundvoraussetzung dafür ist allerdings, daß dieser ganze Komplex aus der großkapitalistischen Profitwirtschaft herausgelöst wird. Verstaatlichung und wirksame demokratische Kontrolle aller Unternehmen und Anlagen der Energiewirtschaft können dem Mißbrauch der lebensnotwendigen Energie durch die Monopole ein Ende setzen.

Übrigens die Fusion VEBA-Gelsenberg findet trotz des Urteils des Bundeskartellamtes statt, denn der FDP-Wirtschaftsminister Friderichs kann Kraft seines Amtes aus „übergeordneten Gründen" die Fusion selbst genehmigen.

J. L.

40-Stunden-Woche setzt sich durch

Eine alte gewerkschaftliche Forderung setzt sich immer stärker durch: Die Auswertung von Tarifverträgen aus 480 Branchen mit 18 Millionen Beschäftigten durch das Bundesarbeitsministerium ergab jetzt, daß zwei Drittel von ihnen eine tarifliche Arbeitszeit von 40 Stunden wöchentlich haben. Die 40-Stunden-Woche gilt zur Zeit für rund 8,5 Millionen (76 Prozent) Arbeiter und 3,8 Millionen (58 Prozent) Angestellte. Mit erheblichem Abstand (12 Prozent der Arbeiter und 22 Prozent der Angestellten) folgt eine Wochenarbeitszeit von 42 Stunden. Längere tarifliche Arbeitszeiten haben lediglich 7,6 Prozent der Arbeiter und 9,9 Prozent der Angestellten.

Bereits heute ist jedoch schon abzusehen, daß für weitere Bereiche im Jahre 1974 die 40-Stunden-Woche eingeführt wird. Für den öffentlichen Dienst, das Bankgewerbe und die Süßwarenindustrie ist dies bereits beschlossen. Ende 1974 werden ca. 85 Prozent aller Arbeiter und Angestellten die gewerkschaftliche Forderung verwirklicht haben. Der Gesetzgeber ist jedoch aufgefordert, aus den Arbeitszeitverkürzungen endlich die Konsequenzen zu ziehen. Verschiedene Gesetze bedürfen einer Anpassung an die Realität: Die Arbeitszeitordnung (AZO) geht von einer 48-Stunden-Woche aus. Das Mutterschutzgesetz beinhaltet die 45- und das Jugendarbeitsschutzgesetz die 44-Stunden-Woche. -ws-

Ökonomische Entwicklungen in der Welt des Kapitalismus

Die Wirtschaft aller bedeutenden kapitalistischen Länder hat sich im Laufe des Jahres 1973 in einer Phase des zyklischen Aufschwungs befunden. Nach den bisher vorliegenden Angaben, die sich im allgemeinen auf die ersten neun bzw. zehn Monate beziehen, wuchs die Industrieproduktion in den USA um 6,5 in Japan um 18,1, in der BRD um 7,7, in Großbritannien um 9,4 sowie in Frankreich und Italien um jeweils etwa 8 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit. Trotz dieser beeindruckenden Zahlen dominieren jedoch am Anfang des Jahres 1974 in den meisten kapitalistischen Hauptländern Abschwächungs- und Krisentendenzen, die sich im Laufe des Jahres aller Voraussicht nach noch wesentlich verstärken werden.

Die zyklischen Ausgangssituationen und die außerzyklischen Widersprüche und Disproportionen sind jedoch in den einzelnen Ländern recht unterschiedlich, so daß die künftige Entwicklung nicht gleichmäßig und einheitlich verlaufen wird. In Großbritannien hat z. B. eine Wirtschaftskrise bereits begonnen. In der BRD ist dagegen ein verhältnismäßig schwacher zyklischer Aufschwung gerade erst zu Ende gegangen und es kann für die nächste Zeit mit einem krisenhaften Abschwung gerechnet werden.

In den USA vollzog sich gleichfalls eine konjunkturelle Abschwächung, deren Intensität jedoch möglicherweise durch eine noch immer starke Nachfrage nach Investitionsgütern gebremst werden kann. In Frankreich und Italien ist dagegen voraussichtlich nur mit einer zyklischen Verringerung des Wachstumstempos zu rechnen. Für Italien spielt dabei vor allem eine Rolle, daß der letzte zyklische Aufschwung erst mit einer zeitlichen Verspätung gegenüber anderen Ländern eingesetzt hat und sich daher auch der nächste konjunkturelle Abschwung vermutlich erst später durchsetzt.

In Japan ist zwar noch kein deutlicher konjunktureller Rückgang oder gar eine Krise zu erkennen, die Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes von den Erdöl- und Rohstoffimporten führt dort jedoch zu einer verstärkten Krisenanfälligkeit.

Aus dieser Einschätzung läßt sich die Schlußfolgerung ableiten, daß die zyklischen Bedingungen in den genannten Ländern nicht zu einem gleichzeitigen krisenhaften Abschwung führen dürften. Eine Entwicklung in Richtung einer Weltwirtschaftskrise ist jedoch deswegen nicht ausgeschlossen, weil zahlreiche international wirkende Widersprüche und Krisenerscheinungen mit der zyklischen Entwicklung zusammenfallen können. Beispiele dafür sind die neuerlich zugespitzte Währungskrise und die Erdölverknappung als Teil einer allgemeinen Energie- und Rohstoffkrise in den wichtigsten kapitalistischen Ländern.

Vor einiger Zeit wurde in einer Prognose der OECD die Erwartung ausgesprochen, daß 1974 die Zuwachsrate der Industrieproduktion in den entwickelten kapitalistischen Ländern nur noch etwa halb so groß sein dürfte wie 1973, als sie etwa 8 Prozent betrug. Es kann nach Einschätzung der jüngsten Situation angenommen werden, daß diese Schätzung der OECD wesentlich über der Realität liegen wird. Im Höchstfall dürfte eine Zuwachsrate der Industrieproduktion in den sechs Hauptländern des Kapitalismus von etwa 2 bis 3 Prozent erreicht werden.

Eine wesentliche Rolle spielt dabei die zugespitzte Situation auf dem Energie- und Rohstoffsektor. Die einzelnen Länder sind zwar in unterschiedlichem Ausmaß von Öllieferungen aus den arabischen Ländern abhängig und die unterschiedliche Verminderung dieser Lieferungen wird auch zu verschiedenen Auswirkungen auf die konjunkturelle Entwicklung führen. Aber das Zusammentreffen von zyklischer Konjunkturabschwächung und Auswirkungen der „Ölkrise" dürfte 1974 in nahezu allen genannten Ländern das Wachstumstempo im Vergleich zu 1973 erheblich verlangsamen, wobei eine absolute Verringerung der Produktion keineswegs ausgeschlossen ist.

Hier zeigen sich die deutlichen Auswirkungen einer langfristigen imperialistischen Politik, die in den 60er Jahren vor allem von seiten der kapitalistischen Länder Westeuropas weitgehend darauf ausgerichtet war, die Energiestruktur, die Energiepolitik und teilweise auch die Rohstoffstruktur darauf zu orientieren, daß in nahezu unbegrenztem Umfang billiges Erdöl aus den arabischen Ländern zur Verfügung stehen werde. Es ist völlig ausgeschlossen, daß zu dieser Ausgangsposition zurückgekehrt werden kann, die die Abhängigkeit und Ausbeutung der arabischen Ölländer als Dauerzustand vorausprogrammiert hat. In diesem Sinne ist eine „Normalisierung" nicht mehr erreichbar.

Da es völlig unrealistisch wäre, anzunehmen, daß Öleinfuhren in den alten Dimensionen und zu den bisherigen Preisen möglich sein werden, läßt sich voraussehen, daß in den betroffenen Ländern strukturelle Anpassungen an die veränderte Situation erfolgen, die auch zu bestimmten Veränderungen in der Struktur der Investitionen sowie der Forschungs- und Entwicklungsausgaben führen werden.

Es ist deshalb damit zu rechnen, daß diese strukturellen Anpassungen und erhöhten Aufwendungen vor allem durch einen verstärkten Druck auf den privaten Konsum kompensiert werden sollen. Dies wiederum läßt zusätzliche Konflikte und Auseinandersetzungen um die Verteilung und Umverteilung des Nationaleinkommens erwarten.

In diesem Zusammenhang ist auch mit einem verschärften Konkurrenzkampf zwischen den kapitalistischen Ländern im Kampf um Erdöl, Erdgas und andere industrielle Rohstoffe zu erwarten. Davon werden selbstverständlich auch andere Bereiche berührt, so ist z. B. vorauszusehen, daß in einer Zeit verminderter Öllieferungen und steigender Benzinpreise die Automobil- und Reifenkonzerne härter gegeneinander konkurrieren werden.

Ende des Jahres 1973 gab es in den sechs kapitalistischen Hauptländern nach bisher vorliegenden Informationen 8,3 Millionen Arbeitslose. Das waren eine halbe Million mehr Arbeitslose als im Durchschnitt des Jahres 1972. Die Kombination von inflationären Preissteigerungen, Arbeitslosigkeit sowie wachsender Steuer- und Abgabenbelastung der Werktätigen hat zu einem außerordentlich starken Druck auf die Reallöhne geführt. In den USA sind sie absolut gesunken. In Großbritannien, der BRD und Frankreich stagnierten sie trotz bedeutender Kampferfolge der Werktätigen, und nur in Italien und Japan lagen die Lohnzuwachsraten noch geringfügig über dem Anstieg der Lebenshaltungskosten.

Das Zusammentreffen der inneren Labilität des Kapitalismus mit der sich im Jahre 1974 verstärkenden Krisenanfälligkeit und Labilität der kapitalistischen Wirtschaft bildet die Grundlage dafür, daß im Laufe des vor uns liegenden Jahres mit einer verschärften krisenhaften Entwicklung zu rechnen ist — einer Entwicklung, für die die Gewerkschaften mit erhöhter Kampfbereitschaft zur Verteidigung und Durchsetzung der Interessen der abhängig Beschäftigten gewappnet sein müssen.

Dr. Tu.

Preise erreichten Höchststand – Abgeordnete langen kräftig zu

Das vergangene Jahr brachte der Bevölkerung der Bundesrepublik die höchsten Preissteigerungen seit 22 Jahren. Um 7,8 Prozent höher lagen die Lebenshaltungskosten im Dezember 1973 im Vergleich zum Vorjahresmonat. Im Durchschnitt des Jahres stiegen sie um 6,8 Prozent, in einigen Bundesländern sogar noch stärker. Von Ende 1968 bis Ende 1973 hat die DM über 22 Prozent ihres damaligen Wertes eingebüßt. Auch für dieses Jahr werden nach vorsichtiger Schätzungen Preissteigerungen von 8 Prozent erwartet.

Täglich wird die Bevölkerung mit neuen Preissteigerungen konfrontiert. Die kürzlich erfolgte Benzinpreisheraufsetzung um 10 bis 12 Pfennig je Liter ist nur ein Beispiel. Aber dabei soll es nicht bleiben. Wie der Vorstandsvorsitzende der ESSO-AG, Öhme, kürzlich vor Journalisten erklärte, gäbe es „keine psychologische Schallgrenze von einer Mark pro Liter Benzin". Das aber heißt nichts anderes als weitere Preissteigerungen.

Der DGB hat inzwischen scharfe Kritik an den neuerlichen drastischen Preistreibereien der Mineralölkonzerne geübt und sie als „völlig unbegründet" bezeichnet. DGB-Bundesvorstandsmitglied Georg Neemann forderte von der Brandt/Scheel-Regierung Maßnahmen, die eine wirksame Kontrolle der Konzern-Geschäftspolitik ermöglichen.

Auch für Fahrten mit der Bundesbahn soll der Fahrgast künftig tiefer in die Tasche greifen. Am 1. April verteuern sich die Tarife im Personennahverkehr um durchschnittlich 6,7 Prozent und im Fernverkehr sogar um 7,1 Prozent. Bei den Gütertarifen gibt es eine Verteuerung von 9,7 Prozent. Inzwischen haben auch die meisten westlichen Fluggesellschaften die Erhöhung ihrer Passagier- und Frachttarife um 13 Prozent noch im ersten Vierteljahr 1974 angekündigt.

Der Postverwaltungsrat hat ebenfalls drastische Gebührenanhebungen beschlossen. Sie sollen am 1. Juli in Kraft treten und jährlich auf Kosten der Bevölkerung Mehreinnahmen von rund 3 Milliarden DM bringen. Das Briefporto für den Normalbrief wird von 40 auf 50 Pfennig und für die Postkarte von 30 auf 40 Pfennig sowie für Standarddrucksachen von 25 auf 30 Pfennig und für Massendrucksachen von 25 auf 35 Pfennig erhöht. Das soll ebenso zu Mehreinnahmen beitragen, wie die Erhöhung für Postanweisungen und fürs Telefon.

Wer z. B. 10 DM per Postanweisung verschicken will, muß dann statt 1,10 DM 3 DM bezahlen. Das Porto für Zahlungsanweisungen erhöht sich ab 1. Juli für Beträge bis zu 100 DM von 0,50 DM auf 2,50 DM. Eine Gesprächseinheit fürs Telefonieren wird von 21 auf 23 Pfennig erhöht. Wer einen neuen Telefonanschluß bekommt, zahlt dann 200 statt bisher 120 DM. Dazu steigt die monatliche Grundgebühr von 26 auf 32 DM. Bereits ab 1. Januar haben sich die Rundfunk- und Fernsehgebühren um 2 DM erhöht.

Ein großer Posten, der die Haushalte stark belasten wird, sind die Preiserhöhungen für Lebensmittel. Für einen Liter Tütenmilch muß der Verbraucher bereits seit 14 Tagen 1,02 DM bezahlen. Hülsenfrüchte sollen ab März um 70 Prozent teurer werden, die Kaffeepreise sollen um 20 Prozent steigen und Fisch- und Obstkonserven um 10 bis 25 Prozent. Fleischwaren und Fleischkonserven sollen um mindestens 5 Prozent teurer werden und die Rindfleischpreise um 7 Prozent angehoben werden.

Wie die Firma Schulte und Dieckerhoff, die einen Marktanteil von 35 Prozent bei Strumpfhosen besitzt, mitteilte, beabsichtigt sie, die Preise der Strumpfhosenmarken „opal", „nur die" und „CD" um 50 Pfennig heraufsetzen. Unter Hinweis auf „anhaltende Verteuerungen" von Chemiefaserprodukten im EG-Raum, die bis zu 30 Prozent betragen, hat der Wuppertaler Enka-Glanzstoff-Konzern den Verbrauchern geraten, sich auf „dauerhafte Preiserhöhungen für Produkte sowohl textiler als auch technischer Art" einzurichten.

Weitere umfangreiche Belastungen kommen auch auf die Bewohner von Wohnungen mit Ölzentralheizungen zu. In zahlreichen Städten kündigten bereits einige Wohnungsgesellschaften die Erhöhung der Heizkostenpauschale bis zu 300 Prozent an.

Während die Arbeiter und Angestellten mit dem Pfennig rechnen müssen und als Ausgleich maßvolle Einkommensverbesserungen verlangen, werden sie von Unternehmern und Bundesregierung aufgefordert, bei ihren Forderungen maßzuhalten. Im Gegensatz zu diesen Maßhalteappellen ist in Bonn eine Erhöhung der zusätzlichen Bundestagsdiäten (Tagegeld, Reisekosten usw.) von 3100 auf 4600 DM im Gespräch. Schon in Kürze soll darüber beschlossen werden.

Es ist daher nur recht und billig, wenn die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst, bei Bahn und Post, in der Metallindustrie und anderen Wirtschaftszweigen einen Ausgleich für die gestiegenen Lebenshaltungskosten und für die zu erwartenden verlangen und dafür kämpfen. Unternehmer und Bundesregierung können zahlen. G. M.

Arbeitsplätze unsicher

Die DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit" schreibt am 18. Januar 1973 mit Anspielung auf das „Kommunistische Manifest" (Karl Marx, Friedrich Engels 1848): „Ein Gespenst geht um in den Betrieben. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit."

In der Tat ist die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter schon höher als in der Krise (Rezession) 1966/67. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) rechnet noch in diesem Winter mit 750 000 Arbeitslosen. Zählt man die Zahl der Kurzarbeiter hinzu und die Familienangehörigen, die mit von der Arbeitslosigkeit betroffen werden, so sind es weit über eine Million Menschen in der Bundesrepublik, die von Stempelgeld und Kurzarbeiterlohn leben.

Der Produktionsrückgang in der Textilindustrie und der Lederbranche beunruhigt schon länger nicht nur die dort Beschäftigten. Wirtschaftsminister Friderichs verkündet, daß die Periode dauernden Fortschritts in der Wirtschaft zu Ende sei und man sich mit einem „Null-Wachstum" abfinden müsse. Die „Welt der Arbeit" wendet sich zu Recht gegen die daraus abgeleiteten Maßhalteparolen und den Appell an die Gewerkschaften, bei Lohnforderungen Zurückhaltung zu üben.

Wenn die „Welt der Arbeit" die Kampagne der Unternehmer und der Regierung als „Abwehr gewerkschaftlicher Forderungen" und als „Versuch, die Belegschaften zu disziplinieren", charakterisiert, ist dem zuzustimmen. Aber die schönfärberische Schlußfolgerung, „die Hoffnung grünt, daß die Personalchefs ihre Krisenfahne bald wieder einziehen und brav nach guten Arbeitskräften suchen" werden, muß in die Irre führen. Die Lage ist ernst. Sie erfordert die Anspannung aller Kräfte der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften. jol

Fragwürdige Kanzlerworte vom „Bergbau mit Zukunft"

„Der Bergbau hat Zukunft", versicherte kürzlich Bundeskanzler Brandt den Arbeitsjubilaren des Saarreviers (einheit, 1. Februar). Wenn man diese Versicherung des Kanzlers mit dem Energieplan seiner Regierung vom 3. Oktober 1973 vergleicht, so zeigt sich ihre ganze Fragwürdigkeit. In der Öffentlichkeit, darunter auch in den Gewerkschaften, wird kolportiert, daß die Bundesregierung für das Jahr 1975 eine Förderung von 83 Millionen Tonnen Steinkohle garantiert habe. Nimmt man das Energieprogramm genauer unter die Lupe, so ist von einer Garantie kein Wort zu finden. Die 83 Millionen Tonnen Steinkohle werden lediglich als „wünschenswert" bezeichnet.

In dem Energieprogramm der Bundesregierung sind Überlegungen über den zukünftigen Verbrauch von Steinkohle und anderen Primärenergiearten angestellt. Insgesamt wurde die Energieversorgung als „gut strukturiert" bezeichnet. Aber diese „gute Strukturierung" hat die BRD in eine völlige Abhängigkeit von der Öleinfuhr gebracht, die sich völlig in den Händen der anglo-amerikanischen Erdölkonzerne befindet.

Die Bundesregierung sagt in ihrem Energieprogramm, sie halte „die Struktur des deutschen Mineralölmarktes mit dem Nebeneinander von integrierten internationalen Gesellschaften (d. h. den Erdölkonzernen – d. Verf.), deutschen Gesellschaften und von mittelständischen Unternehmen (wo sind diese? – d. Verf.) für grundsätzlich ausgewogen". Da die internationalen Erdölkonzerne aber 97,2 Prozent der Rohöleinfuhren liefern, dient die Darstellung der Brandt/Scheel-Regierung doch nur dazu, die wahren Zusammenhänge zu verhüllen anstatt sie aufzuzeigen.

Das Energieprogramm der Bundesregierung sieht die Entwicklung des Inlandverbrauchs in folgender Größenordnung. (Angaben in Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten = SKE):

	1957		1972		1980		1985	
Erdöl	21,6 =	11 %	196,4 =	55,4 %	275 =	54 %	330 =	54 %
Steinkohle	137,0 =	69,9 %	83,7 =	23,6 %	58 =	11 %	50 =	8 %
Erdgas	0,6 =	0,3 %	30,6 =	8,6 %	82 =	16 %	92 =	15 %
Braunkohle	29,0 =	14,8 %	31,0 =	8,7 %	39 =	8 %	38 =	6 %
Kernenergie	–	–	3,1 =	0,9 %	45 =	9 %	90 =	15 %
Sonstige	7,9 =	4 %	9,6 =	2,8 %	11 =	2 %	10 =	2 %
Insgesamt	196,1 =	100 %	354,4 =	100 %	510 =	100 %	610 =	100 %

Nach dieser Tabelle wird 1985 der Gesamtverbrauch an Energie auf 610 Mill. Tonnen SKE geschätzt. Er liegt damit um 74 Prozent höher als 1972. An diesem absoluten Zuwachs nehmen alle Energiearten mit Ausnahme der Steinkohle teil. Diese soll absolut um 33,4 Mill. Tonnen abnehmen. In Prozent ausgedrückt bedeutet das eine Senkung des Anteils an der Gesamtenergie von 23,6 auf 8 Prozent. Bei dieser Absicht kann man auch beim besten Willen nicht von einer Sicherung der Energieversorgung aus eigenem Vorkommen sprechen.

Es mag eingewendet werden, daß durch die neuere Entwicklung auf dem Energiemarkt der Stellenwert der Kohle kräftig steigen wird. Dem aber steht entgegen, daß in der Zeit, in der das Energieprogramm ausgearbeitet wurde, die Anspannung auf den internationalen Energiemärkten bereits deutlich sichtbar war.

Der Beschluß der arabischen Länder vom Oktober 1973, ihre Erdölförderung zu reduzieren, war für die Erdölmonopole ein willkommener Anlaß, die Preise willkürlich in die Höhe zu treiben. Anstatt gegen die Schuldigen vorzugehen, wird in der Bundesrepublik eine nationalistische Propaganda gegen die arabischen Länder, die bisher planmäßig ausgeplündert wurden, betrieben. Die grenzüberschreitenden Preise für Rohöl in die Bundesrepublik, von denen die Förderländer nur einen geringen Anteil erhielten, verdeutlicht diese Ausplünderung. Vor zehn Jahren kostete die Tonne Rohöl etwa 88 DM. Bis 1970 hatte sich der Preis auf 60,10 DM ermäßigt. 1971 lag er bei 76,60 DM und 1972 bei 72,25 DM (Glückauf Nr. 23/73). Die internationalen Erdölmonopole verdienten so ausgezeichnet, daß sie ihre westdeutschen Tochtergesellschaften veranlaßten, bis zu 10 DM je Tonne „Buch-Verluste" zu machen, indem sie ihnen hohe Preise anrechneten, während sie dabei das Vierfache an Gewinnen einsackten. Im Jahre 1973 lagen die Einfuhrpreise für Rohöl bis September/Oktober wieder bei 73 DM je Tonne. Bei diesen Preisen kann sich jeder ausrechnen, welchen Preiswucher die Ölkonzerne betrieben haben.

Seither haben alle Erdölexportländer ihre Preise drastisch erhöht, die aber infolge der großen Vorräte in Europa noch nicht wirksam sein können. Ohne Prophet zu sein, kann man voraussagen, daß die eigentliche Preiswelle erst noch heranrollt. Die vor einigen Wochen erfolgte Benzinpreiserhöhung von 10 bis 12 Pfennig je Liter zeigt das sehr deutlich.

Nun wird ein angeblicher Erdölmangel für alle Gebrechen des monopolistischen Systems verantwortlich gemacht. Es ist eine Tatsache, daß in den arabischen Ländern die Vorräte an Erdöl beschränkt sind. Über diese Vorräte wollen die betreffenden Länder selbst bestimmen und mit ihnen haushälterisch umgehen. Sie haben daher eine Einschränkung der Erdölförderung vorgesehen. Es ist sicher: Das Erdöl wird nicht mehr nach dem Willen der internationalen Ölkonzerne munter weiter sprudeln. Die Zeit der Ausplünderung der erdölproduzierenden Länder gehört der Vergangenheit an. Man sollte daher meinen, daß bei der Bundesregierung und den Konzernen die Einsicht einkehren müßte, mit der Politik des Zechensterbens Schluß zu machen. Dafür gibt es gewichtige Stimmen. Die Bundesregierung aber will, wie Bundeswirtschaftsminister Friderichs am 29. November 1973 im Bundestag erklärte, weitere Zechen schließen lassen.

Es gibt aber noch eine andere Begrenzung der Kohleförderung und damit der Energieversorgung. Das ist die Situation der Bergarbeiter. In der Zeit des Kohlemangels wurde ihnen die Spitzenstellung in der Lohnskala versprochen. Dieses Versprechen wurde nie eingelöst. Inzwischen mußte der Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie erklären, daß der Bergarbeiter mit seinem Lohn auf die 20. Stelle der Lohnskala abgerutscht ist. Es ist daher verständlich, daß junge Arbeiter die Pütts meiden, zumal – bedingt durch das Zechensterben – der Bergbau für sie keine Zukunft mehr hat.

Die Bergarbeiter aller Reviere stehen vor einer Lohnbewegung. Wenn diese nicht ein wesentlich höheres Ergebnis bringt als in anderen Bereichen, dann wird die Abneigung bei den Bergarbeitern gegen ihren Beruf noch wachsen. Die Sicherung der Energieversorgung durch die Steinkohle hängt sowohl von der Sicherung der Arbeitsplätze als auch von einem anständigen Lohn für die Bergarbeiter ab.

Albert Stasch

Wie Phönix aus der Asche: „Vereinigte Stahlwerke"

In der Eisen- und Stahlindustrie der BRD hat die Kapital- und Machtkonzentration eine hohe Stufe erreicht. Die Bildung neuer mächtiger Monopolgruppen durch Fusionen, Kooperationen und Kartelle hat zu bedeutenden Veränderungen im ganzen kapitalistischen Kräfteverhältnis geführt. Nach der Fusion des zweitgrößten Stahlkonzerns der BRD, der Hoesch AG mit dem niederländischen Stahlproduzenten Hoogovens zur Estel N. V., Anfang 1972, erregte ein Jahr später die Bildung einer bedeutenderen Monopolgruppierung, die „Elefantenehe" zwischen der August-Thyssen-Hütte und Rheinstahl noch weit größeres Aufsehen.

Diese Monopolgruppierung kam durch die Übernahme einer 60prozentigen Aktienmehrheit der Rheinstahl AG durch die August-Thyssen-Hütte zustande. Es entstand ein Machtgebilde, das mit 165 000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von rund 17 Mrd. DM zum zweitgrößten Konzern der BRD wurde.

Berücksichtigt man die bereits abgeschlossenen Kooperationsvereinbarungen beider Konzerne mit anderen führenden Konzernen der BRD wie Mannesmann, Klöckner, Krupp und Continental, wird eine Konzentrationsstrategie sichtbar, die weit über die Marktbeherrschung im nationalen Rahmen hinaus günstige Positionen im internationalen Konkurrenzkampf der Machtzentren USA, Japan und Westeuropa anstrebt.

Im Ergebnis dieser bisher größten Fusion in der BRD sind knapp 30 Jahre nach Kriegsende die von den imperialistischen Westmächten nach der Kapitulation Nazideutschlands „entflochtenen" Vereinigten Stahlwerke praktisch wieder erstanden wie der Phönix aus der Asche: schöner, stärker und einflußreicher denn je. Über die unheilvolle Rolle dieses Stahlgiganten bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges als bedeutender Rüstungsproduzent und seine Beteiligung an der Ausplünderung der vom Hitlerfaschismus überfallenen Länder Europas scheint Gras gewachsen zu sein.

Wenn man sich erinnert, daß zur Durchführung der „Entflechtung" in der Eisen- und Stahlindustrie von den britischen Besatzungsbehörden eine Treuhandverwaltung geschaffen wurde, zu dessen Leiter der langjährige Finanzdirektor der Vereinigten Stahlwerke, Heinrich Dinkelbach, berufen wurde, kann sich niemand über das Ergebnis dieser „Entflechtung" wundern.

Vervollständigt wird dieses Kolossalgemälde noch durch die Personen der Aufsichtsrats- bzw. Vorstandsvorsitzenden, die wie Kuppler diese „Elefantenehe" zusammengeschoben haben: den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Hans Günther Sohl, sowie den Vorstandsvorsitzenden von Rheinstahl, Toni Schmücker. Daß dieser größte Coup in der Geschichte der westdeutschen Monopolbourgeoisie unter der Schirmherrschaft ausgerechnet einer sozialdemokratisch geführten Regierung vollzogen werden konnte, wirft ein bezeichnendes Licht auf den Charakter dieser Regierung.

Wie immer bei solchen Konzentrationsprozessen, die ja nicht aufgrund der Einsicht der beteiligten Akteure in die gesellschaftlichen Notwendigkeiten, sondern stets unter dem Zwang des kapitalistischen Wolfsgesetzes – jeder gegen jeden – erfolgen, mußte auch bei dieser Fusion einer der beiden Fusionierten dran glauben in diesem Falle die Rheinstahl AG. Das Bezeichnende und Bemerkenswerte dieses Vorganges war, daß nicht nur, wie allgemein üblich, die Arbeiter und Angestellten nach Gutdünken der Aktionäre den „Besitzer" wechselten und hin und her geschoben wurden, sondern daß dieses Mal auch der größte Teil der Rheinstahl-Aktionäre selbst zu den Geprellten zählte.

Die Bilanz der Rheinstahl AG ist hierfür ein wichtiges Indiz. Sie ist nicht nur ein Musterbeispiel für die Manipulierbarkeit einer Bilanz, sondern mindestens ebensosehr ein entlarvendes Beispiel für die Großzügigkeit von Aktienrecht und Handelsrecht im Interesse der Großaktionäre und Monopolherren.

Hierfür einige Beispiele:

- Bewertung des gesamten Anlagevermögens in der Bilanz 1972 mit 1,5 Mrd. DM, versichert jedoch in Höhe von 5,5 Mrd. DM.
- Bewertung von Millionen Quadratmetern Grundbesitz zu 50 Pfennig pro Quadratmeter, obwohl der reale Wert mit Sicherheit ein Vielfaches davon beträgt.
- Abschreibungen innerhalb der letzten fünf Jahre von fast 1 Mrd. DM, d. h. mehr als das Doppelte des Grundkapitals.
- Nichtausweisung von Forschungs- und Entwicklungskosten zwischen 50 bis 70 Millionen DM, deren Ergebnisse ausschließlich dem neuen Mehrheitsaktionär zugute kommen.
- Erhebliche Erhöhung der Pensionsrückstellungen trotz verminderter Beschäftigtenzahl.

Sinn und Zweck dieser zum Teil sehr plumpen und offenkundigen Manipulationen der Bilanzen der letzten Jahre besteht darin, die tatsächliche Ertragskraft (sprich Profite) des Konzerns zu verschleiern. Die auf diese Weise um ihre Dividende gebrachten Aktionäre wurden so zum Verkauf ihrer Aktien zu einem Kurs veranlaßt, der weit unter dem realen Substanzwert lag.

Kein Wunder, daß sich die Rheinstahl-Aktionäre von ihrer Verwaltung verschaukelt fühlten und ihrer Empörung auf der Jahreshauptversammlung freien Lauf ließen. Von „Irreführung" über „Entrechtung" bis zur „Enteignung" der Aktionäre war die verständliche Reaktion derjenigen, die lediglich ihren verlorenen Dividenden nachtrauerten. Wie groß muß erst der Betrug an den Arbeitern und Angestellten sein! Ein Aktionär traf jedenfalls den Nagel auf den Kopf, als er in Anspielung auf den Namen des Aufsichtsratsvorsitzenden der ATH, Sohl, erklärte: „Der Fall Rheinstahl ist von grundsätzlicher Bedeutung. Wenn dieses Beispiel Schule macht, werden wir auch in anderen Gesellschaften ‚versohlt'."

Die desillusionierende Antwort hierauf gab Toni Schmücker in seinem Glaubensbekenntnis am Ende der Versammlung: „Der Punkt, auf den ich hinauswill – und daran glaube ich ganz bedingungslos –: Ein solches großräumiges Vorhaben... können Sie nur mit e i n e r Kasse machen. Das ist meine ganz persönliche und ehrliche Auffassung."

All denen, die wie wir der Überzeugung sind, daß wirtschaftliche Machtkonzentration in den Händen weniger Monopole zur Ausübung politischer Macht mißbraucht wird, seien diese Worte aus berufenem Munde eine ernste Warnung. Noch unverhüllter kann nicht mehr gesagt werden, wohin die Reise geht. Der Kampf um antimonopolistische Demokratie ist das Gebot der Stunde.

Dieter Schmidt (IMSF)

Neues Personalvertretungsgesetz – „Fortschritt mit Mängeln?"

Am 1. April 1974 soll das neue Personalvertretungsgesetz des Bundes (BPersVG) in Kraft treten. Inzwischen liegen die ersten gewerkschaftlichen Stellungnahmen und Einschätzungen des Gesetzes vor („Welt der Arbeit", Nr. 51/52, 1973; „ÖTV-Magazin", Nr. 1/1974, und „Deutsche Post", Nr. 1/1974). Sie werten das neue Gesetz als „Fortschritt mit Mängeln". Kann man eine solche Wertung unterstreichen?

Wie bereits in NACHRICHTEN 1/1974 beschrieben, geht auch das neue Personalvertretungsgesetz keinen Deut davon ab, daß die betriebliche Interessenvertretung sozialpartnerschaftliche Aufgaben habe. An dem Gebot der „vertrauensvollen Zusammenarbeit" zwischen Personalrat und Dienststelle wird festgehalten. Die Friedens- und Schweigepflicht des Personalrats ist nicht aufgehoben worden. Nach wie vor ist die Mitbestimmung reduziert auf soziale und personelle Angelegenheiten.

Die Aufspaltung des Personalrats in Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenvertreter blieb erhalten. Die Bestrebungen, die Beschäftigten untereinander zu spalten, um sie besser disziplinieren zu können, sind durch den sogenannten Minderheitenschutz des neuen Gesetzes noch verstärkt worden. Im Vorstand des Personalrats müssen in Zukunft Vertreter der Listen sein, die mindestens ein Drittel aller abgegebenen Stimmen erhalten haben, eine Vorschrift, die eindeutig DGB-feindliche Gruppierungen unterstützt.

Die Gewerkschaften weisen in ihren Stellungnahmen in erster Linie darauf hin, daß die gewerkschaftlichen Rechte (Zugangs- und Beteiligungsrechte der Gewerkschaften) verbessert wurden, betonen den Ausbau der personellen und sozialen Mitbestimmung, die Rechte der Jugendvertreter und die verbesserten Arbeitsmöglichkeiten für den Personalrat (geregelte Freistellung, Recht zur Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen). Gerd Muhr, stellvertretender Vorsitzender des DGB, schreibt in der „Welt der Arbeit": „Wir haben in entscheidenden Punkten eine grundsätzliche Angleichung an das neue Betriebsverfassungsgesetz erreichen können."

Selbst wenn das so wäre, besteht kein Grund zum Jubeln. Zwei Jahre Betriebsverfassungsgesetz haben gezeigt, daß auch gesetzlich verbriefte Rechte der Arbeiter über eine arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Auslegung von Unternehmen und ihren Handlangern bei den Arbeitsgerichten wieder zurückgenommen werden können.

Schwerer wiegt, daß in entscheidenden Punkten das Personalvertretungsgesetz nicht an die Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes angeglichen worden ist: Nach dem Betriebsverfassungsgesetz finden viermal pro Jahr, nach dem Personalvertretungsgesetz jedoch nur zweimal pro Jahr Personalversammlungen statt.

In „Eilfällen" kann der Dienststellenleiter auch in mitbestimmungspflichtigen Angelegenheiten – anders als der Unternehmer – ohne Zustimmung des Personalrats entscheiden. Das Recht, Dienstvereinbarungen abzuschließen, ist im Vergleich zu den Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes über den Abschluß von Betriebsvereinbarungen erheblich eingeschränkt. Dienstvereinbarungen sind nach § 72 BPersVG nur möglich, „soweit sie das Gesetz ausdrücklich vorsieht". Damit sind jedoch die Initiativmöglichkeiten des Personalrats stark eingeengt.

Es fehlen völlig Straf- und Bußgeldvorschriften bei Verstößen der Dienststelle gegen die Vorschriften des Personalvertretungsgesetzes und damit jede Möglichkeit, die Einhaltung des Gesetzes zu erzwingen. Auch die Möglichkeiten, über die Anrufung der Einigungsstelle einen gewissen Druck auf die Dienststelle auszuüben, sind geringfügiger als nach dem Betriebsverfassungsgesetz. Da die Einigungsstelle nur bei der obersten Dienstbehörde gebildet werden kann, sind Einwirkungs- und Informationsmöglichkeiten des örtlichen Personalrats erheblich eingeschränkt.

Am einschneidendsten ist, daß der Personalrat in wirtschaftlichen Angelegenheiten keinerlei Mitwirkungs-, ja nicht einmal Informationsrechte hat. In dem Maße, in dem der Staat immer stärker im Interesse der Monopole ökonomisch und politisch tätig wird und Umverteilungen in ihrem Interesse vornimmt, wird die Mitbestimmung über den Umfang und die Art der staatlichen Leistungen, über die Investitionen, Rationalisierungsmaßnahmen und die Gebührenpolitik sowie über die Einrichtung, Erweiterung und Auflösung von staatlichen Dienststellen und Unternehmen zu einer immer größeren Notwendigkeit für die Arbeiterklasse.

Zu den bereits minimalen Rechten nach dem Betriebsverfassungsgesetz, wie die Einrichtung von Wirtschaftsausschüssen, die Unterrichtungspflicht des Unternehmers über die wirtschaftliche Entwicklung und die Beteiligungsrechte bei Betriebsänderungen, fehlen jedoch vergleichbare Regelungen im Personalvertretungsgesetz völlig.

Noch stärker als nach dem Betriebsverfassungsgesetz wird daher der Personalrat von allen für die Arbeiter, Angestellten und Beamten lebenswichtigen Entscheidungen ferngehalten. Eines der wichtigsten Instrumente für einen gemeinsamen Kampf von Personalrat und Gewerkschaften zur Erweiterung der Mitbestimmung wird den Lohnabhängigen des öffentlichen Dienstes bereits von vornherein aus der Hand genommen; § 3 des Gesetzes bestimmt: „Durch Tarifvertrag kann das Personalvertretungsrecht nicht abweichend von diesem Gesetz geregelt werden."

Besser informiert durch NACHRICHTEN

Obwohl die Gewerkschaften das Gesetz vorwiegend an dem geltenden Personalvertretungsgesetz und an dem reaktionären Genscher-Entwurf messen und deshalb in dem Gesetz einen „Fortschritt" („Welt der Arbeit") oder sogar einen „wesentlichen Fortschritt" („Deutsche Post") sehen, zeigen die ersten Stellungnahmen bereits eine gewisse Skepsis über die tatsächlichen Möglichkeiten des Gesetzes, im öffentlichen Dienst mehr Mitbestimmung zu erreichen. „Den ungeteilten Beifall der Gewerkschaften kann das neue Bundespersonalvertretungsgesetz nicht finden", betont das DGB-Organ. Das Blatt der Deutschen Postgewerkschaft stellt fest: „Das jetzt vorliegende Personalvertretungsgesetz stellt nicht den Schlußpunkt einer umfassenden und gleichberechtigten betrieblichen Mitbestimmung im öffentlichen Dienst dar."

Die wichtigsten Forderungen, wie die Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten, die Absage an sozialpartnerschaftliche Verpflichtungen und die Aufhebung der spaltenden Gruppenschranken müssen nach wie vor noch durchgesetzt werden. Gerd Muhr in seiner Stellungnahme zum neuen Personalvertretungsgesetz: „Einen Stillstand in der Mitbestimmung kann und darf es nicht geben!"

Barbara Degen

Regionalkonferenz der ILO beriet Sozialprobleme

Vom 14. bis 23. Januar 1974 tagte in Genf die 2. Europäische Regionalkonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO, auch IAO), einer Untergliederung der UNO. Zur Beratung standen Fragen der wirtschaftlichen Veränderungen in Europa und der Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung sowie der Sozialpolitik. Es wurde beschlossen, die Regionalkonferenzen für Europa künftig in kürzeren Abständen durchzuführen. In einer weiteren Resolution werden die Rechte der Gewerkschaften unterstrichen. Nach dem ILO-Prinzip waren die Delegationen der vertretenen Länder „dreigliedrig" zusammengesetzt: aus Vertretern der Regierung, der „Wirtschaft" und der Gewerkschaften, die die Beschäftigten repräsentieren. Als Gewerkschaftsvertreter sprachen auf der Konferenz für die BRD Gerd Muhr, stellvertretender Vorsitzender des DGB, und für die DDR Heinz Neukrantz, Mitglied des Präsidiums des FDGB-Bundesvorstandes. Beide Redner stellten NACHRICHTEN freundlicherweise ihr Manuskript zur Verfügung, aus dem wir nachstehend zitieren.

Gerd Muhr, DGB: „Stärkere Planung der Sozialpolitik"

Dem Bericht des Generaldirektors ist sicher in der Feststellung zuzustimmen, daß die tiefgreifenden Wandlungen des letzten Vierteljahrhunderts Europa und seine Stellung in der Welt grundlegend verändert haben. Trotz dieser Entwicklung und ihrer Folgen führen wir heute erst die Zweite Europäische Regionalkonferenz durch, und seit der letzten Konferenz sind mehr als 13 Jahre vergangen. Ein wohl deutlicher Hinweis auf eine zu starke Vernachlässigung der Fragen der industrialisierten Welt durch die IAO ...

Eine Verbesserung der Lebenschancen läßt sich durch Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Güterproduktion allein heute kaum noch erreichen. Ebenso wichtig ist vielmehr die Verteilung materiellen Wohlstandes sowie der Chancen zur Erfüllung materieller Interessen auf die Gesellschaftsmitglieder. Die stärkere Durchsetzung mehr qualitativer Aspekte sehen wir als eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben der gesellschaftlichen Entwicklung. Wurden die Aufgaben der Sozialpolitik zunächst vorwiegend als Schutzmaßnahmen für akute Notsituationen aufgefaßt, ist sie heute in zunehmendem Maße auf die Verhütung von Notständen sowie die aktive Vorsorge zur Erhaltung und Förderung der Leistungsfähigkeit ausgerichtet. Eindrucksvolle Beispiele für diesen Wandel der Sozialpolitik von einem „Krisenmanagement" zur aktiven Vorbeugung sind:

Die Ergänzung von Maßnahmen des Einkommensersatzes bei Arbeitslosigkeit durch berufliche Anpassung, um die Wiedereingliederung in das Arbeitsleben zu erleichtern bzw. Arbeitslosigkeit und unterwertige Beschäftigung zu verhindern;

die Ausdehnung der Gesundheitsvorsorge im Rahmen der Krankenversicherungssysteme;

die Verhinderung gesundheitlicher Schäden im Arbeits- und Berufsleben;

die Vergrößerung der Wahlmöglichkeiten beim Austritt aus dem Erwerbsleben durch Einführung einer flexiblen Altersgrenze ...

Ich habe schon betont, daß Sozialpolitik nicht mehr lediglich nachträgliche Korrektur sozialer Fehlentwicklungen sein darf. Aufgabe einer fortschrittlichen Sozialpolitik ist vielmehr die aktive Gestaltung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Anstelle eines unkontrollierten Wirtschaftswachstums hat die Erfüllung der Bedürfnisse und Interessen der breiten Bevölkerung höchste Priorität zu erhalten. Da es hierfür kaum allgemeingültige Lösungen geben dürfte, ist es unumgänglich notwendig, daß insbesondere die unmittelbar Betroffenen an der Gestaltungsaufgabe einer zukunftsorientierten internationalen Sozialpolitik mitwirken. Hierzu bietet die Dreigliedrigkeit der IAO eine hervorragende Voraussetzung.

Eine Sozialpolitik, die sich an menschlichen Werten orientiert, muß es als vorrangige Aufgabe ansehen, die wirtschaftlichen und technischen Wandlungen – die eine notwendige Voraussetzung jeder wirtschaftlichen Entwicklung darstellen – an die menschlichen Erfordernisse anzupassen. Nur dann ist es möglich, daß wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt Hand in Hand gehen. Voraussetzung hierfür ist eine stärkere Planung in der Sozialpolitik. Ziel und Aufgabe einer derartigen Sozialplanung kann und soll es nicht sein, alle gesellschaftlichen Prozesse bis in die letzten Einzelheiten zu planen. Es gilt vielmehr, unter weitestgehender Beteiligung aller Bevölkerungskreise soziale Probleme in allen Lebensbereichen aufzuspüren und gemeinsame Lösungen zu suchen ...

Wie Untersuchungen für die Bundesrepublik und andere westeuropäische Länder zeigen, konnten – trotz beträchtlichem Wachstum des Realeinkommens und Verstärkung des Verteilungskampfes – die Ungerechtigkeiten in der Einkommensverteilung zuungunsten der abhängig Beschäftigten kaum verringert werden. Vielmehr haben alle westeuropäischen Länder in den letzten Jahren einen beträchtlichen Anstieg der Inflationsraten erfahren, die mit den Mitteln der traditionellen Wirtschaftspolitik nicht mehr kontrolliert werden können.

Dabei sind die sozial schwächsten Schichten am stärksten betroffen, wodurch sich die Ungerechtigkeiten in der Einkommensverteilung noch verschärfen. Hinzu kommen beträchtliche Einkommensunterschiede, die je nach dem Entwicklungsstand einzelner Regionen bestehen. Besorgniserregend ist ebenfalls die immer noch bestehende Benachteiligung der Entlohnung von Frauen gegenüber ihren männlichen Kollegen. Es erscheint daher dringend geboten, gemeinsam nach Wegen und Mitteln zu suchen, wie diese Ungerechtigkeiten in der Einkommensverteilung zunächst einmal hinreichend analysiert und dann gelöst werden können ...

Den im Bericht des Generaldirektors weiterhin behandelten Problembereich „humanere Form der Erschließung menschlicher Arbeitsreserven" halten wir für besonders wesentlich. In allen westeuropäischen Ländern wird derzeit an Reformen des Bildungs- und Ausbildungswesens gearbeitet. Besonderes Anliegen der Gewerkschaften ist dabei eine gleichgewichtige Verteilung der Bildungschancen. Notwendige Voraussetzungen hierzu sind:

Die Erhöhung der Durchlässigkeit der verschiedenen Stufen des Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungswesens;

die Beseitigung der Benachteiligung von Mädchen und Frauen sowie sozial schwacher Gruppen;

die Einbeziehung gesellschaftspolitischer Lehrinhalte in die Bildungs- und Ausbildungsgänge;

die Herausnahme der beruflichen Bildung aus der alleinigen Verfügungsgewalt der Unternehmen;

die stärkere Eröffnung von Chancen zur beruflichen Weiterbildung für bisher benachteiligte Arbeitnehmergruppen, wie z .B. Frauen, Ältere, mangelhaft Ausgebildete;

die Abstimmung des Bildungs- und Ausbildungswesens mit anderen Bereichen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ...

Nach diesen Bemerkungen zu einzelnen Teilen des Berichts des Generaldirektors möchte ich abschließend darauf hinweisen, daß die hier erwähnten Schwerpunkte nur im Zusammenhang – als koordinierte sozialpolitische Aktionen – einer modernen Sozialpolitik gerecht werden können. So müssen z. B. die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen mit der Bildung, Aus- und Weiterbildung zusammengehen, sollen die Chancen auch der benachteiligten Arbeitsmarktgruppen verbessert werden. Darüber hinaus sind Einkom-

mensverteilung und soziale Sicherheit nicht zu trennen von der Arbeitsplatzsicherheit und Qualität der Beschäftigung ...

Auch wir sehen einen möglichen Beitrag der IAO zu allen angesprochenen sozialpolitischen Problembereichen darin, daß sie als dreigliedrige internationale Organisation den Informationsaustausch nicht nur zwischen den einzelnen Ländern, sondern gleichzeitig auch zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen erleichtert. Ohne eine gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeitnehmervertreter bleibt die für die Existenz unserer Gesellschaft – nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt – lebensnotwendige Durchsetzung „menschlicher Werte" in allen Arbeits- und Lebensbereichen nur Theorie.

Heinz Neukrantz, FDGB: „Die Gewerkschaften entscheiden mit"

Auch wir haben die der Konferenz vorliegenden Materialien aufmerksam studiert und möchten uns der hier schon mehrfach geäußerten Auffassung anschließen, daß sie viele interessante Fakten und wichtige Probleme enthalten. Die gründliche Auswertung des zusammengetragenen Materials und die weitere Beratung der aufgeworfenen Fragen kann dazu beitragen, den Erwartungen der Werktätigen nach sozialer Sicherheit und Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen in Zukunft noch besser gerecht zu werden. Diese Regionalkonferenz, deren Stattfinden genauso wie die erstmalige gleichberechtigte Teilnahme der Delegierten aus der Deutschen Demokratischen Republik Ausdruck und Ergebnis der Veränderungen des politischen Klimas in Europa sind, sollte deshalb effektive Schritte der Zusammenarbeit bei der Lösung der aufgeworfenen Fragen im Interesse der Werktätigen unseres Kontinents einleiten.

Wir stimmen insbesondere der im Bericht des Generaldirektors enthaltenen Feststellung zu, daß die Gewerkschaften bei der Lösung dieser Probleme eine bedeutende Rolle spielen müssen und es angesichts des Umfangs und der Komplexität der gegenwärtigen Entwicklung notwendig ist, ihre Tätigkeit weit über den bisher üblichen traditionellen Rahmen hinaus auszudehnen. Diese These entspricht den von uns in den letzten Jahren gesammelten eigenen Erfahrungen und stimmt voll überein mit der Entwicklung der Arbeit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in der DDR. Wir können uns bei dieser Tätigkeit auf umfassende Rechte stützen, die den Gewerkschaften durch Verfassung und Gesetze unseres Arbeiter- und Bauernstaates garantiert sind und die im praktischen Leben immer besser verwirklicht werden ...

Wir haben durchgesetzt, daß die Werkleiter vor den Belegschaften frühzeitig über beabsichtigte Veränderungen des Produktionsprofils, der Betriebsstruktur und der sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Werktätigen berichten. Das erlaubt allen, sich rechtzeitig mit den Problemen vertraut zu machen und selbst Vorschläge dazu zu unterbreiten. Das hilft den Arbeitern, sich auf Veränderungen und neue Anforderungen rechtzeitig vorzubereiten und zusätzliche Qualifikationen zu erwerben, was bei den heute immer häufiger notwendig werdenden strukturellen Veränderungen unausweichlich ist. Im Ergebnis solcher Beratungen entstanden zum Beispiel in unseren zur Neige gehenden Steinkohlengruben langfristige Umschulungs- und Qualifizierungsprogramme – vom Betrieb finanziert und in der Arbeitszeit realisiert –, die den vollwertigen Einsatz der dort freiwerdenden Kräfte in anderen Industriezweigen gesichert haben.

Eine solche wirksame Einbeziehung der Arbeiter in wirtschaftliche Entscheidungen ist nicht nur bei tiefgreifenden Veränderungen üblich, sondern auch für die normale betriebliche Entwicklung zur Norm geworden. Das kommt vor allem in der Teilnahme der überwiegenden Mehrheit der Werktätigen an der jährlichen Plandiskussion zum Ausdruck.

An der Beratung der Planaufgaben für 1974 haben im vergangenen Jahr 85 Prozent aller in den Betrieben Beschäftigten teilgenommen. Mit ihren nach Zehntausenden zählenden Vorschlägen zum Plan nehmen sie unmittelbar Einfluß auf die Gestaltung der Produktion und die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Und die Gewerkschaftsleitungen wachen darüber, daß diese Arbeitervorschläge beachtet und in die Betriebspläne aufgenommen werden, wie es gesetzlich festgelegt ist. Der Bundesvorstand des FDGB seinerseits sichert, daß die in den Vorschlägen enthaltenen gemeinsamen Gedanken auch im Volkswirtschaftsplan der Republik ihren Niederschlag finden.

Vom gewerkschaftlichen Standpunkt hat sich dabei besonders bewährt, daß in den Betriebsplan nicht nur die Produktionsziele aufgenommen werden, sondern auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Vervollkommnung des Arbeitsschutzes, die Entwicklung sozialer Einrichtungen und das betriebliche Weiterbildungsprogramm als feststehende Teile zum Jahresplan gehören. Gerade sie haben für die Durchsetzung einer dem Menschen dienenden Sozialpolitik besondere Bedeutung. Wenn hier auch zentrale Entscheidungen und Einrichtungen die Grundlage für die soziale Sicherheit aller Werktätigen schaffen, so kann diese doch ohne die Mitwirkung und Mitverantwortung der Betriebe, ohne eine Vielzahl betrieblicher und territorialer Maßnahmen nicht voll verwirklicht werden.

Nur durch eine gute Verbindung zentraler, betrieblicher und territorialer Maßnahmen war es uns zum Beispiel möglich, in der DDR einen sehr hohen Grad der Beschäftigung von Frauen zu erreichen. Bei uns sind heute 84 Prozent der Frauen im Alter zwischen 16 und 60 Jahren beruflich tätig. Es wird ja heute allgemein anerkannt, daß die in der Verfassung vieler Länder festgelegte Gleichberechtigung der Frau vor allem dadurch verwirklicht wird, indem ihnen alle Möglichkeiten zur Entwicklung ihrer Fähigkeiten und zu deren schöpferischer Anwendung im Arbeitsprozeß, in qualifizierter beruflicher Tätigkeit geschaffen werden.

Der hohe Beschäftigungsgrad der Frauen in der DDR stellt aber auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen, der Arbeitserleichterungen, der Dienstleistungen und der Kinderunterbringung besonders hohe Anforderungen, denen wir von Jahr zu Jahr besser gerecht werden. Gleichzeitig haben wir umfangreiche und vielseitige Qualifizierungsmöglichkeiten für sie geschaffen, damit sie früher entstandene Bildungs- und Ausbildungsrückstände aufholen konnten und den ihnen zukommenden Platz in allen Bereichen der Volkswirtschaft einnehmen ...

Diese Entwicklung ist auch durch zentrale Festlegungen auf dem Gebiet der Sozialpolitik nachhaltig unterstützt worden. Im Rahmen eines umfangreichen Programms sozialpolitischer Maßnahmen verschiedener Art, das von den Gewerkschaften gemeinsam mit der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung ausgearbeitet wurde, konnten in den letzten eineinhalb Jahren die Arbeits- und Lebensbedingungen von rund 1 Million werktätiger Frauen wesentlich günstiger gestaltet werden. Kürzere Arbeitszeit und längerer Urlaub für Mütter mit zwei und mehr Kindern, erhöhte Geburtenbeihilfe und 18 Wochen voll bezahlte Freistellung von der Arbeit bei Geburt eines Kindes, unbegrenzte Fortzahlung des Krankengeldes an alleinstehende Mütter, wenn ihnen nach dem Wochenurlaub kein Krippenplatz zur Verfügung gestellt werden kann, sowie eine Reihe anderer Maßnahmen haben die Lage der werktätigen Frauen weiter verbessert. Sie trugen dazu bei, daß die Zahl beruflich tätiger Frauen gerade im letzten Jahr noch angestiegen ist.

Wir stimmen der Auffassung zu, daß viele jetzt in Europa durch die Entwicklung entstandene Probleme für die Gestaltung einer gesunden und sicheren Arbeitsumwelt, von denen nicht wenige trotz unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in ähnlicher Form auftreten, durch gemeinsame Anstrengungen besser beherrscht und eher gelöst werden können. Wir möchten deshalb unsere Bereitschaft zum Ausdruck bringen, auf all den Gebieten, wo das möglich und sinnvoll ist, am gegenseitigen Erfahrungsaustausch teilzunehmen und selbst konstruktiv dazu beizutragen.

STIMMEN AUS DER GEWERKSCHAFTS-PRESSE

Gegen „Ölpopanz" in der Tarifpolitik

Das Jahr 1974 wird die Gewerkschaftsbewegung vor eine ernste Bewährungsprobe stellen. Unsere beiden größten DGB-Gewerkschaften befinden sich in sehr schwierigen Tarifauseinandersetzungen, die sie erfolgreich zum Abschluß bringen müssen. Die Industriegewerkschaft Chemie – Papier – Keramik wird in nicht allzu ferner Zukunft vor dem gleichen Problem stehen. In allen Tarifbewegungen des neuen Jahres wird es darauf ankommen, die Arbeitnehmer auch in einer Zeit nachlassender Konjunktur angemessen an der Ertragsentwicklung der Wirtschaft zu beteiligen. Wir müssen mit allen Mitteln verhindern, daß die negativen Auswirkungen der Konjunkturabschwächung und der Energie- und Rohstoffverknappung einseitig den Arbeitnehmern aufgebürdet werden ...

Die Gewerkschaften werden sich jedenfalls entschieden dagegen wehren, daß die Energie- und Rohstoffverknappung zu einem Popanz aufgebauscht wird, um die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer abzulehnen. Im Jahr 1973 sind in der gewerkschaftlichen Tarifpolitik Vorleistungen im Interesse der Stabilität erbracht worden, die leider nicht honoriert wurden. Die Welle der Preiserhöhungen ist kaum abgeebbt und droht 1974 noch mehr anzusteigen. Wir sind daher verpflichtet, bei den neu anstehenden Tarifabschlüssen dafür zu sorgen, daß der Lebensstandard der Arbeitnehmer nicht herabgedrückt wird. Abgesehen davon würde eine Drosselung der Massenkaufkraft die Beschäftigungslage nur noch mehr gefährden.

H. O. Vetter in „Gewerkschaftspost", Nr. 1, Januar 1974, Seite 2 – Zeitung der IG Chemie-Papier-Keramik.

Energiekrise kein Vorwand für niedrige Abschlüsse!

Die Gewerkschaften würden sich auf ein sehr unsicheres Abenteuer einlassen, wenn sie sich die für alle Beteiligten überraschend aufgetretene Energiekrise als Vorwand für zu niedrige Lohn- und Gehaltserhöhungen unterschieben ließen. Wer in der Tarifautonomie Verantwortung zu tragen hat, muß bei seinem Kalkül auch die Erfahrungen der letzten Jahre einbeziehen und nach bestem Wissen und Gewissen gerade jetzt Vorkehrungen dagegen treffen, daß allzu großes Vertrauen auf etwas mehr (Preis-)Stabilität tarifpolitisch zu Fehlschlüssen mit nicht absehbaren Folgen führen kann ...

Die Gewerkschaften können sich ihre Gehalts- und Lohnforderungen nicht zerreden lassen. Auch was von mancher Seite in diesem Zusammenhang über und gegen den öffentlichen Dienst gesagt wurde, darf nicht unwidersprochen bleiben. Schäumt die Konjunktur über und die Wirtschaft in Geld, soll der öffentliche Dienst, sollen Bahn und Post den Stabilitätsbüttel spielen und mit Einkommensverbesserungen zurückhalten, um die Teuerung bremsen zu helfen. Ist hingegen eine konjunkturelle Flaute in Sicht, geraten öffentliche Arbeitgeber wiederum – wie jetzt – leicht in Versuchung, den betroffenen Wirtschaftszweigen die bremsende Vorreiterrolle bei Tarifverhandlungen zuzuspielen, um sich so taktisch ein Alibi für unbefriedigende Lohn- und Gehaltsangebote im eigenen Bereich zu verschaffen.

Die Gewerkschaften haben es in der gegenwärtigen Situation nicht leicht, aber sie werden sich nicht täuschen lassen und versuchen, zusätzlich zum Teuerungsausgleich eine Art Zuschlag durchzusetzen; dies für den Fall, daß die augenblicklichen Annahmen über das Wirtschaftswachstum zu pessimistisch sein sollten. Dabei fordert allein der Teuerungsausgleich bei 7,4 Prozent Teuerung, wenn man allein die progressiv wachsende Steuermehrbelastung sowie die steigenden Beiträge für Kranken- und Altersversicherung in Betracht zieht, schon eine Lohn- und Gehaltserhöhung um annähernd 12 Prozent brutto. Auch dies sollten voreilige Kritiker der Gewerkschaften und ihrer Lohnpolitik, die es sich nicht selten allzu leicht machen, einmal in ihre Betrachtung einbeziehen, bevor sie wie gewohnt ihr Karussell antigewerkschaftlicher Propaganda in Bewegung setzen.

„Der Deutsche Eisenbahner", Nr. 1/2, Januar 1974, Seite 2 – Zeitung der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands.

„Ölkrise"-Geschäft mit der Angst des kleinen Mannes

Der Hinweis auf Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, den wir seit einiger Zeit immer häufiger hören, ist Teil eines großangelegten, beinahe beispiellosen Propagandafeldzuges, der bereits vor einigen Monaten einsetzte. Mit ihm wollen die Arbeitgeber berechtigten Forderungen entgegentreten. Branchen, die über einen Produktionsrückgang klagen, sind – sofern es sich nicht um typische Strukturkrisen handelt – Opfer einer undifferenzierten Stabilitätspolitik, die korrigiert werden soll. Was gemeinhin „Ölkrise" genannt wird, dient lediglich als Mittel zum Zweck, als willkommene Gelegenheit, Angst zu schüren.

Angst macht folgsam. Nicht wenige in unserem Lande wünschen sich ein überschaubares Maß an Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Sie kalkulieren die damit verbundenen Risiken bewußt ein, weil sie darin eine Chance sehen, ihre Machtpositionen auszubauen und den Arbeitnehmern einen Denkzettel zu verpassen. Diesen Versuchen, Geschäfte mit der Angst des kleinen Mannes zu betreiben, müssen wir, wo immer sich eine Gelegenheit dazu bietet, mit aller Entschiedenheit entgegentreten. Prognosen sind nicht schon deshalb richtig, weil sie aus dem Munde eines Wissenschaftlers kommen. Sie werden nicht richtiger, weil sie ein auf Orientierungsdaten erpichter Minister übernimmt.

„ÖTV-Magazin", Nr. 1, Januar 1974, Seite 3/4 – Organ der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr.

Konzerne machen Krisen

Die Araber wollen ihre begrenzten Ölvorräte nicht vorzeitig erschöpfen, und sie wollen diesen kostbaren Rohstoff nicht länger gegen inflationsgefährdete Dollars verschleudern. Es gibt eine Reihe von Äußerungen arabischer Politiker, die auf diese zwei Punkte hinauslaufen. Einmal wird man die Erdölförderung nicht so steigern wie bislang geplant. Damit wird die Streckung der Reserven verfolgt. Zum anderen wollen die Araber den Zustand beenden, daß die multinationalen westlichen Ölkonzerne das eigentliche Geschäft machen. Die Erdöleinnahmen sollen nicht mehr auf Konten angelegt werden, sondern es sollen Investitionen damit finanziert werden. Investitionen, die die Araber kontrollieren.

Falsch dagegen waren alle die Darstellungen in den letzten Wochen, die uns glauben machen wollten, alle Reaktionen auf unserem Ölmarkt seien direkte Folge dieser arabischen Ölpolitik. Tatsache nämlich ist, daß die multinationalen Ölkonzerne die politische Situation sofort und umfassend ausnutzten, um ihre Geschäftslage rigoros aufzubessern. Obwohl nach wie vor die Tankschiffe mit Öl eintrafen, die vor dem Boykott beladen worden waren, die Vorräte noch anwuchsen, wurden die Preise für Mineralölprodukte scharf heraufgesetzt.

Die unmittelbaren und kurzfristig drohenden Auswirkungen dieser Ölpolitik auf die Konjunktur wurden grotesk überschätzt. Maßnahmen wie das Sonntagsfahrverbot wirken zunächst auf Bereiche wie das verkehrsabhängige Dienstleistungsgewerbe. Die Metallindustrie ist davon kaum betroffen. Macht man jedoch aus der Mücke einen Elefanten, also aus einer Reduktion der Öllieferungen eine schwere Wirtschaftskrise, um zum Beispiel die Lohnpolitik der Gewerkschaften zu diskriminieren, dann kann eine richtige Krise geradezu herbeigeredet werden. Dann nämlich verbreitet man Krisenfurcht mit allen dadurch ausgelösten Folgen.

„Der Gewerkschafter", Nr. 1, Januar 1974, Seite 17 – Funktionärorgan der IG Metall.

„Marktwirtschaft" – die beste für Unternehmer

Rasch wurde das unsaglich dumme, politisch aber gefährliche Wort kolportiert, eine andere Wirtschaftsordnung würde uns keinen Liter Öl mehr ins Land bringen. Unbewiesen aber bleibt, ob wir auch nur einen Liter Öl weniger bekämen als in normalen Zeiten, wenn nicht die Konzerne das große Sagen hätten. Sie regierten die Stunde und nicht die Regierungen – ein Ende ist kaum abzusehen.

Ungeniert verbinden Deutschlands Unternehmer, die auf eine Gelegenheit wie diese gewartet haben, die Verteidigungsreden für ihre Marktwirtschaft mit einem Verzichtappell an die Arbeiter und ihre Gewerkschaften. Es gibt kaum etwas Unverfroreneres als dieser Ruf nach Lohnverzicht angesichts der künstlich erzeugten Energiekrise. Müssen doch die Arbeitnehmer sowieso schon – angefangen beim Hühnerei bis hin zur Wohnungsmiete – die Kosten der Misere tragen. Und nun sollen sie noch einmal verzichten und die Betriebsunfälle der kapitalistischen Profitwirtschaft tragen!

Gerade jetzt muß sich die Bundesregierung aber überlegen, ob es so wie bisher weiter-

gehen kann mit der einseitigen Bevorzugung derer, die sich selbstgefällig „die Wirtschaft" nennen. Jahrelange Versäumnisse im Energiebereich – die Stillegung der Ruhrzechen hat uns, dem Steuerzahler, bisher 31 Milliarden DM gekostet – können nicht durch ein Sonntagsfahrverbot ausgeglichen werden. Und die Ausrichtung der Wirtschafts- und auch der Verkehrspolitik auf die Interessen der Autoindustrie rächt sich heute.

Es ist höchste Zeit, hier endlich einen Punkt zu machen. Die Appelle zum Verzicht von Arbeitgeber-Alt-Präside Dr. Friedrich und von seinem Nachfolger, dem als Scharfmacher bekannten Mercedes-Boß Schleyer, sind an uns gerichtet. Gleichzeitig fordern sie für sich Erleichterungen, die wir bezahlen sollen. Und dann stellen sie sich hin und behaupten, diese ihre Marktwirtschaft sei die einzige vom Grundgesetz vorgesehene Möglichkeit, hierzulande zu wirtschaften.

„Holzarbeiterzeitung", Nr. 1, Januar 1974, Seite 3 – Zeitschrift der Gewerkschaft Holz und Kunststoff.

Mitbestimmung: „Die heiße Phase kommt erst noch"

Die Einbeziehung der leitenden Angestellten in die Arbeitnehmervertretung in den Aufsichtsräten ist der eigentliche Dollpunkt. Im Augenblick ist nicht abzusehen, ob die Gewerkschaften hier einlenken werden. Sicher ist nur, daß sie sich bis zum letzten Augenblick bemühen werden, die Abgeordneten der beiden Koalitionsparteien umzustimmen.

Der andere Einwand der Gewerkschaften bezieht sich auf den Geltungsbereich des Gesetzes. Die Regierungsparteien wollen, daß die Mitbestimmung in Unternehmen gelten soll, die mehr als 2000 Arbeitnehmer beschäftigen. Das DGB-Modell enthält noch zwei andere Kriterien. Einen jährlichen Umsatz von mindestens 150 Millionen DM und eine Bilanzsumme von mindestens 75 Millionen DM. Wenn zwei dieser drei Voraussetzungen zutreffen, soll die paritätische Mitbestimmung eingeführt werden.

Auf Drängen der FDP sind die beiden Kapitalkriterien fortgefallen. Die Liberalen wollen den gesellschaftspolitischen Aspekt der Mitbestimmung im Sinne einer anderen Vertretung wirtschaftlicher Macht nicht akzeptieren. Bleibt es bei der Koalitionsregelung – also allein 2000 Arbeitnehmer –, dann werden etwa 100 Großunternehmen, vor allem aus dem Bankbereich, den Versicherungen, der Chemie und des Maschinenbaus nicht in die Mitbestimmung einbezogen.

Der Kampf um die paritätische Mitbestimmung hat seine heißeste Phase noch lange nicht erreicht.

„Welt der Arbeit", Nr. 5, 1. Februar 1974, Seite 1 – Wochenzeitung des DGB.

Gewerkschaftliche Gegenmacht

Die „Multis" – multinationale Unternehmen – sind eine Herausforderung an die Gesellschaft. Die gegenwärtige Ölkrise und ihre Begleitumstände beweisen sehr anschaulich, wie wenig Einfluß nationale Regierungen auf die Unternehmenspolitik der multinationalen Ölgesellschaften nehmen können, wie ohnmächtig Verbraucher, Arbeitnehmer und Regierung dem einseitigen Profitstreben der Konzerne ausgeliefert sind. Multinationale Unternehmen sind dadurch gekennzeichnet, daß

- allgemeine Grundsatzentscheidungen über Finanz- und Personalpolitik, über Investitions- und Gewinnpolitik von der Konzernspitze getroffen werden, ohne wesentlichen Einfluß der in den einzelnen Ländern befindlichen Tochtergesellschaften;
- die Konzernspitze unabhängig von den konjunktur- und stabilitätspolitischen Zielsetzungen der jeweiligen nationalen Regierungen agiert und somit die nationale Wirtschafts-, Finanz-, Arbeitsmarkt- und Gesellschaftspolitik unterwandert werden kann;
- Führungspositionen in den nationalen Tochtergesellschaften durch Angehörige der Nation besetzt werden, in der der Sitz der Zentrale ist . . .

Die Produktionsleistung aller multinationalen Unternehmen wird auf 400 bis 450 Mrd. Dollar geschätzt. Sie ist größer als das Sozialprodukt eines jeden Landes mit Ausnahme der USA und der UdSSR. Der Macht dieser multinationalen Unternehmen steht kein vergleichbares Informations- und Kommunikationssystem der Arbeitehmer in den einzelnen nationalen Unternehmensleitungen der „Multis" gegenüber. Der vorhandene und sich laufend noch verstärkenden Machtkonzentration muß deshalb eine wirksame und abgestimmte Strategie der Gewerkschaften auf nationaler und internationaler Ebene entgegengesetzt werden.

„Deutsche Post", Nr. 2, 20. Januar 1974, Seite 8 – Organ der Deutschen Postgewerkschaft.

„Vermögensbildung" für die kapitalistische Systemsicherung

Rund 600 Personen sind es, die in der Bundesrepublik über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung bestimmen. Dies ist die Folge einer enormen Anhäufung von Vermögen in wenigen Händen. Die Weichen dafür wurden bereits mit der Währungsreform gestellt. Die Regierungen der nächsten Jahre taten nichts, um diese Entwicklung zu bremsen. Inzwischen wurde der Skandal aufgedeckt. Eine kaum überschaubare Zahl von plänen wurde seitdem ausgedacht, meist jedoch nicht, um Abhilfe zu schaffen, sondern um die skandalösen Zustände zu verschleiern. So sehen Unternehmer und Konservative die Chance, unter dem Deckmantel eines Schlagwortes ihr Schäfchen in einen noch komfortableren Stall bringen zu können.

Es ist ihr Ziel, das kapitalistische Wirtschaftssystem weiter abzusichern. Dazu wollen sie ein Volk von Kleinkapitalisten schaffen, um die Arbeitnehmer aufzuspalten und machtlos zu machen. Die Gewerkschaften verfolgen ein anderes Ziel. Für sie geht es um eine wirkungsvolle Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer und um die Zurückdrängung des Einflusses der Macht der Wirtschaft auf die Politik.

„druck und papier", Nr. 1, 7. Januar 1974, Seite 11 – Organ der IG Druck und Papier.

Der Junta-Diktatur die Verachtung der Demokraten!

Trotz des furchtbaren Terrors gab es schon in der zweiten Novemberhälfte den ersten Streik von 190 Arbeitern auf einer Baustelle der U-Bahn in Santiago. Sie wurde sofort von Militär besetzt. 14 angebliche Streikführer wurden verhaftet. In der gleichen Zeit fand bei den Autobusfahrern von Santiago eine „Streikabstimmung" statt. Sie beschlossen, der Junta mitzuteilen, sie würden die Arbeit niederlegen, wenn man ihre Hungerlöhne nicht erhöht. Von beidem drang nichts in die Presse. Nur konnte man lesen, daß per Juntadekret plötzlich die Autobusfahrer eine Prämie erhalten. Die Aktion war also offenbar erfolgreich gewesen. Trotz Terrors ist es bisher nicht gelungen, alle Strukturen der alten Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Die Gewerkschaften geben ihren Kampf um die Wiederherstellung ihrer Rechte nicht auf . . .

Nur wenn es der Junta mit Hilfe enormer amerikanischer Investitionen und Kredite gelingen sollte, die Wirtschaft wirklich in Schwung zu bringen, könnte sie hoffen, ihr Regime für längere Zeit zu festigen. Der chilenische innere Markt ist jedoch durch die radikale Abschöpfung von Kaufkraft, durch die Enteignung der Masse des Volkes von ihren Lebensmitteln zu klein, um einen Wirtschaftsaufschwung zu tragen. Für den Export kommen wie eh und je nur wenige Rohstoffe in Frage (Kupfer, Salpeter, Petrochemie usw.). Die chilenische Industrie kann auf dem Weltmarkt mit ihren Produkten kaum konkurrieren.

Dennoch könnte das chilenische Modell einer terroristischen Militärdiktatur zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung und Erhaltung der Privilegien der Herrschenden Schule machen. Darum muß man den Druck gegen dieses infame Regime aufrechterhalten. Man muß dieser blutigen Diktatur überall die Verachtung entgegenbringen, die sie verdient. Man muß den chilenischen Gewerkschaften und den verbotenen Parteien die Unterstützung gewähren, die sie von Demokraten erwarten dürfen. Nur dann kann man hoffen, daß der innere Widerstand die Generaljunta beseitigen wird.

Was jetzt in Chile geschieht, ist ein Bürgerkrieg, wenn auch mit besonderem Charakter. In der katholischen französischen Tageszeitung „La Croix" (Das Kreuz) bemerkt Christian Rudel hierzu: „Es ist kein klassischer Bürgerkrieg, denn nur eines der Lager ist bewaffnet und gewalttätig. Das andere hat entweder nicht an die Möglichkeit eines solchen Krieges geglaubt, oder es hat nicht die Zeit gehabt, sich dafür vorzubereiten. Dennoch gibt es den Bürgerkrieg. Ein Bürgerkrieg, der von den ehemaligen Bevorrechteten gewollt wird, die plötzlich darüber erschrocken sind und die der Gedanke wütend machte, ihre Vorrechte und ihre Macht zu verlieren . . ."

Allerdings, ohne ihnen diese Macht und diese Vorrechte zu nehmen, lassen sich in Chile die bitter notwendigen sozialen Reformen nicht durchführen. Das gilt für die Zukunft noch mehr als für die Vergangenheit.

Jakob Moneta in „Metall", Nr. 1, 8. Januar 1974, Seite 13/14 – Organ der IG Metall.

Votum für Gleichberechtigung ausländischer Arbeiter

Mit den Problemen ausländischer Arbeiter befaßte sich ein internationales Kolloquium von Vertretern kommunistischer Parteien kapitalistischer Länder Europas, das am 8. und 9. Januar 1974 in Essen stattfand. NACHRICHTEN sprachen darüber mit Günther Blum, Referent für Betriebsarbeit beim Parteivorstand der DKP, der als Mitglied der DKP-Delegation an dem Kolloquium teilnahm.

NACHRICHTEN: *Kollege Blum, was war der Anlaß für dieses internationale Kolloquium?*

Günther Blum: Die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas haben dieses Kolloquium in Vorbereitung der Brüsseler Konferenz geplant, weil das Problem der ausländischen Arbeiter zunehmend an Bedeutung gewinnt, sowohl für die Arbeiterklassen in den Aufnahmeländern als auch in den Herkunftsländern. Gegenwärtig sind es in den kapitalistischen Ländern Europas bereits mehr als 12 Millionen ausländische Arbeiter und ihre Familienangehörigen, die gezwungen sind, unter diskriminierenden Bedingungen außerhalb ihrer Heimatländer zu arbeiten und zu leben.

Hinzu kommt die zunehmende Dauer der Auslandsbeschäftigung, die prinzipielle Lösungen verlangt. Es ist einfach unzumutbar, daß Millionen Arbeiter jahrelang unter menschenunwürdigen Bedingungen praktisch aus dem Koffer leben, daß ihnen wichtige ökonomische, politische und soziale Rechte vorenthalten werden.

Schließlich gibt es noch einen ganz aktuellen Anlaß, nämlich die Tatsache, daß das Großkapital erneut versucht, die Arbeiterklasse aufzuspalten, wie das z. B. in der Bundesrepublik im Anwerbestopp und in der praktizierten Nichtverlängerung von Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen zum Ausdruck kommt. Erneut sollen wie 1966/67 die Lasten der zunehmenden Krisenerscheinungen verstärkt auf die Schultern der ausländischen Arbeiter abgewälzt werden. Das steckt in Wirklichkeit hinter der neuen Welle von Nationalismus und Fremdenhaß, der gegenwärtig gegen die ausländischen Kollegen geschürt wird.

NACHRICHTEN: *Wie beurteilte das Kolloquium die Hintergründe und Ursachen der zunehmenden Arbeitsemigration?*

Günther Blum: Die Vertreter aller Parteien waren sich einig, daß die Ursachen im kapitalistischen System liegen. Der staatsmonopolistische Kapitalismus versucht auf seine Weise sich den zunehmenden Zwängen der neuen Stufe der internationalen Arbeitsteilung anzupassen. Dazu gehört einmal die wachsende Internationalisierung der Kapitalverhältnisse, vor allem in Form multinationaler Konzerne bei gleichzeitig vorangetriebener staatlicher Integration. Dazu gehört zweitens die Internationalisierung der Produktion in Form verstärkten Kapitalexports und der Verlagerung von Produktionskapazitäten ins Ausland. Und dazu gehört schließlich die zunehmende Internationalisierung des Arbeitsmarktes, die das Thema dieses Kolloquiums war. Im Grunde wird hier eine neue internationale Reservearmee geschaffen, die von den herrschenden Monopolgruppen im Interesse ihrer Macht- und Profitpolitik und entsprechend den jeweiligen Verwertungsbedürfnissen des Kapitals eingesetzt wird.

Es sind also nicht in erster Linie Probleme einer „Entwicklungshilfe" oder „humanitäre Überlegungen", wie das einige Leute behaupten, die bei der Frage der ausländischen Arbeiter angesprochen sind, sondern Klassenfragen, Probleme der Ausbeutung und Unterdrückung, des Kampfes zwischen Arbeitern und Kapitalisten. Deshalb hat auch die Tatsache, daß Vertreter der kommunistischen Parteien der verschiedenen kapitalistischen Länder Europas über diese Probleme beraten haben, eine so große Bedeutung. Es sind allein die Kommunisten, die sich in der Frage der ausländischen Arbeiter vom Klassenstandpunkt leiten lassen, vom marxistischen Prinzip des proletarischen Internationalismus und die von der prinzipiellen Übereinstimmung der Klasseninteressen der Arbeiterklasse aller Länder ausgehen.

NACHRICHTEN: *Welche Schlußfolgerungen gab es auf dem Essener Kolloquium für den zukünftigen Kampf für die Interessen der ausländischen Arbeiter?*

Günther Blum: Die Teilnehmer unterstrichen die Notwendigkeit einer verstärkten Verbindung von nationalen Aktivitäten für die Interessen der ausländischen Arbeiter mit einer zunehmenden internationalen Abstimmung und Zusammenarbeit im Geiste des proletarischen Internationalismus.

Im Kommuniqué des Kolloquiums wurden bestimmte Grundinteressen der ausländischen Arbeiter formuliert, um deren Durchsetzung der gemeinsame Kampf geführt werden muß. Ich will sie hier nennen:

Für das Recht ausländischer Arbeiter auf Arbeit, Aufenthalt und soziale Sicherung auch in Krisenzeiten;

für die rechtliche, soziale und politische Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit der Bevölkerung des Aufnahmelandes;

für die Respektierung und Förderung der nationalen Kultur und Würde der ausländischen Arbeiter;

für das Recht der ausländischen Arbeiter, sich im Interesse der Einheit der Arbeiterklasse gewerkschaftlich und politisch zu organisieren;

für die Sicherung der Meinungs-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit ausländischer Arbeiter;

für das Recht jedes einzelnen, die Dauer seiner Tätigkeit und seines Aufenthaltes im Ausland selbst zu bestimmen;

für das Verbot der Ausweisung;

für das Recht auf berufliche Aus- und Weiterbildung;

für das Recht auf Familienzusammenführung;

für menschenwürdige Wohnungen und eine qualifizierte und demokratische Schulbildung der Kinder;

gegen jede Art von Aktivität der Agenten faschistischer und militaristischer Regimes;

für die Gewährung von Asyl aus politischen Gründen.

Diese Fragen gehen die gesamte Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften an. Ihre Durchsetzung erfordert die Aktionseinheit von einheimischen und ausländischen Arbeitern, von Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und Parteilosen. Sie erfordert auch die gemeinsame Aktion und eine verbesserte Zusammenarbeit der betroffenen Gewerkschaften.

Wir müssen davon ausgehen, daß die ausländischen Arbeiter Teil der Arbeiterklasse des Landes sind, in dem sie ausgebeutet werden. Sie haben die gleichen Gegner wie die einheimischen Arbeiter, nämlich das Großkapital. Das Kolloquium hat deutlich gemacht, daß einheimische und ausländische Arbeiter für die Durchsetzung ihrer gemeinsamen Interessen starke gewerkschaftliche Organisationen brauchen und die Unterstützung durch die kommunistischen Parteien, die im nationalen und im internationalen Raum konsequent ihre Klasseninteressen verteidigen.

Aktive Jugendvertreter durchkreuzen Unternehmerpläne

Im Mai/Juni 1974 werden in allen Betrieben mit mehr als fünf Jugendlichen die Jugendvertretungen neu gewählt. In manchen Betrieben muß der Wahltermin sogar vorverlegt werden, weil die Jugendvertretungen durch Entlassungen „ausgezehrt" worden sind. Nachrichten-Mitarbeiter Wolfgang Bartels sprach mit Herbert Pietsch (Homburg/Saar), Vorsitzender der Gesamtjugendvertretung von Bosch, über Bedeutung und Vorbereitung der Jugendvertreterwahlen.

NACHRICHTEN: *Kollege Pietsch, welche Bedeutung kommt den diesjährigen Jugendvertreterwahlen zu?*

Herbert Pietsch: Ich glaube, man kann ohne weiteres sagen, daß die diesjährigen Jugendvertreterwahlen noch größere Bedeutung haben als die vorangegangenen. Immerhin standen in den letzten Jahren und Monaten aktive Jugendvertreter und fortschrittliche junge Gewerkschafter zunehmend im Schußfeld der sozialen und politischen Auseinandersetzungen. Die Jugendvertretung ist die direkte Interessenvertretung der Jugendlichen im Betrieb. Von ihrer Stellung und ihrer Stärke hängt natürlich wesentlich ab, wie das Kräfteverhältnis im Betrieb überhaupt aussieht, ob es gelingt, den Unternehmern Zugeständnisse zugunsten der Lehrlinge und jungen Arbeiter abzuringen. Und gerade die Entwicklung der letzten Zeit zeigt, daß in Lohnfragen, im Kampf um wirksame Mitbestimmung, für bessere Berufsausbildung und echten Jugendarbeitsschutz die Aktivitäten von Jugendvertretungen, von aktiven jungen Gewerkschaftern zu einer entscheidenden Kraft wurden.

Das haben natürlich auch die Unternehmer erkannt; denn warum hätten sie sonst ihre Kampagne zur Entlassung konsequenter Jugendvertreter angezettelt. Und sicher werden auch die Unternehmer und ihre Handlanger alles tun, um den Ausgang der Jugendvertreterwahlen im schlechten Sinne zu beeinflussen. Sie werden versuchen, die gewerkschaftliche Einheit zu untergraben und den Kampf um die Interessenvertretung der jungen Kollegen zu erschweren. Das wird auch dort der Fall sein, wo ultralinke Kräfte als Werkzeuge der Bosse auf den Plan treten.

Nicht zuletzt ist die Bedeutung der Jugendvertreterwahlen auch deshalb größer geworden, weil in den Augen der Jugendlichen selbst das Ansehen der Jugendvertretungen wächst. Das zeigen nicht zuletzt die vielen Aktionen gegen die Entlassungen von Jugendvertretern und für einen wirksamen Kündigungsschutz.

NACHRICHTEN: *Du hast die über 600 Fälle von Jugendvertreter-Rausschmissen angesprochen. In welchem Zusammenhang stehen sie mit den Jugendvertreterwahlen?*

Herbert Pietsch: Der Zusammenhang liegt auf der Hand. Je mehr die Jugendvertretungen durch die anstehende Wahl gestärkt werden, desto eher gelingt es, den Unternehmern einen Strich durch ihre Rechnung zu machen. Sie wollten die Arbeiterjugend einschüchtern. Sie wollten erreichen, daß sich keiner mehr traut, als Jugendvertreter zu kandidieren. Aber diese Rechnung geht nicht auf, weil Tausende junge Leute in vielen Aktionen gezeigt haben, daß sie sich das nicht bieten lassen. Solidarität ist und bleibt der beste Kündigungsschutz – das wird auch bei den Jugendvertreterwahlen nicht vergessen.

NACHRICHTEN: *Was würdest du empfehlen. Wer soll gewählt werden?*

Herbert Pietsch: Natürlich die Kollegen, die sich als die aktivsten Gewerkschafter und konsequentesten Interessenvertreter der Arbeiterjugend gezeigt haben. Wer z. B. auf einer Betriebsversammlung den Mut hatte, die Willkür der Unternehmer anzuprangern, der wird auch als Jugendvertreter nicht kuschen. Und wer fest in der Gewerkschaftsarbeit verankert ist, dem werden die Unternehmer nicht so leicht das Kreuz brechen können.

NACHRICHTEN: *Bekanntlich orientiert die Gewerkschaftsjugend gemäß den Beschlüssen ihrer letzten Bundesjugendkonferenz auf eine stärkere Verankerung im Betrieb. Wie läßt sich das mit der Jugendvertreterwahl verbinden?*

Herbert Pietsch: Eine aktive Jugendvertretung und eine betriebliche Jugendgruppe der Gewerkschaftsjugend gehören einfach zusammen. Mit den Jugendvertreterwahlen muß auch die Arbeit der Gewerkschaftsjugend einen kräftigen Schub nach vorn bekommen. In der engen Zusammenarbeit mit solchen Jugendgruppen erfahren die Jugendvertreter schneller, wo die Jugendlichen der Schuh drückt und können die gewerkschaftliche Kraft einsetzen, um Mißstände abzustellen. In der Gewerkschaftsjugendgruppe sollte auch darüber diskutiert werden, welcher aktive Gewerkschafter für die Wahl zum Jugendvertreter vorgeschlagen wird.

NACHRICHTEN: *Wird es in den Betrieben eine Art „Wahlkampf" geben?*

Herbert Pietsch: Warum eigentlich nicht? Es hat sich zum Beispiel sehr bewährt, wenn man einmal die Mißstände im Betrieb auf einem Zettel zusammenfaßt und daraus Forderungen entwickelt. Mit einem solchen Forderungs- oder Arbeitsprogramm können die Kandidaten der Gewerkschaftsjugend ihren „Wahlkampf" führen. Solche Forderungen können sie offensiv auf Betriebs- und Jugendversammlungen, auf Flugblättern und in Lehrlingszeitungen vertreten.

NACHRICHTEN: *Sind die Jugendvertreterwahlen nur eine Angelegenheit für die Jugendlichen im Betrieb?*

Herbert Pietsch: Da muß ich mit einem klaren Nein antworten. Genausowenig, wie die Jugendlichen im Betrieb Forderungen ohne die Unterstützung der älteren Kollegen durchsetzen können, genausowenig sind Jugendvertreterwahlen eine reine Jugendsache. Gerade die aktiven älteren Gewerkschaftskollegen, die konsequenten Betriebsräte, sollten jetzt eine wichtige Aufgabe darin sehen, den jungen Leuten bei der Jugendvertreterwahl zu helfen. So werden dann auch gleichzeitig die Betriebsratswahlen 1975 vorbereitet. Und noch eines gilt – Auch wenn es Unternehmerboß Friedrich einmal formuliert hat, so ist ja viel Wahres dran: Die Jugendvertreter von heute sind die Betriebsräte von morgen.

NACHRICHTEN: *Gibt es bewährte Regeln, wie eine Jugendvertretung erfolgreich arbeiten kann?*

Herbert Pietsch: Die Hauptregel ist, sich nur und ausschließlich an den Interessen der jungen Kollegen zu orientieren. Hervorragend bewährt hat es sich, wenn aus einem Forderungsprogramm nach der Wahl ein Arbeitsprogramm der neuen Jugendvertretung wird. Hauptanliegen muß es sein – wie natürlich auch schon im „Wahlkampf" – die Jugendlichen anzusprechen, sie mit in die Auseinandersetzungen einzubeziehen und so zur Aktivierung der Arbeiterjugend beizutragen. Und ein Arbeitsprogramm ist natürlich immer eine gute Grundlage, sich selbst und den Kollegen Rechenschaft über Erreichtes abzulegen.

PERSONALIEN

Edmund Duda, Leiter der Abteilung Arbeitsmarktpolitik und Rehabilitation beim DGB-Bundesvorstand, wurde im Januar zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesanstalt für Arbeit gewählt. Duda ist auch Sachverständiger des DGB beim Internationalen Arbeitsamt (ILO) in Genf. Er trat an die Stelle von Gerhard Assmann, der eine andere Aufgabe übernommen hat.

Horst Klaus, bisher Leiter der Abteilung Jugend beim Vorstand der IG Metall, wurde Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Nürnberg der IGM. Klaus war schon von 1956 bis 1968 Jugendsekretär bzw. Bildungssachbearbeiter dieser Verwaltungsstelle. Seit 1968 war er in der Vorstandsverwaltung der IG Metall tätig.

Siegfried Müller, seit 1973 stellvertretender Leiter der Abteilung Ausländische Arbeitnehmer beim IG-Metall-Vorstand, wurde jetzt deren Leiter. Er löste Max Diamant ab, der wegen Erreichens der Altersgrenze in den Ruhestand getreten ist.

Günter Tollusch, 1. Bevollmächtigter der Ortsverwaltung Köln der IG Metall, wird von dem Vorsitzenden des gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörpers bei den Ford-Werken, Kuckelkorn, mit einem Ausschlußantrag attackiert. Kölner Gewerkschafter sehen darin eine Intrige gegen Tollusch, der 1971 als „Mann der Basis" gegen erheblichen Widerstand rechter Kräfte zum 1. Bevollmächtigten gewählt worden war. Tollusch hatte erheblichen Anteil daran, daß während seiner langjährigen Tätigkeit als Betriebsratsvorsitzender bei Ford die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder von 800 auf 18 000 stieg. Anlaß zur Attacke gegen Tollusch ist folgender:

Die Ford-Konzernleitung bestritt in einem Schlichtungsverfahren vor der Industrie- und Handelskammer dem von Ford gekündigten Arbeiter Reiffers dessen innerbetriebliche Funktion als gewerkschaftlicher Vertrauensmann und den damit verbundenen Kündigungsschutz. Kuckelkorn bestätigte der Konzernleitung deren Standpunkt an Eides Statt. Da ließ Reiffers sich von Tollusch die Liste der gewählten Vertrauensleute aushändigen, wodurch Kuckelkorn in Meineidverdacht geriet. Als diese Liste schließlich – ohne Dazutun von Tollusch – in einer maoistischen Schrift veröffentlicht wurde, stellte Kukkelkorn einen Ausschlußantrag gegen Tollusch. Der Vorstand der IG Metall wird darüber entscheiden. In Köln haben sich inzwischen viele tausend Gewerkschafter mit Vertrauensbekundungen hinter Tollusch gestellt.

Eine unter sechzehn: IG Druck und Papier

Die Industriegewerkschaft Druck und Papier, die ihre Vorläufer bereits in dem 1866 gegründeten Buchdruckerverband hat, gehört zu den zahlenmäßig kleinen unter den 16 Einzelgewerkschaften des DGB. Sie wird auf ihrem vom 13. bis 19. Oktober 1974 in Hamburg stattfindenden 10. ordentlichen Gewerkschaftstag Bilanz über die Arbeit der letzten drei Jahre ziehen. Es wird eine erfolgreiche Bilanz sein. Den bevorstehenden Gewerkschaftstag nimmt die Nachrichten-Redaktion zum Anlaß, die IG Druck und Papier ihren Lesern vorzustellen.

Nach den neuesten veröffentlichten Zahlen zählte die IG Druck und Papier am 31. Dezember 1972 153 927 Mitglieder. Davon waren 128 487 Männer und 25 440 Frauen. Die Zahl der Jugendlichen betrug 26 221. Obwohl der Pleitegeier, Konzentration und Automatisation 1972 zu einem Rückgang der Beschäftigten in der Druckindustrie um 6 672 führte, konnte die Gewerkschaft 2 609 neue Mitglieder gewinnen. Sie erreichte damit einen neuen Höchststand. Inzwischen dürfte die Zahl ihrer Mitglieder die 160 000-Grenze überschritten haben. Besonders die Tarifbewegung im März und April des vergangenen Jahres trug zu diesem Erfolg bei.

In der IG Druck und Papier sind neben den Setzern, Druckern und Buchbindern auch die Beschäftigten der papier-, pappe- und kunststoffverarbeitenden Industrie organisiert. Die Aufteilung der Mitgliedschaft nach Branchen ergibt 72,9 Prozent Druckindustrie, 22,3 Prozent Papierverarbeitung und 4,8 Prozent Sonstige. Zu diesen 4,8 Prozent gehören auch die rund 4 000 Mitglieder der Deutschen Journalisten-Union (dju), die ebenfalls der IG Druck und Papier angeschlossen ist, und kürzlich ihre Bundeskonferenz durchgeführt hat (siehe NACHRICHTEN 12/73).

Da die Schriftsteller und bildenden Künstler ebenso wie die Journalisten den Verlegern schutzlos auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind, gibt es gegenwärtig starke Bestrebungen, eine Mediengewerkschaft zu schaffen. Ein entsprechender Antrag der Delegierten des 9. Nürnberger Gewerkschaftstages wurde vom DGB-Bundeskongreß 1972 angenommen. Wie Vorsitzender Leonhard Mahlein in einem Interview mit NACHRICHTEN erklärte, (Nr. 12/73) werden gegenwärtig die Vorbereitungen getroffen.

Ziemlich bescheiden residiert der Hauptvorstand der IG Druck und Papier in drei Etagen eines Büro-Hauses unweit des Stuttgarter Hauptbahnhofs. Hier haben auch die Redaktionen der Zeitschrift „Druck und Papier", die vierzehntägig kostenlos an die Mitglieder geliefert wird, und „die feder", Monatszeitschrift der dju, ihr Domizil. Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit, so wird uns in der Presseabteilung des Hauptvorstandes versichert, ist die Tarifpolitik. Dabei wird, wie auf dem letzten Gewerkschaftstag beschlossen, die Mitgliedschaft aktiv eingeschaltet.

Jetzt wird in den Druckereien die neue Lohnrunde vorbereitet. Der Tarif der Druckindustrie läuft am 31. März aus. Jeder Lohnbewegung gehen zahlreiche Versammlungen in den Betrieben und Ortsvereinen voraus, auf denen die Arbeiter und Angestellten ihre Lohn- und Gehaltsforderungen stellen. Natürlich, so wird uns gesagt, müsse in der kommenden Lohnrunde den Preissteigerungen Rechnung getragen werden. Das würde auch dadurch garantiert, daß rund die Hälfte der Mitglieder der Großen Tarifkommission aus den Betrieben kommen.

Inzwischen liegen die ersten Forderungen auf dem Tisch. Sie lauten 20 Prozent. Wie uns in der Presseabteilung gesagt wird, tagt am 19. Februar die Große Tarifkommission. Sie wird auf dieser Sitzung die Höhe der Forderungen bekanntgeben.

Was die aktive Tarifpolitik betrifft, so kritisierten die Drucker und Setzer, mit denen wir uns unterhielten, allerdings die Praxis der Großen Tarifkommission, schon bei Aufstellung der Forderungen einige Abstriche zu machen, weitere Prozente fielen dann noch in den Verhandlungen mit den Unternehmern der Kompromißbereitschaft der Gewerkschaftsvertreter zum Opfer.

Obwohl die IG Druck und Papier, gemessen an der IG Metall, der ÖTV, der IG Chemie-Papier-Keramik und der IG Bau-Steine-Erden zu den zahlenmäßig schwachen Gewerkschaften zählt, stellt sie doch eine starke gewerkschaftliche Kraft dar. Das bewies unter anderem die Tarifbewegung des vergangenen Jahres. Durch zahlreiche Streiks – am manchen Tagen erschie-

nen Zeitungen mit großen weißen Flekken, verspätet oder gar nicht – gelang es ihr, in der Druckindustrie Tariflohnerhöhungen von 10,8 Prozent und Anhebungen der Löhne in den unteren Lohngruppen von 13,5 bis 17,1 Prozent durchzusetzen.

Seit dem 27. November 1973 laufen Verhandlungen zwischen dem sozialpolitischen Ausschuß des Bundesverbandes Druck und der IG Druck und Papier über den Abschluß eines neuen Manteltarifvertrages für die gewerblichen Beschäftigten der Druckindustrie. Der alte Manteltarifvertrag war zum Jahresende gekündigt worden. Die fünf Hauptforderungen der Gewerkschaft sind: Verlängerung des Urlaubs bis zu sechs Wochen; Erhöhung des Urlaubsgeldes auf 50 Prozent des vereinbarten Lohnes; tarifliche Verankerung des Schutzes der gewerkschaftlichen Vertrauensleute; Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf fünf Tage und die tarifliche Vereinbarung über die Zahlung eines 13. Monatseinkommens.

An der konzertierten Aktion ist die IG Druck und Papier mur indirekt über den DGB beteiligt. Trotzdem wird an dieser Einrichtung heftige Kritik geübt. So erklärte auf dem 9. ordentlichen Gewerkschaftstag 1971 in Nürnberg Vorsitzender Leonhard Mahlein: „Ich nenne die konzertierte Aktion deshalb autoritär, weil hier von der Bundesregierung konkrete Tariflohn- und Effektivlohn-Erhöhungssätze vorgegeben werden, bei deren Festlegung weder das Parlament noch die sozialen Gruppen mitbestimmen können, die aber doch einen entscheidenden Einfluß auf die Öffentlichkeit wie auch auf die Tarifverhandlungen selbst ausüben." Und die Delegierten forderten: „Austritt aus der konzertierten Aktion."

Ein weiteres Hauptanliegen der IG Druck und Papier ist die Beseitigung der Diskriminierung der Frau. Darüber unterhielten wir uns bei unserem Besuch in Stuttgart mit der Frauensekretärin Gisela Kessler: „Unsere Bundesfrauenkonferenz am 15. und 16. Februar 1974 in Springen wird sich besonders mit diesen Problemen beschäftigen", erklärt sie uns. Auch in der Druckindustrie erkennen immer mehr Frauen, daß nur mit einer starken Gewerkschaft ihre Forderungen durchzusetzen sind. Das beweist die Zunahme der weiblichen Mitglieder um 1 031 im Jahre 1972.

Die IG Druck und Papier gehört zu den Gewerkschaften, die schon frühzeitig für Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern eintraten. Bereits auf dem Koblenzer Gewerkschaftstag 1968, als angesichts der Versuche konterrevolutionärer Kräfte, in der CSSR das Rad der Geschichte zurückzurollen, eine Woge des Antikommunismus über die Bundesrepublik hinwegrollte, wurde ein Antrag angenommen, der die diplomatische Anerkennung der DDR zum Inhalt hatte.

Inzwischen hat die IG Druck und Papier auch Beziehungen zur gleichnamigen Organisation in der DDR aufgenommen. Bei Gesprächen zwischen den Gewerkschaftsspitzen beider Organisationen, die Mitte November in der DDR stattfanden, wurde ein Delegationsaustausch vereinbart. In einer gemeinsamen Erklärung sprachen sich beide Seiten für die „Vorbereitung und Durchführung einer europäischen Gewerkschaftskonferenz" aus.

Heftig umstritten ist in der IG Druck und Papier der sogenannte Extremistenerlaß des Hauptvorstandes vom 9. März 1973, der sich vor allem gegen die Mitglieder der RGO – maoistische und andere linkssektiererische Gruppen – richtet. In vielen Gewerkschaftsversammlungen warnten die Kollegen davor. „Der Mißbrauch, der mit dem von den Ministerpräsidenten verabschiedeten sogenannten ‚Extremistenerlaß' bundesweit bisher schon getrieben worden ist, darf auf keinen Fall in abgeänderter Form in unserer Gewerkschaft seine Blüten treiben. Kritische Probleme der Gewerkschaftsarbeit sind nicht dadurch aus der Welt zu schaffen, daß man innerhalb der Gewerkschaft einen Buhmann schafft. Wo gute aktive Gewerkschaftsarbeit geleistet wird, hat die sogenannte ‚RGO' keine Chance, sich breit zu machen", erklärte die Landesfrauenkonferenz Hessen in einem einstimmig angenommenen Antrag.

Mit diesen und anderen Problemen wird sich auch der Hamburger Gewerkschaftstag zu beschäftigen haben. Es wird kein lammfrommer Kongreß sein, soviel ist schon abzusehen. In der Diskussion wird es sowohl um die Lohnpolitik als auch um gesellschaftsverändernde Reformen gehen.

Gisela Mayer

Forderungen des DGB zur Mitbestimmung im Handwerk

Vor Ablauf des vergangenen Jahres hat der Deutsche Gewerkschaftsbund der Bundesregierung und dem Bundestag seine Forderungen zur „Novelle der Handwerksordnung" vorgelegt. Mit diesem Entwurf soll der Gesetzgeber veranlaßt werden, die nun schon seit 20 Jahren ohne wesentliche Änderungen geltenden Bestimmungen der Handwerksordnung in eine zeitgemäßere Form zu bringen.

In einer Einleitung erklärt der DGB, daß die öffentlichen Aufgaben, die den Handwerkskammern übertragen wurden, die paritätische Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten im Handwerk erfordere. Die Tatsache, daß die Handwerksmeister zwei Drittel und die Gesellen nur ein Drittel der Mitglieder des Vorstandes und der Vollversammlung stellen, lasse eine ausreichende Mitwirkung nicht zu. Einseitige, durch die Mehrheit der Arbeitgeber zustande gekommenen Beschlüsse und Maßnahmen beeinträchtigen die Funktionen der Handwerkskammern und stellten sie als Körperschaften des öffentlichen Rechts in Frage.

In der dem Entwurf vorangestellten Präambel ist dieser Standpunkt des DGB noch einmal formuliert und außerdem Bezug genommen auf die Regelung, daß nur die Handwerksgesellen, nicht aber alle Beschäftigten ohne Ausnahme wählen und gewählt werden können.

Insbesondere sieht der DGB-Gesetzentwurf für eine Novellierung der Handwerksordnung folgende Regelungen vor:

Die paritätische Besetzung aller Organe der Handwerkskammern durch Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter; die Beseitigung des diskriminierenden Wahlrechtes der Arbeitnehmer zu den Handwerkskammern und eine entsprechende Anpassung der Wahlordnung zur Handwerkskammerwahl;

Einbeziehung aller Arbeitnehmer im Handwerk in die handwerkliche Selbstverwaltung;

regelmäßiger Wechsel im Vorsitz der Organe der Handwerkskammern zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer;

die Schaffung neuer Wahlordnungen für die Wahlen zu den Arbeitnehmerausschüssen bei den Innungen und Kreishandwerkerschaften sowie eine Erweiterung derer Rechte;

die Sicherung der sozialen Rechte der Arbeitnehmervertreter in der handwerklichen Selbstverwaltung: Kündigungsschutz, Ausübungs- und Behinderungsschutz bei ihrer Tätigkeit, Benachteiligungsverbot.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund erwartet vom Gesetzgeber, daß den seit langem bestehenden berechtigten Forderungen der abhängig Beschäftigten im Handwerk möglichst bald entsprochen wird.

sr

Verbesserung beim Wohngeld nur für eine Minderheit

Ab 1. Januar dieses Jahres wurde das Wohngeldgesetz verbessert. Heraufgesetzt wurden die Höchstbeträge der Miete oder Belastung, die der Berechnung des Wohngeldes zugrunde gelegt werden. Das gilt aber bei weitem nicht für alle Wohnungen. Der allgemeine Freibetrag bei der Ermittlung des einzusetzenden Familieneinkommens wurde von 20 auf 30 Prozent erhöht. Dadurch ist auch die Bruttoeinkommensgrenze, bis zu der Wohngeld bezogen werden kann, gestiegen, z. B. bei einem Ein-Familien-Haushalt von 1000 auf 1143 DM und bei einem Zwei-Personen-Haushalt von 1297 auf 1476 DM Monatseinkommen.

Die von den Bonner Koalitionsfraktionen angekündigte zusätzliche Heraufsetzung der effektiven Einkommensgrenze für den Bezug des Wohngeldes ist jedoch nicht in das Gesetz aufgenommen worden. Dafür werden zu leistende Unterhaltsbeträge an Angehörige außerhalb des Haushaltes bis zu 100 DM monatlich pro Person vom Einkommen abgesetzt. Nach dem Tode eines Haushaltsangehörigen wird das Wohngeld noch für eine Schutzfrist von drei Jahren nach der unverminderten Zahl von Haushaltsangehörigen berechnet.

Diese Verbesserungen im Wohngeldrecht haben jedoch nur bei einer Minderheit der Wohngeldempfänger ab Januar zu einer Erhöhung des Wohngeldes geführt. Soweit das Wohngeld schon vor dem 1. Januar 1974 für dieses Jahr bewilligt war, bleibt es ohnehin dabei. Eine höchst unsoziale Übergangsbestimmung im Änderungsgesetz besagt nämlich, daß eine Umrechnung des Wohngeldes nach den neuen besseren Bestimmungen nicht in Frage kommt. Soweit schon unter Anwendung der neuen Bestimmungen das Wohngeld weiter bewilligt wurde oder wird, bewirken die Verbesserungen bei den meisten dieser Wohngeldempfänger nur, daß ihr Wohngeld nicht oder nur wenig gekürzt wird; denn es werden dabei auch die im Laufe des vergangenen Jahres erfolgten Einkommenserhöhungen angerechnet. Das trifft insbesondere auch für die Sozialrentner zu.

Trotzdem kann im Einzelfall auch ein neuer Anspruch auf Wohngeld durch die ab Beginn dieses Jahres gültigen verbesserten Bestimmungen entstanden sein. Jeder Mieter sollte deshalb die gebotenen Möglichkeiten zur Information über das verbesserte Wohngeldrecht nutzen, so durch den Mieterbund, zumal ohnehin bis jetzt noch viele Mieter aus Unkenntnis auf das ihnen zustehende Wohngeld verzichten.

Auch die Einkommensgrenzen für die Berechtigung, eine der trotz unsozial hoher Miete immer noch „sozial" genannten Wohnungen zu beziehen, ist ab 1. Januar dieses Jahres erhöht worden: Von 1 000 auf 1 500 DM Monatseinkommen für die erste zum Haushalt zählende Person, von 250 auf 750 DM für die zweite und von 250 auf 350 DM Monatseinkommen für jede weitere zum Haushalt zählende Person. Ebenso wurde der zusätzliche Steigerungsbetrag für Schwerbehinderte von 250 auf 350 DM heraufgesetzt. Neu eingeführt wurde ein zusätzlicher Steigerungsbetrag von 400 DM für junge Ehepaare und die Bestimmung, daß Ehegatten, die ein eigenes Einkommen von mehr als 750 DM und andere Angehörige von mehr als 500 DM im Monat haben, bei der Bestimmung der Einkommensgrenze unberücksichtigt bleiben.

Mit der Heraufsetzung der Einkommensgrenze für die Berechtigung, eine Sozialwohnung zu beziehen, ist jedoch ihr Zurückbleiben hinter der Entwicklung der „Sozial"-Mieten bei weitem nicht aufgeholt, das vor allem während der 20jährigen CDU/CSU-Herrschaft in Bonn eingetreten ist. Bei einem Mietpreis von einer DM pro Quadratmeter hat die Einkommensgrenze für den Ein-Personen-Haushalt zu Beginn des sozialen Wohnungsbaus 600 DM betragen. Da die Miete inzwischen auf mehr als 4 DM pro Quadratmeter geklettert ist, müßte die Einkommensgrenze (jetzt auf 1 500 DM) mehr als 2 400 DM betragen!

So sehr die Verbesserung des Wohngeldgesetzes im Interesse der sozial Schwächsten zu begrüßen ist: Stabile Mieten und Belastungen wären besser, erhält doch nur eine Minderheit der Mieter und kleinen Haus- oder Eigentumswohnungsbesitzer Wohngeld. Die meisten, auch die meisten Rentner (!), müssen jede Erhöhung der Miete oder Belastung selbst tragen! Stabile Mieten aber sind auch jetzt nicht in Sicht. Im Gegenteil. Neue Belastungen kommen auf die Mieter und kleinen Haus- bzw. Wohnungseigentümer zu, so die Heraufsetzung der Gebühren für Kanalbenutzung, Wasser und andere Mietnebenkosten, vor allem aber drastische Erhöhungen der Heizkosten. Seit Jahresbeginn gelten auch neue, höhere Einheitswerte für die Berechnung der Grundsteuer. Angekündigt sind daraus resultierende Mietsteigerungen bis zu fünf Prozent.

Eine weitere Verteuerung der Wohnungsmiete kommt mit dem von Bundesjustizminister Jahn angekündigten „Reformpaket" auf die Mieter zu; denn damit soll nicht nur zugunsten der Mieter der jetzt bis zum 31. Dezember dieses Jahres befristete Kündigungsschutz in ein Dauerrecht umgewandelt werden. Auch das Vorrecht der Vermieter, im Abstand von jeweils einem Jahr die Miete der „ortsüblichen Vergleichsmiete" anzupassen, d. h. zu erhöhen, soll damit Dauer-„Recht" werden. Außerdem sollen die Hausbesitzer das Recht erhalten, Kosten für Modernisierungsmaßnahmen mit einer Mieterhöhung bis zu 14 Prozent auf die Mieter umzulegen. Die „ortsübliche Vergleichsmiete" darf sogar bis zu 10 Prozent überschritten werden. Auch sollen baubedingte Kapitalkostenerhöhungen wie Betriebskosten auf die Mieter überwälzbar sein.

Ein Ende der Mietsteigerungen aber ist vor allem deshalb nicht abzusehen, weil auch die Bonner SPD/FDP-Koalition so wenig wie ihre CDU/CSU-geführten Vorgängerinnen willens oder in der Lage ist, die Kostenexplosionen der Boden-, Bau- und Hypothekenpreise einzudämmen geschweige denn zu stoppen. Mit dem Großkapital und seinen Profitinteressen legt sich auch diese Regierung nicht ernstlich an. Die von Bundesbank und Bundesregierung verfolgte Hochzinspolitik aber hat zu einer nie dagewesenen Verteuerung der Mittel für den Wohnungsbau geführt.

Die Folgen dieser inflationären Entwicklung enthüllen drastisch den unsozialen Charakter des spätkapitalistischen Systems: Während es in der Bundesrepublik noch eine Million Obdachlose gibt, darunter viele Familien mit Kindern, und weitere Millionen Arbeitnehmer- und Rentnerhaushalte nur unzureichend mit Wohnraum versorgt sind, geht der „soziale" Wohnungsbau in den letzten Jahren stark zurück.

Im Sozialbericht 1972 hatte die Bundesregierung noch, ausgehend von dem festgestellten Wohnungsfehlbestand, erklärt, in den kommenden zehn Jahren werde der jährliche Bau von 500 000 Wohnungen, darunter 200 000 bis 250 000 Sozialwohnungen gefördert. Der Sozialbericht 1973 enthält dazu überhaupt keine Aussage mehr. Tatsächlich sind schon 1972 die für den sozialen Wohnungsbau angekündigten Zahlen nicht erreicht worden. Es wurden nur rund 182 000 Sozialwohnungen öffentlich gefördert, fertiggestellt sogar nur 168 000. Von den für 1973 nur noch vorgesehenen 120 000 Sozialwohnungen konnten etwa 50 000 nicht fertiggestellt werden, weil den Bauherrn die Hypothekenzinsen zu hoch waren.

Zur gleichen Zeit aber werden in der Bundesrepublik nach Butter, Getreide,

Lange Wartezeit bei Rentenantrag

Bei den Versicherungsanstalten der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten ist die Zahl der unerledigten Anträge von 306 000 Ende September 1972 auf 450 000 zur gleichen Zeit 1973, also um nahezu 50 Prozent angestiegen. Das bedeutet für Arbeiter und Angestellte, die die Altersgrenze erreicht haben, oder berufs- oder erwerbsunfähig geworden sind, oder im Falle ihres Todes für die Hinterbliebenen, daß sie nun noch länger auf den Rentenbescheid warten müssen.

Die Schuld dafür tragen nicht die Angestellten der Versicherungsanstalten, sondern die für die Gesetzgebung verantwortlichen Politiker, die zwar viel von der notwendigen Vereinfachung der Sozialgesetze reden, aber das Rentenrecht immer noch komplizierter und unübersichtlicher gemacht haben. Erschwerend wirkt sich ferner aus, daß das zum 1. Januar 1973 in Kraft getretene „Rentenreformgesetz 1972" aus politischen und finanziellen Gründen binnen kurzer Zeit zweimal geändert wurde.

In der Bundesrepublik müssen Arbeiter, Angestellte oder ihre Hinterbliebenen in der Regel länger als ein halbes Jahr auf den Rentenbescheid warten. Das ist ein Skandal. Jahrzehnte werden den Arbeitern und Angestellten pünktlich Monat für Monat die Beiträge zur Rentenversicherung abgezogen. Dabei gibt es keine Verzögerung. Ist aber der Rentenfall eingetreten, dann müssen die Versicherten oder ihre Hinterbliebenen warten, warten, warten.

Mit den Grundsätzen eines sozialen Rechtsstaates, den das Grundgesetz für die Bundesrepublik postuliert, ist dieser für die Rentenantragssteller unzumutbare Zustand jedenfalls nicht in Einklang zu bringen. A. B.

Kohlen, PKW's und anderen Gebrauchsgütern nun auch Wohnungen auf „Halde" produziert. Nach Schätzungen der Experten stehen 100 000 bis 200 000 neue Wohnungen in der Bundesrepublik leer, deren Miete oder Kaufpreis so hoch ist, daß die Millionen Arbeitnehmer und Rentner, die eine Wohnung suchen, dieses Geld nicht aufbringen können. In diesen Wohnungen stecken nicht nur die Mittel irgendwelcher Spekulanten, die sich mit dem Bau vor allem von Eigentums-Komfortwohnungen möglichst schnell noch mehr bereichern wollen, sondern die Arbeitsleistung Hunderttausender Arbeiter, Handwerker und Techniker und -zig Millionen DM von den Steuernzahler aufgebrachte öffentliche Gelder, und sei es nur in Form von Steuervergünstigungen.

Die unheilige „Dreifaltigkeit" – Rückgang und Verteuerung des sozialen Wohnungsbaus – millionenfacher Wohnungsmangel – Hunderttausende leerstehende Wohnungen – macht deutlich: Ohne Überwindung des spätkapitalistischen Systems, in dem der Profit weniger und nicht die Wohlfahrt des arbeitenden Volkes der Maßstab aller Dinge ist, kann es keine umfassende, grundlegende und vernünftige soziale Reformpolitik geben, wie die Gewerkschaften sie in dem Grundsatz- und Aktionsprogramm des DGB und zahlreichen Beschlüssen der DGB-Kongresse und Gewerkschaftstage fordern.

A. Böpple

Aktionen gegen Berufsverbote

Während der Bundestag in Bonn am 14. und 15. Februar 1974 anläßlich des 25jährigen Bestehens des Grundgesetzes eine Verfassungsdebatte durchführen will, werden gleichzeitig in der Bundeshauptstadt Demokraten gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote demonstrieren. Das beschlossen Mitte Januar in Frankfurt die Vertreter der zahlreichen Bürgerinitiativen gegen Berufsverbote. Ferner werden am 16. Februar bundesweit Informationsstände zu dieser Thematik errichtet. Vom 22. bis 30. März soll eine Informationswoche gegen Berufsverbote veranstaltet werden und am 11. Mai ein internationales Kolloquium.

Das ist die Antwort der demokratischen Bewegung in der Bundesrepublik auf die Flut von „Grundgesetzfeiern" und schönen Reden auf die Verfassung. In Wirklichkeit sind die Schönredner dieselben – wie etwa die Länderministerpräsidenten und der Bundeskanzler –, die mit dem sogenannten Extremistenerlaß vom 28. Januar 1972 und der darauf fußenden Praxis der Berufsverbote das Grundgesetz aushöhlen.

Mitte Februar will Bundesinnenminister Genscher mit den Länderinnenministern eine sogenannte Novelle zum Beamtenrechtsrahmengesetz erörtern, die den Ministerpräsidentenerlaß ablösen soll. Doch das wird nur eine Formsache sein, denn eben diese Novelle wird denselben antidemokratischen Inhalt haben, wie die abzulösende Ministerpräsidenten-Verordnung. Die undemokratische, verfassungswidrige Praxis der Berufsverbote im öffentlichen Dienst soll einen „rechtsstaatlichen Rahmen" bekommen. So nennen das die Experten – nicht ohne Zynismus.

Sb.

Konkursausfallgeld – kein Ersatz

Die Bundesregierung hat beschlossen, die Zahlung eines Konkursausfallgeldes gesetzlich zu regeln. Nach dem Beschluß sollen den Arbeitern und Angestellten von zahlungsunfähig gewordenen Unternehmen die rückständigen Löhne, Gehälter und Sozialversicherungsbeiträge bis zu drei Monate voll ersetzt werden. Die für das Konkursausfallgeld notwendigen Mittel – es werden jährlich 40 Millionen DM dafür veranschlagt – sollen von den Unternehmungen durch eine Umlage aufgebracht werden.

Die Absicht, die Zahlung eines Konkursausfallgeldes gesetzlich einzuführen, ist einerseits zu begrüßen. Andererseits ist sie das offene regierungsamtliche Eingeständnis, daß es Pleiten in dieser mit dem irreführenden Etikett „soziale Marktwirtschaft" versehenen kapitalistischen Wirtschaft auch künftig geben wird und damit auch keine absolute Sicherheit des Arbeitsplatzes. Es ist kaum ein Zufall, daß die Einführung des Konkursausfallgeldes gerade jetzt beschlossen wurde. Zwar hat es auch in den zurückliegenden Jahren in der Bundesrepublik Pleiten gegeben, aber ihre Zahl nimmt in letzter Zeit zu als Folge der mangelnden Kaufkraft, der restriktven Konjunkturpolitik, der abebbenden Konjunktur und des verschärften Konkurrenzkampfes der nationalen und multinationalen Konzerne.

Die Hauptleidtragenden eines jeden Konkurses sind die Arbeiter und Angestellten. Die Großunternehmer und an in Konkurs gehende Betriebe beteiligten Großaktionäre haben ihr Schäfchen meistens vorher ins trockene gebracht. Die Arbeiter und Angestellten aber werden in der Regel bis zuletzt im unklaren gelassen und über Nacht vor die Tatsache gestellt, daß ihr Arbeitsplatz, an dem sie oft Jahrzehnte tätig waren, verloren ist und sie auf die Straße gesetzt sind. Die in den Jahren erworbenen Rechte sind plötzlich nichts mehr wert. Je nach den örtlichen Arbeitsmarktverhältnissen, der Qualifikation, dem Gesundheitszustand und Alter des Arbeiters und Angestellten dauert es kürzere oder längere Zeit, bis ein neuer Arbeitsplatz gefunden ist. Das Arbeitslosengeld ist weitaus geringer als der vorherige Arbeitsverdienst.

Diese und andere unsoziale Auswirkungen einer Pleite für die davon betroffenen Arbeiter und Angestellten werden mit dem Konkursausfallgeld nicht beseitigt, ja nicht einmal gemildert. Darum könnte man mit dem Slogan sagen: Konkursausfallgeld ist gut – sichere Arbeitsplätze sind besser. Aber die gibt es – wie Vergangenheit und Gegenwart

B.

Europas Gewerkschaften: Schritte zur Gemeinsamkeit

Die Schweizer Konferenzstadt Genf stand in der zweiten Januarhälfte 1974 im Zeichen wichtiger Ereignisse für die internationale, besonders die europäische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Vom 14. bis 23. Januar beriet die 2. Europäische Regionalkonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) Fragen der wirtschaftlichen Veränderungen in Europa und damit verbundene Probleme der Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung der Beschäftigten. Herausragendes Ereignis von historischer Bedeutung war das unter dem Dach der ILO am 19. Januar durchgeführte Treffen der europäischen Gewerkschaftsführer, dem ein Gespräch der Generalsekretäre des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) und des Weltgewerkschaftsbundes (WGB), Otto Kersten und Pierre Gensous, vorausgegangen war.

Ebenfalls in Genf tagte am 17. Januar unter Vorsitz des Präsidenten Enrique Pastorino das Büro des Weltgewerkschaftsbundes. In einer Erklärung ruft dieses Leitungsorgan des WGB dazu auf, den 12. Februar 1974 zum Aktionstag der internationalen Gewerkschaftsbewegung für die Solidarität mit den unterdrückten Werktätigen und Demokraten Chiles, für die Beendigung des Junta-Terrors und die Freilassung der politischen Gefangenen zu machen. Weitere Appelle des WGB-Büros gelten der Solidarität mit den Völkern Indochinas und den Demokraten Spaniens.

Bei dem Treffen europäischer Gewerkschaftsführer waren aus rund 30 Ländern Gewerkschaften vertreten, die dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, dem Weltgewerkschaftsbund, dem (christlichen) Weltverband der Arbeit oder keiner internationalen Zentrale angehören. So saßen gemeinsam am Beratungstisch: Schelepin (UdSSR), Hoffmann (CSSR), Warnke (DDR), Gaspar (Ungarn), Murray (Großbritannien), Vetter (BRD), Hämäläinen (Finnland), Houthuys (Belgien), Nielsen (Dänemark), Seguy (Frankreich/CGT), Lama (Italien/CGIL) sowie die Repräsentanten der anderen französischen und italienischen Gewerkschaftsbünde, der Gewerkschaften von Benelux, Skandinaviens, Irlands und der übrigen Länder Ost- und Südeuropas einschließlich der Arbeiterkommissionen Spaniens.

Bei Teilnehmern und Beobachtern dieser nichtöffentlichen Konferenz gab es keinen Zweifel, daß diese Zusammenkunft seit der Abspaltung des IBFG im Jahre 1949 vom WGB den bedeutsamsten Schritt in Richtung auf ein koordiniertes Anpacken der Probleme im Interesse der Arbeiterschaft Europas darstellt. Das beharrliche Drängen des WGB und einzelner Repräsentanten von IBFG-Gewerkschaften in der Vergangenheit, den Weg der Zusammenarbeit zu beschreiten, hat Früchte getragen. Schon 1971 waren in Helsinki und 1973 in Wien – jeweils in kleinstem Kreise – Vorsitzende von WGB- und IBFG-Gewerkschaften zum Gedankenaustausch zusammengetroffen.

Der Wille, die jahrzehntelange Konfrontation in den internationalen Beziehungen der Gewerkschaften zu beenden, beherrschte auch die Aussprache in der Konferenz der europäischen Gewerkschaftsführer. Man müsse künftig die gemeinsamen Interessen zum Gegenstand der gewerkschaftlichen Arbeit und Beziehungen in Europa machen und darum das Trennende zurückstellen.

In der gemeinsamen Erklärung (siehe nebenstehenden Wortlaut) wurde auf einen weiteren konkreten Schritt in Richtung auf Zusammenarbeit orientiert: Die Durchführung einer gemeinsamen Konferenz zum Themenkreis „Humanisierung der Arbeitswelt", möglichst noch Ende 1974. Eine große Anzahl der Gewerkschaftsführer sprach sich für die Durchführung dieser europäischen Gewerkschaftskonferenz an einem anderen Ort und außerhalb des ILO-Rahmens aus. Es war von Helsinki und Wien die Rede. Jedoch soll darüber erst noch in den weiteren Konsultationen entschieden werden.

Es ist darum nicht richtig, wenn das DGB-Organ „Welt der Arbeit" am 25. Januar als „Ergebnis" der Genfer Aussprache definiert: „Zusammenkünfte und Möglichkeiten einer Zusammenarbeit kann es nur im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation geben." Das war, wie in Genf zu hören war, die fast einsame Meinung Heinz Oskar Vetters in der Aussprache gewesen. Mit der Beauftragung der vier Arbeitervertreter im ILO-Verwaltungsrat, „in enger Konsultation mit allen nationalen Zentralen" die nächste Konferenz vorzubereiten, wurde auch keineswegs – wie die „Welt der Arbeit" schrieb – „klargestellt, daß auch die künftigen Konferenzen im Rahmen dieser Zweigorganisation der Vereinten Nationen stattfinden werden."

Doch dies ist keine Hauptfrage. Wie die Repräsentanten der Gewerkschaften verschiedener Richtungen und Zugehörigkeit übereinstimmend feststellten, soll im Mittelpunkt der Zusammenarbeit die wirksamste Vertretung der Arbeiterinteressen in Europa stehen. Dies vor allem auch, um der wachsenden Macht der multinationalen Konzerne eine geschlossene gewerkschaftliche Gegenmacht entgegenstellen zu können. Die ersten Schritte dazu, die man als einen weiteren Aspekt der Entspannungspolitik in Europa sehen muß, sind hoffnungsvoll. G. Siebert

Erklärung der Tagung europäischer Gewerkschaftsführer

„Am 19. Januar 1974 wurde in Genf ein Treffen europäischer Gewerkschaftsführer im Rahmen der 2. Europäischen Regionalkonferenz der ILO abgehalten. Die Teilnehmer des Treffens tauschten ihre Ansichten über gemeinsame Probleme der Arbeiter in Europa aus und vertraten die Ansicht, daß ein gemeinsames Vorgehen möglich ist und daß die Abhaltung der 2. Regionalkonferenz der ILO selbst und ihre Übereinkunft über gemeinsame Maßnahmen auch für eine fruchtbare Zusammenarbeit auf gewerkschaftlichem Gebiet den Weg zeigt.

Das Treffen gibt seinem Wunsch nach der Ausdehnung gegenseitiger Konsultationen und dem Austausch von Meinungen und Erfahrungen zwischen den Gewerkschaftszentralen in Europa Ausdruck, um eine Zusammenarbeit in Fragen von gegenseitigem Interesse zu gewährleisten. Man kam zu dem Schluß, daß es nützlich wäre, die Möglichkeit der Veranstaltung ähnlicher Treffen der europäischen Gewerkschaftsführer in Zukunft zu untersuchen.

Die Teilnehmer des Treffens stimmten überein, den nationalen Zentralen zu empfehlen, eine Konferenz der europäischen Gewerkschaften über die Humanisierung der Arbeitswelt, insbesondere Arbeitsschutz und Sicherheit, Gesundheit und Wohlergehen am Arbeitsplatz, abzuhalten, wenn möglich, etwa Ende 1974. Sie wird vorbereitet durch die vier europäischen Arbeitervertreter im ILO-Verwaltungsrat in enger Konsultation mit allen nationalen Zentralen.

Das Treffen der europäischen Gewerkschaftsführer fand in einer guten Arbeitsatmosphäre und in einem konstruktiven Geiste statt."

CGT bietet dem DGB normale Beziehungen an

Interview mit René Duhamel

Die Fragen der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften, die verschiedenen Weltzentralen angehören — Weltgewerkschaftsbund (WGB), Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) und Weltverband der Arbeit (WVA) —, stellen sich jetzt konkreter: In Genf fand am 19. Januar eine Konferenz europäischer Gewerkschaftsführer statt (siehe Bericht auf Seite 25), die hoffnungsvolle Zeichen setzte. Zu den teilnehmenden Gewerkschaftsführern gehörte seitens des größten französischen Gewerkschaftsbundes CGT, der dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossen ist, René Duhamel, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes. Ihm stellte unser Redaktionsmitglied Gerd Siebert in Genf einige Fragen:

NACHRICHTEN: *Kollege Duhamel, hier in Genf hat soeben ein Gespräch der Repräsentanten von nationalen Gewerkschaftsbünden stattgefunden, die den Weltzentralen WGB, IBFG und WVA angehören. Unmittelbar davor trafen sich in Genf der Generalsekretär des WGB, Pierre Gensous, und der Generalsekretär des IBFG, Otto Kersten, und vereinbarten weitere Gespräche. Kann man jetzt, nachdem schon 1973 in Helsinki und Wien ähnliche Konsultationen in kleinerem Kreis stattgefunden hatten, davon sprechen, daß erstarrte Fronten in Bewegung geraten sind? Und in welche Richtung bewegen sie sich?*

René Duhamel: Zu sagen, daß die internationalen gewerkschaftlichen Beziehungen „in Bewegung kommen", entspricht nicht genau der Realität. In der Tat sind die Beziehungen zwischen Gewerkschaften unterschiedlicher Tendenz und Zugehörigkeit seit Jahren schon „in Bewegung". Das ist der Fall zwischen den Gewerkschaftsbünden von West-Europa, die dem IBFG oder dem WVA angeschlossen sind, und denen der sozialistischen Länder, die dem WGB angeschlossen sind. Und das ist auch der Fall für die Beziehungen der CGT mit zahlreichen Gewerkschaften des IBFG und des WVA in Europa.

Die Zusammenkunft von Genf bedeutet eine neue und wichtige Etappe dieser Entwicklung. Einige haben sie als eine „historische Zusammenkunft" bezeichnet. Der Ausdruck scheint mir nicht übertrieben, wenn man bedenkt, daß zum ersten Mal seit Oktober 1945 die Gewerkschaftsführer von Europa an einem Tisch versammelt waren.

Bei dieser Zusammenkunft konnte man den einheitlichen Willen feststellen, alles daran zu setzen, um die Auseinandersetzungen, die Polemik zu vermeiden und im Gegenteil alle übereinstimmenden Punkte zu suchen. Es gab auch Einstimmigkeit, diesen ersten Meinungsaustausch fortzusetzen. Ab jetzt ist die Perspektive gegeben, Ende 1974 oder Anfang nächsten Jahres eine echte europäische Gewerkschaftskonferenz einzuberufen über die Probleme der Humanisierung der Arbeitswelt, der Arbeitssicherheit, der Gesundheit usw.

Das ist eine sehr ermutigende Perspektive, die den größer werdenden Einheitswillen der Arbeiter von Europa beweist. Das bedeutet aber nicht, daß es keine Schwierigkeiten mehr geben wird. Man kann nicht wie mit einem Wunderstab plötzlich 30 Jahre Spaltung, Mißtrauen, gegenseitiger Verdächtigungen von heute auf morgen abschaffen. Aber die Wende hat begonnen. In Genf ist etwas Neues geboren, etwas, das zum Gedeihen viel Vorsicht, Geduld und Toleranz braucht.

NACHRICHTEN: *Es gibt bei einigen Gewerkschaftsführern außerhalb des WGB die Auffassung, am besten sei es, wenn der Weltgewerkschaftsbund nur die Gewerkschaften des sozialistischen Teils und der IBFG die des nichtsozialistischen Teils der Erde vertritt. Ist das eine reale Konzeption?*

René Duhamel: Ein solches Konzept der gewerkschaftlichen Beziehungen berücksichtigt in keiner Weise die Realität. Diese Realität ist selbstverständlich die Tatsache, daß alle Gewerkschaften der sozialistischen Länder dem WGB angeschlossen sind. Aber die Realität ist auch die Tatsache, daß der WGB in seinen Reihen auch die repräsentativsten Gewerkschaftsorganisationen von zwei großen kapitalistischen Ländern, Frankreich und Italien, organisiert.

Was uns von der CGT anbelangt, kommt ein Austritt oder eine Distanzierung vom WGB nicht in Frage, zu dessen Gründung wir einen großen Beitrag geleistet haben und dem wir weiter sehr nahestehen. Wir wünschen die engste Zusammenarbeit mit allen Gewerkschaften von West-Europa, wir erwägen sogar die Möglichkeit, bei dem neuen Europäischen Gewerkschaftsbund Mitglied zu werden, aber wir werden deshalb nicht den WGB aufgeben.

Die anderen europäischen Gewerkschaftsorganisationen haben das Recht, beim IBFG oder dem WVA Mitglied zu bleiben. Wir haben das Recht, Mitglied des WGB zu bleiben. Die übergewerkschaftlichen Beziehungen müssen diese Realität berücksichtigen. Es handelt sich hier nicht um Ost-West-Beziehungen, sondern um Beziehungen zwischen Gewerkschaften mit unterschiedlicher Zugehörigkeit, Tendenz und Orientierung, die für zahlreiche Probleme, die den wichtigsten Forderungen der Arbeiter unseres Kontinents entsprechen, gemeinsam handeln können.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch hinzufügen, daß wir die heutige politische Lage in Europa nicht als unveränderlich betrachten. Mit dem gemeinsamen Regierungsprogramm der Linken sind Perspektiven tiefgehender Änderungen für Frankreich eröffnet: Unser Land — heute kapitalistisch — kann zum Sozialismus übergehen. Das ist auch eine Realität, die zu berücksichtigen ist.

NACHRICHTEN: *Der französische Gewerkschaftsbund CGT, der dem WGB angehört, begrüßt die Kontakte des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Mitgliedergewerkschaften zu den Gewerkschaften in sozialistischen Ländern, die ebenfalls dem WGB angehören. Wie ist andererseits der Stand der Beziehungen zwischen CGT und DGB?*

René Duhamel: Sofort nach Spaltung des WGB im Jahre 1949 hat sich die CGT entschlossen für die Neugründung der internationalen Gewerkschaftseinheit ausgesprochen. Das bedeutet, daß sie ohne Vorbehalt alles unterstützt, was in Richtung Annäherung und Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften mit unterschiedlicher internationaler Zugehörigkeit geht. In diesem Sinne begrüßt sie die ersten Kontakte zwischen dem DGB der BRD mit den Gewerkschaftsbünden der Sowjetunion, Ungarns, Polens usw. Sie freut sich ganz besonders über hergestellte Beziehungen zwischen dem DGB der BRD und dem FDGB der DDR.

Wir denken, daß solche Beziehungen helfen können, sich besser kennenzulernen, bestimmte Vorurteile zu überwinden und ein für die gewerkschaftliche Zusammenarbeit in Europa günstiges Klima zu schaffen. Die Tatsachen bestätigen eine solche Einschätzung: Ohne die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften des IBFG und besonders des DGB mit den Gewerkschaften der sozialistischen Länder hätte die Zusammenkunft der europäischen Gewerkschaften vom Januar in Genf nicht einberufen werden können.

Wir wünschen, daß solche Beziehungen auch zwischen dem DGB und der CGT hergestellt werden. Die CGT mit ihren 2,4 Millionen Mitgliedern ist weitaus die repräsentativste französische Gewerkschaftsorganisation. Der DGB muß das berücksichtigen. Aber die Beziehungen des DGB — CGT sind begrenzt, schwierig und oft inoffiziell. Es gibt Beziehungen zwischen bestimmten Gewerkschaften und Industriegewerkschaften in bestimmten Regionen von Frankreich und der Bundesrepublik. Diese Beziehungen könnten ausgedehnt und offizieller werden.

Wir sprechen den Wunsch aus, daß die Dinge sich positiv entwickeln. Wenn die in Genf festgestellte Haltung sich bestätigt, so glaube ich, daß das möglich sein wird.

NACHRICHTEN: *Hat die CGT konkrete Vorstellungen, wie eine Zusammenarbeit mit dem DGB aussehen könnte?*

René Duhamel: Die CGT ist bereit, zu jeder Zeit die Formen der Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Gewerkschaftsbünden zu diskutieren. Für eine solche Zusammenarbeit stellen wir keine Bedingungen. Wir sind ganz einfach der Auffassung, was auch selbstverständlich ist, daß eine solche Zusamenarbeit auf der Ebene der vollkommenen Gleichberechtigung und bei Respektierung der Unabhängigkeit der beiden Organisationen stattfinden sollte.

Der DGB ist wie er ist. Wir sind das, was wir sind. Der DGB muß den Dialog mit uns aufnehmen, so wie wir sind und nicht so wie der DGB wünschen würde, daß wir werden sollten. Das ist eine Frage des Realismus. Wenn diese Realität angenommen wird, werden von uns alle Formen der Zusammenarbeit angenommen. Und an Themen wird es nicht fehlen: Probleme, die die Wanderarbeiter, die Jugendlichen und Frauen berühren; Probleme, die sich aus der Wirtschafts- und Finanzkrise ergeben und solche, die in Verbindung mit der Entwicklung der multinationalen Unternehmen stehen sowie Fragen der Verschlechterung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsbedingungen usw.

Alles kann nicht auf einmal gelöst werden. Es gibt Vorränge aufzustellen. Was die CGT anbelangt, so ist sie bereit, mit dem DGB zusammenzukommen, dort wo er will, um eine Zusammenarbeit zu beginnen, von der die Arbeiter unserer beiden Länder schon bald die ersten Früchte ernten werden.

Herbert Warnke zum Genfer Treffen

„Wir sind der Auffassung, daß die Beratung sehr nützlich war und ihr Ergebnis einen großen Erfolg für jene Arbeiter und Gewerkschafter Europas darstellt, die seit langer Zeit für die Zusammenarbeit wirken." Dies erklärte der Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstandes, Herbert Warnke, im Anschluß an das Treffen europäischer Gewerkschaftsführer am 19. Januar in Genf. „Diese Beratung mit ihren positiven Ergebnissen ist auch das Resultat des Entspannungsprozesses in Europa", fügte er hinzu.

„Wir begrüßen vor allem", sagte Herbert Warnke weiter, „daß Einigung über die Einberufung einer Konferenz der europäischen Gewerkschaften für Ende 1974 erzielt worden ist. Wir halten das vorgeschlagene Thema für die Konferenz — Humanisierung der Arbeitsumwelt, insbesondere Arbeitsschutz und -sicherheit, und Wohlergehen am Arbeitsplatz — für richtig: Das ist ein gewerkschaftliches Thema, das die Arbeiter aller europäischen Länder bewegt. Die gesamte Beratung war von großer Bedeutung, weil sie die Basis für eine Zusammenarbeit der europäischen Gewerkschaften aller Richtungen, unabhängig von ihren Weltanschauungen, im Interesse der Arbeiter gelegt hat. Der FDGB ist mit den Ergebnissen der Beratungen sehr zufrieden."

In Spanien wächst der Widerstand gegen die Faschistenherrschaft

Für die Menschen Spaniens war das Jahr 1973 erfüllt von Streiks auf Schachtanlagen, in der Stahl-, der Metallindustrie und an den Universitäten. Es war gezeichnet von Repressalien an Demokraten einschließlich Folterungen und Morden an Franco-Gegnern. Ministerpräsident Carrero Blanco segnete vor dem halbseitig gelähmten Franco das Zeitliche. Eine Bombe der baskischen Befreiungsbewegung „Eta" zerriß ihn kürzlich.

Das war an dem gleichen Dezembertag, als in Madrid der über Monate hinaus verzögerte „Prozeß 1001" begann. Zehn Franco-Gegner, Arbeiterführer, Mitglieder der oppositionellen verbotenen Arbeiterkommissionen, unter ihnen ein Rechtsanwalt und ein katholischer Priester, hatte die Franco-Justiz vor ein Sondergericht gezerrt. Fast im Schnellverfahren wurden die Arbeiterführer und Demokraten — unter ihnen Marcelino Camacho — zu Gefängnisstrafen von 12 bis 20 Jahren verurteilt. Insgesamt 162 Jahre Gefängnis für die Ausübung von Rechten, die von der UNO — der auch Spanien angehört — als unabdingbar deklariert sind, wie das Recht auf gewerkschaftliche Tätigkeit!

Als ich in diesen Tagen zu meinen Verwandten nach Spanien fuhr, erlebte ich die schärfste Grenzkontrolle meines Lebens. Meine baskische Heimat glich einem von einer fremden Macht besetzten Land. Überall wimmelte es von aus ganz Spanien zusammengezogenen uniformierten und zivilen Polizeibeamten und Spitzeln. Hunderte von Hausdurchsuchungen fanden statt. In öffentlichen Lokalen und Gebäuden wagte niemand ein politisches Gespräch.

Zu einer inflationären Entwicklung kommt, daß rund drei Millionen nach Westeuropa emigrierte Spanier auf Grund der angeblichen Energiekrise und der damit verbundenen Angst vor plötzlicher Arbeitslosigkeit nicht mehr ihre monatlichen Ersparnisse nach Hause schicken. Was für die spanische Regierung bedeutet, daß ihre Auslandszahlungsbilanz in Bedrängnis gerät.

Schließlich emigrierten die drei Millionen, weil ihnen der Franco-Staat keine Arbeit geben konnte. Mit allen diesen Problemen sieht sich der Nachfolger Carrero Blancos, Arias Navarro, von der Bourgeoisie als „unpolitisch" bezeichnet, konfrontiert. Damit aber muß sich der ehemalige Chef der politischen Polizei Francos, Navarro, an dessen Händen das Blut von Demokraten klebt, samt seiner neu ernannten Regierung auseinandersetzen.

Mit dem Knall, unter dem Carrero Blanco, der Tausende von Franco-Gegnern auf dem Gewissen hat, in die Luft gesprengt wurde, erlitt die von Franco gewollte „Kontinuität" über seinen Tod hinaus einen empfindlichen Schlag.

Doch, ob dieser Schlag der Anfang vom Ende einer 35jährigen Unterjochung des spanischen Volkes bedeutet, hängt nicht zuletzt davon ab, ob die oppositionellen Gruppen in Spanien endlich begreifen lernen, daß sie nur Erfolg haben werden, wenn sie sich in einer Einheitsfront zusammenschließen.

Gurutzo Jacoby

Englands Gewerkschaften bieten den Konservativen die Stirn

Bericht zur Lage von Mick Costello, London

Die konservative Regierung hat bei ihren Versuchen, die britische Arbeiterklasse zur Hinnahme eines niedrigeren Lebensstandards zu zwingen, eine monatelange Notstandsphase beibehalten sowie Anti-Gewerkschaftsgesetze und ein straffes System, mit dem eine Höchstgrenze für Lohnsteigerungen erzwungen werden soll, eingeführt. Der angebliche Grund für den gegenwärtigen Notstand und die Herabsetzung der Arbeitswoche auf zwei bzw. drei Tage in den meisten Industriezweigen ist die Verweigerung von Überstunden durch die 270 000 Mitglieder der Bergarbeitergewerkschaft. Im Sperrfeuer der konservativen Propaganda gegen die Gewerkschaften im allgemeinen und die Bergarbeiter im besonderen haben die Sprecher der Regierung, die Mehrheit der Zeitungen sowie das Fernsehen eingeschlossen, die Auswirkungen des Ölembargos, die Kosten des Beitritts zur EWG und die Preissteigerungen in der kapitalistischen Welt verharmlost.

Seit längerer Zeit wurden der britischen Öffentlichkeit bewußt nur stark verniedlichte Fakten über die wahre Natur der Krise in der kapitalistischen Wirtschaft Großbritanniens präsentiert, bei der zu den Problemen, denen die gesamte kapitalistische Welt gegenübersteht, noch besondere nationale Merkmale hinzukommen. So hat z. B. eine ungeheure Inflationsrate die britische Wirtschaft betroffen, die im letzten Jahr ein Defizit in der Zahlungsbilanz von 2348 Millionen Pfund hervorrief — ein absoluter Rekord.

Der Wert des Pfunds Sterling ist sogar im Verhältnis zum angeschlagenen amerikanischen Dollar gesunken, und zwar um ungefähr ein Viertel seit Juni 1973. Das Zahlungsbilanzdefizit hat sich um 1700 Millionen Pfund gegenüber 1972 verschlechtert. Und die Lage wird nicht besser: Das im Dezember sichtbare Defizit lag um 52 Mill. Pfund über den 330 Millionen Pfund im vorausgegangenen Monat November.

Die Regierung Heath versucht die Misere über die Senkung des Lebensstandards der Arbeiterklasse zu lösen. Der Druck auf jegliche Lohnerhöhungen soll angeblich im „nationalen Interesse" sein, um der Wirtschaft die Bezahlung der Importe zu ermöglichen und die erlahmende Investitionsbereitschaft anzukurbeln. Von den Gewerkchaften wird verlangt, daß sie eine jährliche Lohnsteigerungsrate von nur 7 bis 8 Prozent akzeptieren. Und schon jetzt sprechen die Konservativen davon, daß sie die Lohnsteigerungen noch weiter einschränken wollen.

Andererseits belaufen sich die militärischen Ausgaben auf ungefähr 3400 Millionen Pfund und der Kapitalexport auf 1200 Mill. Pfund im Jahr. Um diese Ausgaben sowie die in Gefahr geratenen Profitraten der Unternehmen und die schwindende Stellung des Pfunds als internationale Währung zu stützen, startete die Regierung die verstärkten Druckmaßnahmen gegen die Gewerkschaftsbewegung.

Es sind wieder die Bergarbeiter, die im Kampf um höhere Löhne und gegen Lohnleitlinien an vorderster Front stehen. Das war auch 1972 so, als die konservative Regierung eine inoffizielle Höchstgrenze für Lohnerhöhungen von 7 bis 8 Prozent festgelegt hatte. Inzwischen ist diese Politik der Lohnbegrenzung offiziell und gesetzlich fixiert.

Die Bergarbeiter setzten sich als Ziel, Lohnerhöhungen zu realisieren, die sie wieder an die Spitze der Lohnskala in der britischen Industrie bringen sollten. Sie erhielten als Angebot die obligatorischen 7 bis 8 Prozent Erhöhung, lehnten dies ab und legten sich nach Beratungen in den Kohlerevieren auf eine für das ganze Land geltende Verweigerung von Überstunden seit Weihnachten fest. Die Gewerkschaftsführung, vor kurzem erst verstärkt durch die Wahl von Kommunisten und linken Labour-Vertretern (so wurde Mick McGahey, ein Mitglied des Exekutivkomitees und des Politbüros der Kommunistischen Partei, Vizepräsident), bezog eine feste Position gegenüber den Einschüchterungsversuchen der Regierung und erzielte einen einmütigen Beschluß der gesamten Leitung, das Lohnangebot der Regierung abzulehnen. Es gab jedoch Differenzen darüber, ob die Aktion zu einem nationalen Streik ausgeweitet werden solle, was Anfang Februar schließlich doch geschah.

Als ein Mitglied der Führung, der das Kohlerevier von Leicestershire repräsentiert, die Beendigung der Überstundenverweigerung forderte, wurde ihm auf Massenzusammenkünften in seinem eigenen Kohlerevier einhellig das Mißtrauen ausgesprochen, und in der Folgezeit stimmte er wieder für die Weiterführung der Aktion. Vom Arbeitsministerium und auch von Premierminister Edward Heath wurden Zusammenkünfte mit der gesamten Führung der Bergarbeiter einberufen, um sie umzustimmen, aber sie blieb fest.

Um den Kampf der Bergarbeiter zu brechen, verordneten die Konservativen dem größten Teil der britischen Industrie — mit Ausnahme von Bergbau, Elektrizitäts- und Gaserzeugung, Transportwesen, Wasser und der Presse (!) — eine Drei-Tage-Woche. Die Antwort der Masse der Arbeiter war, daß sie die Auszahlung des garantierten Minimalwochenlohns für die von der Drei-Tage-Woche Betroffenen erzwangen. Es gelang der Regierung nicht, mit der Drei-Tage-Woche die anderen Gewerkschaften zu einer ablehnenden Haltung gegenüber den Bergarbeitern zu bringen, und die Öffentlichkeit unterstützt sie ebenfalls weiterhin. Die Drei-Tage-Woche wurde auch eingeführt, um die Kohlelager für die Elektrizitätsversorgung möglichst lange zu erhalten, so daß die Bergarbeiter erschöpft sein sollen, bevor die warme Jahreszeit wieder beginnt.

Die Regierung untersagte auch Lohnforderungen der Lokomotivführer, worauf diese eine Verweigerung von Überstunden, Sonntagsarbeit und von jeglicher Art von Ersatzdienst für kranke Kollegen ansetzte. Die Ergebnisse sind, daß keine Züge an Sonntagen verkehren und ein ernstes Wartungsproblem im Eisenbahnwesen sich abzeichnet, da die Wartungs- und Materialzüge an den Wochenenden nicht ausfahren dürfen.

In dieser Situation bringen die Arbeiter dünnere Lohntüten nach Hause, die Hälfte der Straßenbeleuchtung in den Städten bleibt ausgeschaltet (als von der Regierung verordnete Sparmaßnahme), die Schaufenster der Geschäfte sind nicht beleuchtet und die Bürobeheizung ist reduziert. Dazu kommt, daß die Weigerung der Regierung, Sonderlohnerhöhungen in einer Anzahl von besonders schlecht bezahlten Industriezweigen zu genehmigen, einen ernsten Arbeitskräftemangel in diesen Zweigen zur Folge haben wird.

Der Gewerkschaftskongreß (TUC), der Dachverband der britischen Gewerkschaften, hatte zahlreiche Unterredungen mit der Regierung wegen der Wirtschaftskrise. Er hat die Begründung der Regierung für die Energieeinschränkungen (Überstundenverweigerung der Bergarbeiter, „Ölkrise") nicht akzeptiert, und Len Murray, der neue Generalsekretär des TUC, nannte die Drei-Tage-Woche öffentlich eine „nationale Aussperrung". Der TUC fordert die Rückkehr zur Fünf-Tage-Woche und freie kollektive Lohnverhandlungen ohne

Die Schweden vermissen Abgrenzung zu den Bürgerlichen

Von unserem Schweden-Korrespondenten Horst Tillybs

Mitte Januar hat der im September 1973 neugewählte schwedische Reichstag seine Arbeit aufgenommen. Bekanntlich hat der Rückgang der sozialdemokratischen Mandate zu einer zahlenmäßigen Pattsituation geführt. Die Lage in den skandinavischen Ländern, so auch bei den kürzlichen Wahlen in Norwegen und Dänemark, ist von einer auffälligen Schwächung der traditionellen Position der sozialdemokratischen Parteien gekennzeichnet. Wie sich in Schweden die gegenwärtige Situation darstellt und wie es dazu kam, beleuchtet der folgende Bericht unseres Korrespondenten in Stockholm, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Schwedens ist.

Die großkapitalistischen Kräfte in Schweden trieben einen sehr massiven Wahlkampf. Damit gelang es ihnen, über die bürgerlichen Parteien die Handlungsfähigkeit der bisherigen Arbeiterregierung einzuengen. Wie bekannt, verteilen sich die 350 Mandate im schwedischen Reichstag mit 175 Mandaten auf die sozialistischen Parteien (Sozialdemokraten 156, Kommunisten 19) und 175 Mandate auf die bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokratische Partei hatte seit über 40 Jahren die Regierungsmacht in Schweden innegehabt, darunter einige Jahre in der Koalition mit der damaligen Bauernpartei und während des 2. Weltkrieges in der sogenannten Sammlungsregierung.

Die sozialdemokratische Regierungspartei wird von vielen Wählern als Fürsprecher der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung und als Verteidiger der bestehenden Verhältnisse angesehen. Dabei muß man wissen, daß Schweden trotz eines hohen Lebensstandards viele Mängel auf demokratischem und sozialem Gebiet aufzuweisen hat. Informationen über die von der Regierung und den Gewerkschaften geplanten sozialen Reformen, markiert in einigen Gesetzesvorlagen, sind nicht an die breite Öffentlichkeit gelangt. Die Ursache ist u. a. darin zu suchen, daß sich fast 80 Prozent der schwedischen Presse in den Händen bürgerlicher Kräfte befindet, daß Rundfunk und Fernsehen hauptsächlich von bürgerlich-reaktionären Elementen gesteuert werden.

Nicht zuletzt aber haben die Gewerkschaften versäumt, die Arbeiter politisch und ideologisch zu bilden. Nur wenige schwedische Arbeiter sind in der Lage, die Geschehnisse innerhalb und außerhalb des eigenen Landes zu analysieren. Diese Tatsache gibt den bürgerlichen Parteien die Möglichkeit, die sozialdemokratische Regierung demagogisch von links anzugreifen. Als Beispiel kann das Arbeitslosenproblem dienen, für das die bürgerlichen Parteien allein den Sozialdemokraten die Schuld geben, obwohl die eigentliche Ursache in dem maximalen Gewinnstreben der Kapitalisten zu suchen ist. Auch der Umweltschutz und die Konzentration in der Industrie spielen eine ähnliche Rolle.

Viele Wähler sehen diese Angriffe auf die sozialdemokratische Regierung als berechtigt an. Sie machen keinen Unterschied zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie. Die Bürgerlichen in enger Zusammenarbeit mit den extrem reaktionären Kräften bekommen so eine Chance, sich als die Verfechter einer sozialeren Zukunft aufzuspielen.

Wenn die schwedische Sozialdemokratie diesen Trend brechen will, muß sie sich ein stärkeres Profil schaffen und den Weg zum Sozialismus wählen. Nur auf diese Weise ist eine klare Scheidelinie zwischen den Bürgerlichen und den Sozialdemokraten zu ziehen. Wichtig ist auf jeden Fall, daß die Gewerkschaften die Notwendigkeit einer stärkeren Politisierung der Arbeiterschaft einsehen, damit diese die richtigen Schlußfolgerungen ziehen kann und in Zukunft ihre Stimme für eine wirkliche sozialistische Entwicklung in Schweden abgibt.

Die neue parlamentarische Lage in Schweden gibt auch Anlaß zu einigen Gedanken über das Verhältnis Sozialdemokratie und Kommunismus; nicht zuletzt mit Rücksicht darauf, daß die 19 kommunistischen Mandate im Reichstag die Gewähr für den Fortbestand der sozialdemoraktischen Regierung bilden. Ohne Übertreibung kann man feststellen, daß die Haltung der Sozialdemokratischen Partei gegenüber der Kommunistischen Partei in den letzten Jahren eine Veränderung durchgemacht hat.

Beide Parteien wenden nun ihre Kraft gemeinsam gegen die Bürgerlichen und praktizieren gegenseitig eine Art stillschweigenden Burgfriedens. Das hat dazu geführt, daß im Wahlkampf bürgerliche Politiker die Wähler damit zu erschrecken versuchten, die Sozialdemokratische Partei werde von den Kommunisten gesteuert. Natürlich ist das eine Spekulation im Sinne des kalten Krieges.

Die Kommunistische Partei Schwedens (VPK) kämpfte im Reichstagswahlkampf gegen die 4-Prozent-Klausel, die besagt, daß eine Partei mit weniger als 4 Prozent der Gesamtstimmen keine Mandate und damit keine Repräsentation im Reichstag erhält. Sie kam mit 5,3 Prozent über die magische Grenze. Es gab Vermutungen, daß ein Teil dieser Stimmen von Sozialdemokraten kam, die aus taktischen Gründen verhindern wollten, daß Arbeiterstimmen für die Linke verlorengehen. Viel eher ist aber anzunehmen, daß der Stimmenzuwachs der VPK, die ja schon im vorhergehenden Reichstag mit 17 Mandaten vertreten war, von Wählern kommt, die mit der Politik der Sozialdemokratischen Partei unzufrieden sind.

Auferlegung von Regierungsnormen, Lohnleitlinien oder sonstigen Beschränkungen.

Innerhalb von etwas mehr als einem Jahr muß es nach Lage der Dinge auf jeden Fall eine Wahl geben, und die Konservativen hoffen, daß sie unter der ebenso beschränkten wie als Ablenkungsmanöver dienenden Streitfrage „Wer regiert das Land — die Gewerkschaften oder die Regierung?" ausgefochten werden. Aber die Labour-Führer haben bereits angedeutet, daß sie den ganzen Bereich der Regierungspolitik in den Kampf einbeziehen werden — das 20prozentige Ansteigen der Lebensmittelpreise in zwölf Monaten, die Mitgliedschaft in der EWG, das Wohnungsfinanzierungsgesetz (das die Mieten im öffentlichen Wohnungsbau in die Höhe getrieben hat), die Bodenspekulation usw. eingeschlossen. Die Linke besteht darauf, daß das Gesetz, mit dem die gewerkschaftlichen Aktivitäten eingeschränkt wurden, das „Industrial Relations Act", aufgehoben wird, ein Punkt, dem auch die Labour Party verpflichtet ist.

Meinungsumfragen ergeben für die Konservativen keine tröstlichen Ausblicke, was die Wahlaussichten betrifft. Die verstärkte Position der Linken in der Gewerkschaftsbewegung, einschließlich der Kommunisten, diktiert in immer stärkerem Maße die Antwort, die auf die Politik der herrschenden Klasse zu geben ist: unbedingte Verteidigung und

Neues Jugendgesetz der DDR von der Jugend mitgestaltet

Von unserem DDR-Korrespondenten Claus Friedrich

Am 28. Januar 1974 verabschiedete die Volkskammer der DDR ein neues Jugendgesetz. Daß es ein Gesetz für die Jugend ist, ist nur die halbe Wahrheit. Es ist genauso ein Gesetz, das von Zehntausenden von Jugendlichen mitgeschrieben wurde. Im November 1973 wurde die umfangreiche Diskussion des Gesetzentwurfes abgeschlossen. Im Juni hatte der Zentralrat der FDJ – entsprechend einem Vorschlag des Zentralkomitees der SED und in Übereinstimmung mit dem Ministerrat der DDR und dem Bundesvorstand des FDGB – den Entwurf des neuen Jugendgesetzes zur öffentlichen Diskussion gestellt.

In den vier Monaten haben in 136 000 Versammlungen 4,5 Millionen Jugendliche und ältere Kollegen ihre Meinung zum Gesetzentwurf geäußert. Diese öffentliche Diskussion brachte 4821 direkte Vorschläge zur weiteren Qualifizierung des Gesetzes, die an die gemeinsame Kommission von Ministerrat und FDJ eingereicht wurden. Zählt man die Tausende Vorschläge zur unmittelbaren Verwirklichung des Jugendgesetzes noch hinzu, so haben Millionen Jugendliche und Arbeiter in einer demokratischen Aussprache entscheidenden Einfluß genommen auf die Gestaltung sozialistischer Jugendpolitik.

Warum wurde ein neues Jugendgesetz notwendig? Entsprechend den neuen gesellschaftlichen Erfordernissen und Möglichkeiten wird das bewährte Prinzip sozialistischer Jugendpolitik: „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung!" in einer neuen gesellschaftlichen Entwicklungsphase – die 1972 vom VIII. Parteitag der SED eingeleitet wurde – fortgesetzt. Die planmäßige Förderung der Jugend und das Stellen hoher Anforderungen an die junge Generation bilden im Sozialismus eine Einheit. Das neue Gesetz wird helfen, daß die Jugend in allen Bereichen des Lebens in die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft einbezogen wird.

Es ist ein Grundanliegen sozialistischer Demokratie, daß Gesetze, die erfüllt wurden und die nicht mehr dem gesellschaftlichen Entwicklungsstand entsprechen, durch die Verabschiedung neuer Gesetze ersetzt werden. Seit 1964 (von da an gab es das zweite Jugendgesetz) hat sich im Bereich der Jugendpolitik in der DDR viel Neues entwickelt und bewährt, dem u. a. mit dem neuen Gesetz Rechtsgültigkeit verliehen wird. Daß das Gesetz von 1964 erfüllt wurde, ergab z. B. auch eine Massenkontrolle über seine Realisierung, die 1972 stattfand. An dieser Kontrolle beteiligten sich 170 000 Werktätige.

Von den rund 17 Millionen Staatsbürgern der DDR sind über 2,5 Millionen junge Menschen im Alter von 14 bis 25 Jahren. Mehr als 1,9 Millionen sind in der FDJ organisiert und über 1 Million im FDGB. Als Mitglieder dieser Organisationen nehmen die jungen Menschen entscheidend an der Machtausübung teil. Als gewählte Volksvertreter sind 41 000 junge Menschen im Alter von 18 bis 30 Jahren verantwortlich tätig. Das sind nahezu 20 Prozent aller Abgeordneten. Am Wahltag waren davon allein 22 000 Jugendliche jünger als 25 Jahre.

An über 35 700 volkswirtschaftlich wichtigen Projekten, die Jugendkollektiven in volle Verantwortung übertragen wurden, beweisen Hunderttausende Jugendliche ihr Können und ihre Einsatzbereitschaft. In den volkseigenen Betrieben der DDR gibt es mehr als 16 600 Arbeitsbrigaden mit vorwiegend jugendlichen Mitgliedern.

Das neue Gesetz trägt der Tatsache besser Rechnung, daß die Mehrheit der Jugendlichen ihre Rechte und Pflichten als untrennbare Einheit betrachtet. Darum sagt das Gesetz präzise, wie die Jugend gefördert und gefordert werden soll, es setzt klare Ziele. Das Gesetz ist ein grundlegendes Gesetz. Es wird nach der Beschlußfassung für einen langen Zeitraum Gültigkeit haben.

Gegenüber dem alten Gesetz gibt es viel Neues. Zum Beispiel ist vorgesehen (§ 15), daß die Bewegung „Messe der Meister von morgen" als Bestandteil der Neuererbewegung in den sozialistischen Wettbewerb aufzunehmen ist. Das ist eine Anerkennung der Leistungen der Jugendlichen und führt dazu, daß ihre schöpferischen Ideen schneller verbreitet werden. Außerdem bringt es für die beteiligten Jugendlichen auch einen höheren materiellen Nutzen.

Im neuen Gesetz erhalten die FDJ und der FDGB größere Rechte und Möglichkeiten zur Vertretung der Interessen der Jugendlichen (z. B. §§ 9, 11 und 15). Neu ist auch die Aufnahme eines selbständigen Abschnittes zur Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Jugendlichen (Teil VII). Dieser Abschnitt umfaßt z. B. in seinen Paragraphen die Bereitschaft und die Bedingungen für eine gesunde Lebensweise, die Förderung junger Ehen, die kostenlose Nutzung von Einrichtungen und Räumen für die Freizeitgestaltung und die Steuerfreiheit für Veranstaltungen der Jugend und des Sports. Auch die Festlegungen, die eine schrittweise Erhöhung des Lehrlingsentgelts und die Verlängerung des Jahresurlaubs für Lehrlinge vorsehen, sind neu in diesem Gesetz.

Der FDGB der DDR, der aktiv an der Erarbeitung dieses Gesetzes mitgewirkt hat, betrachtet die Verwirklichung des neuen Jugendgesetzes in all seinen Teilen als einen wichtigen Bestandteil seiner gewerkschaftlichen Interessenvertretung.

Bauarbeiter erste Gäste

Zum Jahresbeginn wurde ein neues bedeutendes Objekt des Feriendienstes des FDGB seiner Bestimmung übergeben: das Ferienheim „Rennsteig" in Oberhof, in dem jährlich 8000 Gewerkschafter den Urlaub verbringen können. Das Heim ist vor allem für Familien mit Kindern gedacht. Es wurde von Bauarbeitern der DDR und Jugoslawiens errichtet. Erste Gäste im Urlauber-Hotel „Rennsteig": die Bauarbeiter, die es errichteten, mit ihren Familien.

Gesundheitsförderung

Die ungarische Regierung hat im Haushaltsplan 1974 die Mittel für den Mutter-, Säuglings- und Kinderschutz gegenüber dem Vorjahr um 10 Prozent erhöht. Von dem 10-Milliarden-Etat des Gesundheitswesens stehen für diese Zwecke über eine Milliarde Forint zur Verfügung. Eine der wichtigsten Aufgaben ist die schnelle Erhöhung der Zahl der Kinderkrippenplätze. In diesem Jahr sollen bei den örtlichen Räten 2400 neue Krippenplätze geschaffen werden.

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

Schwerpunkt: Lage der Arbeiterklasse in der BRD

Marxistische Blätter, Nr. 1/74, 116 Seiten, dazu Sonderbeilage 32 Seiten, Verlag Marxistische Blätter, 6 Frankfurt/Main, Heddernheimer Landstraße 78 a; Einzelpreis 3,– DM, Jahresabonnement 15,– DM.

In einer Reihe aussagekräftiger Beiträge behandelt die Nr. 1/74 der „Marxistischen Blätter" die Lage der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik. Ludwig Müller, Mitglied des Präsidiums der DKP, beleuchtet eingangs in einem Interview wichtige Aspekte der „Energiekrise" und nennt mögliche Alternativen zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Fritz Rische untersucht an Hand neuer statistischer Angaben fundiert den Stand und Stellenwert der „Reallöhne und Profite in den gegenwärtigen Klassenauseinandersetzungen". Jörg Goldberg wiederum gibt Antwort auf die zur Zeit sehr aktuelle Frage: „Wie sicher sind die Arbeitsplätze?".

Probleme der Arbeitsgestaltung (Skizzierung der Verhältnisse der Arbeitsplätze, polemische Auseinandersetzung mit gängigen bürgerlichen Theorien, Alternativvorstellungen) enthalten die Aufsätze von Peter Grünfeld „Der Kampf um eine menschengerechte Arbeitsgestaltung" und von Hans Adamo „Die Legende von der Humanisierung und Vermenschlichung der Arbeit im Kapitalismus". Kurt Steinhaus schätzt in seinem Beitrag präzise die „Entwicklung des Kampfes und des Bewußtseins der Arbeiterklasse in der BRD 1973" ein. Das Heft enthält darüber hinaus Aufsätze über die „Diskriminierung der berufstätigen Frau" (Sigrid Blum), „Arbeiterjugend im Betrieb" (W. Bartels/H. Hoffmann) und „Die soziale Lage der ausländischen Arbeiter in der BRD und ihre Rolle in den sozialen Kämpfen" (Heinz Humbach).

Berichte und Buchbesprechungen wie „SPD gründet Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen" (K. Schacht), „Rechte der Vertrauensleute nicht ausgeweitet" (H. Schäfer), „Lohnrahmentarifbewegung in Baden-Württemberg" (A. Maag), „Bundespersonalrätekonferenz der DPG: ‚Mehr Demokratie durch Mitbestimmung' " (B. Degen), „Entscheidungen 1945 – 1956" (P. Hinrichs), „Klassengegensätze in der Kirche" (R. Steigerwald), „Erfahrungen eines Arbeiterfunktionärs" (F. Krause), „Gespräche mit lesenden Arbeitern" (U. Neumann) u. a. m., runden gelungen die Thematik ab.

Kurt Bachmann, Mitglied des Präsidiums der DKP, würdigt in seinem Aufsatz „Die Gründung der KPD – eine historische Wende in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" den 55. Jahrestag des Gründungsparteitages der KPD und skizziert knapp den geschichtlichen Werdegang dieser Arbeiterpartei. Klaus Priester beschäftigt sich in einem Beitrag mit der „Entstehungsgeschichte und Aktualität des Prager Manifestes", das vor 40 Jahren erschienen ist.

Dieser Ausgabe der Marxistischen Blätter liegt eine Sonderbeilage bei mit Materialien der aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der „Marxistischen Blätter" stattgefundenen theoretischen Konferenz mit dem Thema „Friedliche Koexistenz und die Verschärfung des ideologischen Klassenkampfes".

Heft 1/74 der „Marxistischen Blätter" ist aufgrund fundierter Materialien (Statistiken) und theoretischer Aussagen gerade in unserer Zeit härterer sozialer Auseinandersetzungen eine unentbehrliche Hilfe für den politischen Kampf gegen das Großkapital. *Fritz Krause*

Arbeitsgericht fällt Unternehmer-Urteil

In sieben weiteren Fällen hat das Arbeitsgericht Duisburg die Entlassung von Hüttenarbeitern des Mannesmann-Hüttenwerkes Duisburg-Huckingen wegen ihrer Teilnahme an einem Proteststreik für rechtmäßig erklärt. In zwei dieser Fälle soll lediglich die fristlose Kündigung in eine fristgerechte umgewandelt werden. Entsprechend einem Urteil der 1. Kammer des Duisburger Arbeitsgerichtes, das eine Woche vorher gefällt wurde, begründete nun auch die 3. Kammer ihre Entscheidung mit einem Grundsatzurteil des Bundesarbeitsgerichtes, nach dem „wilde" Streiks rechtswidrig seien.

Empörung löste bei den Zuhörern, unter ihnen Betriebsräte und Vertrauensleute des Mannesmann-Werkes, die Tatsache aus, daß das Gericht in zwei Fällen das Urteil u. a. mit der Teilnahme an einer früheren Arbeitsniederlegung begründete. Es bezog sich dabei auf einen Streik im Profilwalzwerk im März 1973.

Verlagsinternes

Der Autor des im NACHRICHTEN-Verlag erschienenen Buches: „Arbeiter – Gewerkschafter – Kommunist", Paul Harig, schickte uns kürzlich den Brief eines sozialdemokratischen Lesers zu. Da dieser Brief die Meinung vieler Leser des genannten Buches zum Ausdruck bringt, erlauben wir uns, Teile des Briefes zu veröffentlichen:

„Ich habe Dein Buch gelesen und finde, daß Du ein gutes Buch geschrieben hast, aus dem keinesfalls nur zeitgeschichtliche Perspektiven sichtbar werden. Es ist auch heute, für heute, genauso aktuell. Du hast ein für uns so wichtiges Buch geschrieben, daß wir Dir für jede Zeile, für jedes Wort dankbar sein müssen. Endlich wird einmal der Beweis geführt, daß Gewerkschafter eine gesellschaftspolitisch bestimmende Aufgabe haben können und sie auch wahrnehmen.

Als ich 1946 als Zwanzigjähriger aus der Gefangenschaft heimkam, habe ich all diese Chancen, die Möglichkeiten des Fortschritts, nicht gesehen. Auch in den folgenden Jahren änderte sich daran nur wenig. Heute muß ich sagen, wie dankbar wäre ich jedem gewesen, der mir einen Denkanstoß in dieser Richtung frühzeitig gegeben hätte."

Auch wir möchten das Buch, das sich zu lesen lohnt, allen Abonnenten empfehlen.

Ebenfalls große Beachtung finden auch die Bücher über Mitbestimmung in der DDR von unserem Autor Gerd Siebert. Beim Durchblättern der Rahmenrichtlinien für den gesellschaftspolitischen Unterricht, die 1973 vom hessischen Kultusministerium für die Sekundarstufe 1 der Gesamtschulen herausgegeben wurden, entdeckten wir bei den Literaturhinweisen auch die zwei Bücher von Gerd Siebert: „Mitbestimmung drüben – Aus der Betriebsarbeit des Gewerkschafters in der DDR" und den zweiten Band „Mitbestimmung drüben – überbetrieblich". Wir freuen uns, daß solche Bücher, die die Verhältnisse in der DDR so schildern, wie sie sind, für den Unterricht empfohlen werden. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Rahmenrichtlinien von der hessischen CDU als „Material zur Vergiftung der Kinderhirne" bezeichnet werden. Im Interesse der Wahrheit ist nur zu hoffen, daß die Rahmenrichtlinien und die empfohlenen Bücher weiterhin im gesellschaftspolitischen Unterricht verwendet werden.

„Mitbestimmung drüben – überbetrieblich" ist noch in begrenzter Zahl im NACHRICHTEN-Verlag vorrätig. Wir würden uns freuen, wenn besonders junge Menschen den Literaturhinweis des hessischen Kultusministeriums beachten würden. *jaco*

Terminkalender

- **22. bis 24. März**
  5. Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier in Springen/Ts.
- **25. und 26. April**
  4. zentrale Angestelltenkonferenz der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Augsburg
- **9. und 10. Mai**
  8. Bundesfrauenkonferenz des DGB in Karlsruhe
- **9. und 10. Mai**
  10. Bundesjugendkonferenz der IG Metall in Oberhausen
- **18. und 19. Mai**
  4. Bundeskongreß der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) in Hannover
- **20. und 21. Mai**
  11. Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft in Westberlin
- **Mai/Juni**
  Jugendvertreterwahlen nach dem Betriebsverfassungsgesetz
- **4. bis 8. Juni**
  Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Mainz
- **1. bis 5. September**
  7. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten in Wolfsburg
- **8. bis 11. September**
  10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau-, Land- und Forstwirtschaft in Offenburg
- **15. bis 21. September**
  11. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in Hannover
- **27. September**
  Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie in Essen
- **6. bis 9. Oktober**
  Bundesarbeitstagung der IG Chemie-Papier-Keramik in Nürnberg
- **9. bis 11. Oktober**
  Bundesangestelltenkonferenz des DGB in Braunschweig
- **13. bis 19. Oktober**
  10. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Hamburg
- **20. bis 26. Oktober**
  11. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Hamburg
- **4. bis 8. November**
  12. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil – Bekleidung in München
- **19. bis 21. November**
  9. Bundesjugendkonferenz des DGB in Ludwighafen

Das unsoziale Modell des Hanns Martin Schleyer

„Das soziale Modell", Hanns Martin Schleyer, Seewald-Verlag, Stuttgart, 29,50 DM

Rechtzeitig zusammen mit seinem Aufstieg zum Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände (BDA) hat der Flick-Manager Hanns Martin Schleyer ein neues Buch unter dem Titel „Das soziale Modell" vorgelegt. Auf 356 Seiten verkündet er sein altes Credo, daß es nichts Heiligeres als Kapitalbesitz und nichts Besseres als die Gesellschaftsordnung gibt, die er so markig repräsentiert.

Schleyer warnt davor, die „Demokratie als durchgängiges Baugesetz menschlichen Miteinanders mißzuverstehen". Die „Erziehung zur Demokratie, die ich verlange", verkündet der Unternehmerboß, „kann keineswegs durch Demokratisierung erfolgen". Daran war eigentlich nie zu zweifeln. Und daraus versteht sich von selbst, daß Schleyer jede Form von Mitbestimmung kategorisch ablehnt, die die Macht des Monopolkapitals einschränkt.

Ein dringendes Anliegen des Buches ist es, den Führungsanspruch des Monopolkapitals machtpolitisch, ideologisch und personell abzusichern. So befaßt sich ein umfangreiches Kapitel mit der Weiterentwicklung der Führungselite, als deren wichtigstes Element Schleyer die „Entscheidungskraft" hervorhebt („wobei die Intelligenz nicht das entscheidende Kriterium ist").

Gesucht wird der „Generalist", der die Fähigkeit zum „Erfassen der großen Zusammenhänge" besitzt. Diese Truppe wohlausgesuchter Manager will Schleyer zu „gemeinschaftlichen Übungen" zusammenfassen, wo „nach Art militärischer Planspiele (Sandkastenspiele)" die Bewältigung von Führungsaufgaben geprobt werden soll.

Geradezu widerlich sind dem amtierenden BDA-Präsidenten „junge Menschen", die sich, von den Universitäten kommend, „nicht einfügen, sondern ‚gesellschaftsverändernd' wirken" wollen. Schleyer klagt beredt: „Man hat sie nicht zur Affirmation (also zum Ja-Sagen – die Red.) erzogen, sondern zur Negation, zur Hyperkritik an den vorhandenen Ordnungen."

Es wäre laut Schleyer eine „groteske Zumutung, von der Unternehmerwirtschaft zu verlangen, sie solle ... ruhig zusehen, wie sie durch Nachwuchsunterwanderung langfristig aktionsunfähig gemacht wird."

Daß der Flick-Manager als Aussperrer vom Dienst rigorose Fähigkeiten besitzt, ist längst bewiesen. Er war kaum zum BDA-Boß aufgestiegen, als der Aufruf an die Industrie erging, für einen neuen Anti-Streik-Fonds zu spenden. Ein Sprecher des BDA nannte den Fonds „unsere Kriegskasse". Das von Schleyer vorgelegte Buch ist die dazu passende Kriegserklärung an Arbeiter, Angestellte und ihre Gewerkschaften.

p. b.

Zu guter Letzt

Bundeskanzler Brandt hat vorgeschlagen, den 25. Jahrestag des Inkrafttretens der Verfassung, den 24. Mai, volksfestartig in der Bundesrepublik zu feiern.

Ob auch die vom verfassungsfeindlichen Berufsverbot betroffenen Demokraten mitfeiern dürfen, war bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht bekannt.

NACHRICHTEN
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschafts-Spiegel Informationen und Kommentare

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse" (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:
Gisela Mayer, 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66;
Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66;
Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M. 1, Postfach 18 0372, Glauburgstraße 66; Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 10-58029-0 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/M.; Postscheckkonto: Frankfurt 305040-606.

Einzelpreis 1,75 DM; Jahresabonnement 20,– DM, einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 10,– DM.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe.

Druck: Plambeck & Co. GmbH., Neuss.

NVG
NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH. Frankfurt am Main